

PARAGUAY
Nicht »aussteigen« einsteigen in Südamerika
PARAGUAYISCHE IMMOBILIENFIRMA
bietet Stadtgrundstücke und Farmland — ideal für deutsche Investoren — an. Interessenten wenden sich in deutscher Sprache an: INMOBILIARIA „KUARAHY" S.R.L., Pte. Franco 572 c/15 de Agosto, Tx. 540 PY Asunción/Paraguay.
Vieh-Farm Paraguay
erstklassiger Zustand, größeres Anwesen mit gutem Viehbestand, Wirtschaftshäuser komplett eingerichtet, fl. Wasser, Licht. Von Asunción gut erreichbar. Weitere Einzelheiten auf Anfrage. Zuschriften unter V H 748393 an die Frankfurter Allgemeine, Postfach 2901, 6000 Frfm. 1.
Paraguay
Sichere Adresse durch Erwerb u. Anbau von Jojoba
Zuschriften unter B B 748467 an die Frankfurter Allgemeine, Postfach 2901, 6000 Frfm. 1.
ins freie Paraguay.
Landwirtschaftlicher Betrieb ab ca. 100 ha
PARAGUAY * Fruchtbares Wald-Weideland * 86 Bamberg * Postfach 3267
PARAGUAYAN ESTATES COMPANY * Abteilung
Fruchtbares Weideland 1 2 Pfg/qm
PARAGUAY
Fruchtbares
GUAYAN ESTAT

# impressum
**blätter des iz3w**

herausgegeben vom Informationszentrum Dritte Welt, Postfach 5328, Kronenstr. 16, (Hinterhaus), D-7800 Freiburg i. Breisgau. Telefon: 0761 - 74003. Bürozeiten. Mo-Fr. 10 - 12 und 15 - 18 Uhr.

Zusammengestellt von: Frank Ballot, Julia Ballot, Roland Beckert, Birgit Bender, Wolfgang Beyer, Gerhard Braun, Alexander Bruder, Florence Buchmann, Georg Cremer, Dagmar Engels, Benedikt Fehr, André Guerrini, Walter Hättig, Stefan Helming, Horst Hüncker, Uli Kieser, Christopher Knauth, Werner Kobe, Volker Krempin, Elisabeth Lauck, Helga Maier, Mechtild Maurer, Bernhard Merk, Wolfram Mikuteit, Hein Möhlenkamp, Christian Neven-du Mont, Mariele Pelster, Horst Pöttker, Dominique Prodel, Matthias Rommel, Raili Salmela, Peter Schmid, Dieter Seifried, Albert Sommerfeld, Hartmut Stüwe, Wilfried Telkämper, Beate Thill, Barbara Unmüßig, Susanne Vollmer, Georg Wacker, Hildegard Wenzler, Jörg Wetterich.

Bei Einsendung von Artikeln beachten Sie bitte folgende Angaben:
Manuskripte sollten mit der Schreibmaschine geschrieben sein, mit 2-zeiligem Abstand, 40 Anschläge und 30 Zeilen. Artikellänge: höchstens 15 Manuskript-Seiten.

Druck: SOAK Hannover, Tel. 0511/17618



Jahresabonnement (8 Ausgaben) im In- und Ausland: DM 35, (für Rentner, Arbeitslose, Schüler, Studenten, Wehr- und Zivildienstleistende, sowie andere einkommensschwache Gruppen nach Selbsteinschätzung: 25, DM).

Schweiz: SFR 35, (bzw. 25, )
Österreich: ÖS 260. ( bzw. 190)
Luftpostabonnements:
Europa: 44,60 DM (bzw. 34,60 DM)
Afrika, Nord- und Mittelamerika, Nahost und Südasien: 52,60 DM (bzw. 42,60 DM), Südamerika, Südostasien, Fernost: 59, DM (bzw. 49, DM)
Australien, Südpazifik 65,40 DM (bzw. 55,40 DM).

Einzelpreis: DM / SFR 4,- // ÖS 30,-

Konten (Aktion Dritte Welt e.V.):
Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 1482 39-755
Österreichische Postsparkasse Nr. 2377.047
Postscheckkonto Basel Nr. 40-35899.

*Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift solange Eigentum des Absenders, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. Zur-Habe-Nahme ist keine persönliche Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.*

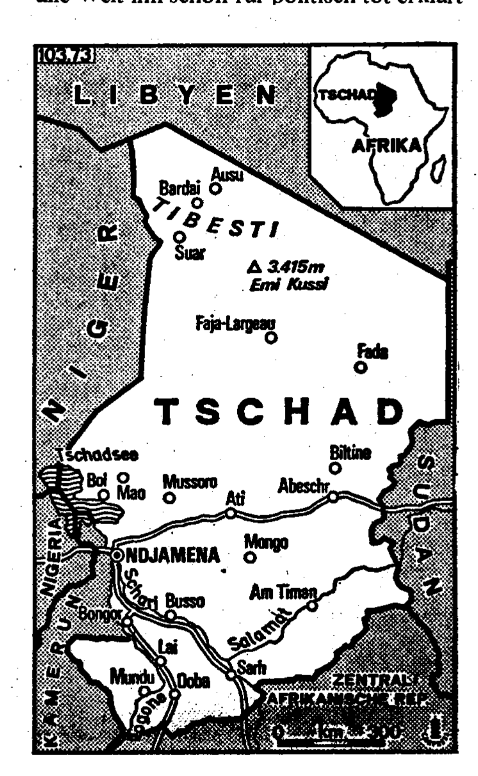
# NACHRICHTEN UND BERICHTE



## *Tschad:*
# Das Ende des Krieges

**Mit der »Dritten Schlacht um Ndjamena« ist es dem politisch schon oft tot gesagten Hissen Habre Anfang Juni gelungen, die Macht im Tschad zurückzuerobern und seinen langjährigen Widersacher, Goukouni Oueddai, den bisherigen Präsidenten der Übergangsregierung GUNT, ins Exil zu vertreiben. Damit zeichnete sich seit langer Zeit zum ersten Mal wieder ein mögliches Ende des Bürgerkrieges ab, der den Tschad, das ärmste Land Afrikas, bereits seit siebzehn Jahren verwüstet. Andererseits läßt der Charakter dieses Krieges als reiner Machtkampf verfeindeter politischer Cliquen, der mit unserem Begriffsinstrumentarium kaum zu erfassen ist, befürchten, daß in nicht allzu weiter Ferne die Kämpfe wieder aufflackern werden. Besonders da Libyen, das ja schon einmal zugunsten Goukounis militärisch interveniert hatte, nach wie vor an dessen Comeback interessiert sein dürfte.**

Als am Morgen des 6. Juni die ersten Abteilungen der FAN (Forces Armees du Nord) Hissen Habras in der Hauptstadt Ndjamena einmarschierten, hatte die Regierung des Tschad praktisch bereits zu bestehen aufgehört. Denn angesichts des unaufhaltsamen Vorrückens der FAN in den letzten Wochen war die provisorische GUNT (Gouvernement d'Unite Nationale Transitoire) längst wieder in die einzelnen politischen »Tendenzen« zerfallen, aus denen sie 1979 — damals noch unter Beteiligung Habres — nach mühsamen Verhandlungen gebildet worden war. Die jeweiligen Führer dieser Tendenzen waren mit ihren Privatarmeen entweder schon Anfang Juni aus Ndjamena abgezogen, oder aber sie sahen dem Nahen Habres tatenlos entgegen. Der einzige Widerstand wurde von den FAP (Forces Armees Populaires) des Staatspräsidenten Goukouni geleistet, aber schon nicht mehr in der Hoffnung, das Blatt noch einmal wenden zu können, sondern nur noch um die Flucht Goukounis und seiner letzten Getreuen ins benachbarte Kamerun abzusichern.
Für Goukounis Erzfeind Habre bedeutete dieser 6. Juni den triumphalen Endpunkt eines Siegeslaufes, der ihn in nur knapp einem halben Jahr von der östlichen Grenze des Landes bis vor die Tore der Hauptstadt gebracht hatte — und das, obwohl alle Welt ihn schon für politisch tot erklärt hatte, seit Ende 1980 die damals von der GUNT ins Land gerufenen Libyer seine Truppen aufgerieben und über die Grenzen ins sudanesische Exil vertrieben hatten.




Für die Mehrheit der Bevölkerung dürfte der 6. Juni jedoch weder ein Tag der Niederlage noch des Triumphes sein, stellt es für sie doch kaum einen Unterschied dar, ob es nun Goukouni ist, der im Präsidentenpalast von Ndjadema sitzt oder Habre. Was sie bewegt, ist eher die Frage, ob dieser Tag das Ende des sich seit Jahren hinziehenden Bürgerkrieges signalisiert, oder ob es sich hier auch wieder nur um eine Episode unter vielen handelt.

### Bürgerkrieg ohne Bürger

Der allgemein in derTagespresse zu lesende Begriff des »Bürgerkriegs« kennzeichnet die Kämpfe, die den Tschad seit nunmehr siebzehn Jahren erschüttern, allerdings nur wenig zutreffend. Denn Bürger — das heißt eine Personengruppe, die sich als nationale, »ihrem« Staat verpflichtete Gemeinschaft empfindet, hat es im Tschad, diesem Produkt willkürlicher kolonialer Grenzziehungen, ja nie gegeben. »Tschad« — das bedeutet weder Nation noch Staat, sondern im Grunde nicht mehr als einen Staatsapparat, der einer Vielzahl kulturell und sprachlich völlig unterschiedlicher Völker von außen übergestülpt wurde. Einen Staatsapparat allerdings, von dem die andauernden Kämpfe und politischen Wirren kaum noch etwas übriggelassen haben. Genausowenig wie mit einem Krieg zwischen »Bürgern« haben die letzten Jahre aber etwas mit »Tribalismus« im Sinne traditioneller Feindschaften zu tun oder mit religiösen Auseinandersetzungen zwischen Islam und Christentum oder gar einem Gegensatz zwischen »progressiven« und »neokolonialistischen« Kräften.

Zwar hatte der jetzige Krieg seinen Ursprung durchaus im Streben der politisch und ökonomisch vernachlässigten Nordregionen des Landes nach größerer Eigenständigkeit gehabt, doch inzwischen laufen die Fronten längst quer durch alle ethnischen, religiösen und politischen Lager hindurch. Was seit Jahren im Vordergrund steht, sind reine Machtkämpfe miteinander verfeindeter politischer Führer und ihrer jeweiligen Privatarmeen, mit Goukouni und Habre als den beiden Hauptakteuren. Damit soll allerdings nicht gesagt werden, daß man die heutige Situation im Tschad nur vor dem Hintergrund der persönlichen Feindschaft zweier Männer verstehen könnte, selbst wenn diese heute das beherrschende Element bildet. Der eigentliche Ausgangspunkt reicht viel weiter zurück, nämlich, wie schon angedeutet, bis in die Epoche des Kolonialismus.

### Die koloniale Vorgeschichte

Mit der Errichtung der Tschad-Kolonie, dem Vorläufer der späteren unabhängigen Republik, hatte die Kolonialmacht Frankreich ein künstliches Gebilde geschaffen, das den Keim aller späteren Auseinandersetzungen bereits in sich trug, umfaßte es doch zwei wirtschaftlich-kulturelle Regionen, wie sie gegensätzlicher kaum denkbar sind: Auf der einen Seite der trockene, weitgehend unfruchtbare Norden mit seiner überwiegend nomadischen Bevölkerung, die eher dem islamisch-arabischen Kulturkreis angehört, auf der anderen Seite dagegen der fruchtbare und relativ reiche Süden, besiedelt von einer »schwarzafrikanischen« Bevölkerung, die überwiegend christlichen oder animistischen Glaubens ist.

Beide Regionen — von denen jede für sich auch wieder sehr starke ethnische Unterschiede aufweist — hatten in der vorkolonialen Zeit nicht viel miteinander zu tun gehabt. Der Norden war aufgrund des Trans-Sahara-Handels und seiner islamischen Kultur vor allem auf das Mittelmeer hin orientiert, wogegen die Beziehungen zum Süden eigentlich nur aus den Sklavenjagden bestanden, mit denen er diesen von Zeit zu Zeit überzog.

Mit dem Auftauchen der Kolonialmacht sollte diese Überlegenheit des Nordens über den Süden — die sich jedoch nie in einer politisch-instutionellen Form niedergeschlagen hatte — allerdings ein Ende haben, ja sich sogar in ihr Gegenteil verkehren. Denn Investitionen in Wirtschaft, Infrastruktur und Bildungswesen erfolgten fast nur im Süden, von den Franzosen wegen seiner Baumwolle »Mesopotamie tchadienne« oder — in unverblümter Offenheit — auch »Tchad utile« (nützlicher Tschad) genannt.

Die Folge war, daß sich hier das ökonomische und politische Zentrum der Kolonie herausbildete, woran sich auch nach der Unabhängigkeit nichts änderte. Denn die große Mehrzahl der Beamten und Politiker auch der jungen Republik kam aus dem Süden und versuchte nun — gewissermaßen als späte Rache für den Terror der Sklavenjagden — dem »unzivilisierten« Norden des Landes das Korsett des von der Kolonialmacht geschaffenen und von ihr übernommenen Einheitsstaates aufzuzwingen.

Die voraussehbaren Folgen dieser von Arroganz und Brutalität begleiteten »Einigungspolitik« ließen denn auch nicht lange auf sich warten: der Norden erhob sich und begann unter der Führung der FROLANT (Front pour la Liberation Nationale du Tchad) den Kampf um eine größere Eigenständigkeit.

### Der Konflik Goukouni — Habre

Die FROLINAT war jedoch keine straff geführte Einheitsorganisation, sondern — wie ihr Name bereits sagt, — eine »Front«, die aus verschiedenen Gruppen und Gruppierungen bestand und von Anfang an gekennzeichnet war durch ein kaum noch durchschaubares hin und her von Spaltungen, Wiedervereinigungen und Intrigen. Anfang der siebziger Jahre waren es schließlich zwei Hauptakteure, die sich aus diesem Durcheinander herauszuschälen begannen: Goukouni Queddai, Sohn eines traditionellen Tubu-Führers der eine, Hissen Habre, in Frankreich ausgebildeter und auf Umwegen zur FROLINAT gestoßener höherer Verwaltungsbeamter der andere.

In der Öffentlichkeit bekannt gemacht hatte sie die Entführung der französischen Ethnologin Françoise Claustre, durch die die Regierung in Paris zur Lieferung von Geld und Waffen gezwungen werden sollte. Diese »Affäre Claustre« war es aber auch, die den äußeren Anlaß zu der späteren unversöhnlichen Feindschaft zwischen Goukouni und Habre darstellte. Denn während Goukouni nach der Erfüllung ihrer Forderungen bereit war, Frau Claustre wieder freizulassen, verlangte Habre plötzlich weitere Waffenlieferungen von Frankreich. Erst auf Druck Libyens, des damaligen Hauptverbündeten der FROLINAT, kam die Ethnologin wieder frei.

Hier, nämlich in dem Verhältnis der FROLINAT zu Libyen, liegt denn wohl auch der eigentliche Grund für das Zerwürfnis zwischen den beiden Guerillaführern, wenn man einmal von persönlichen Rivalitäten absieht. Denn Libyen gewährte der FROLINAT zwar materielle Unterstützung, andererseits hatte es sich im Norden des Landes aber einen ca. 100 000qkm großen, Öl- und vor allem Uranverdächtigen Landstreifen angeeignet, die sog. »Bande d'Aozou«. Während Goukouni nun bereit war, sich mit dieser Annexion als Preis für Libyens Hilfe abzufinden, zumindest vorläufig, wurde sie von Habre auf das schärfste zurückgewiesen. Die durch Libyen erzwungene Freilassung von Frau Claustre war für ihn dann nur noch der Tropfen, der das Faß zum Überlaufen brachte.

1979 brach die Regierung in Ndjamena unter Präsident Felix Molloum schließlich zusammen, trotz massiver militärischer Interventionen Frankreichs. Vorher hatte es allerdings noch das kurze Zwischenspiel einer Koalition aus Malloum und Habre gegeben, der, inzwischen von Goukouni aus der FROLINAT ausgeschlossen, jetzt auf eigene Rechnung arbeitete. Das ungleiche Bündnis dauerte jedoch nicht lange an, sondern führte schon nach wenigen Monaten zu der von Habre provozierten und sehr verlustreichen sog. »Ersten Schlacht um Ndjamena« (12.2. – 5.3.79), in deren Verlauf Habre schnell die Oberhand gewann und Malloum zur Flucht nach Kamerun zwang. Während inzwischen auch die anderen, in der FROLINAT nur noch lose zusammengefaßten Gruppen der Aufständischen in der Hauptstadt einmarschierten, zogen sich die Reste der ehemaligen Regierungsarmee und die aus dem Süden stammenden Beamten und Politiker in ihre Heimatregion zurück, um sich dort unter der Führung von Oberst Kmougoue, des früheren Stellvertreters Malloums, neu zu gruppieren.

Ende 1979 kam es dann, vor allem auf Veranlassung des auf Stabilität in seiner Region bedachten Nigeria, in Lagos zu ei-

ner Konferenz aller politischen Gruppierungen des Tschad, einschließlich der »Sudistes« um Kamougoue, sowie sämtlicher Nachbarstaaten. Das mühsam ausgehandelte Ergebnis sah eine provisorische Regierung vor — die schon erwähnte GUNT — die alle »Tendenzen«, d.h. politischen Gruppierungen, umfaßte. Präsident wurde Goukouni, während Habre den Posten des Verteidigungsministers und Kamougoue den des Vizepräsidenten erhielt. In der Praxis blieb die Bildung der GUNT allerdings so gut wie folgenlos, da die Streitigkeiten und das Mißtrauen des insgesamt elf »Tendenzen« untereinander, vor allem aber zwischen Goukouni und Habre, jegliches Regieren unmöglich machten.
Ebensowenig kam es auch zu der im Lagos-Abkommen vereinbarten Entmilitarisierung der Hauptstadt oder zum Einsatz der ebenfalls vorgesehenen interafrikanischen Friedenstruppe, ganz zu schweigen von irgendwelchen Vorbereitungsschritten für die langfristig angesetzten allgemeinen Wahlen, die das Mandat der ja nur provisorischen GUNT beenden sollten.



Statt dessen verschärfte sich die Gegnerschaft zwischen Goukouni und Habre so sehr, daß es Anfang 1980 schließlich zu bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen ihren jeweiligen Privatarmeen kam. Diese »Zweite Schlacht um Ndjamena« (31.3. – 15.12.80) war äußerst heftig und obwohl sich alle »Tendenzen« jetzt hinter Goukouni gestellt hatten — nicht etwa weil er der Präsident war, sondern weil sie in Habre die derzeit größte Gefährdung ihrer eigenen Machtchancen sahen — zog sie sich bis zum Ende des Jahres unentschieden hin. Denn wenn Habres FAN den Regierungstruppen auch zahlenmäßig unterlegen war, so wurde dieser Nachteil dadurch wieder ausgeglichen, daß sie nur auf ein Kommando hörten, während die Regierungstruppen praktisch ja nur eine »Koalitions«-Armee darstellten. Hinzu kam, daß Habre es offenbar besser verstand, seine Leute sowohl zu motivieren als auch zu disziplinieren.

**Das Eingreifen der Libyer**

Die Wende trat erst ein, nachdem auf Goukounis Ersuchen libysche Truppen in die Kämpfe eingegriffen hatten. Ihrer überlegenen Ausrüstung hatte Habre nichts entgegenzusetzen und innerhalb von nur wenigen Wochen mußte er sich geschlagen geben und jenseits der Grenzen im Sudan Zuflucht suchen. Damit schien Goukouni die Partie gewonnen zu haben und das Ende des Krieges in greifbarer Nähe zu sein. Lange sollte er sich seines Sieges jedoch nicht freuen können. Da waren zum einen die alten Rivalitäten innerhalb der GUNT, die nun, nachdem der gemeinsame Gegner Habre besiegt schien, wieder voll zum Ausbruch kamen. Und zum anderen ließen aus Tripolis verkündete Pläne einer Fusion zwischen beiden Ländern sowie der verstärkte Ausbau der libyschen Militärpräsenz die allgemeine Befürchtung entstehen, daß Goukouni die einmal gerufenen Geister nun nicht mehr loswerden würde.
Das drohende Gespenst einer Vereinnahmung des Tschad durch Libyen verschaffte Goukouni aber nicht nur neue innenpolitische Gegner, schlimmer noch war, daß der schon für alle Zeiten geschlagen geglaubt Habre in seinem sudanesischen Exil dadurch einen unverhofften Aufwind erhielt. Denn nach dem Motte: »der Feind meines Feindes ist mein Freund« sah sich Habre nun in zunehmendem Maße von Geld- und Waffenlieferungen überhäuft, die vordergründig aus Kairo kamen, ihren eigentlichen Ursprung aber in Riad und Washington hatten.
Unterdessen verstärkten sich die mehr oder weniger diskreten Hinweise Frankreichs und der USA an Goukouni, sich von seinem libyschen Beschützer loszusagen. Auch die OAU, die Organisation für Afrikanische Einheit, begann in dieser Richtung Druck auszuüben. Gewissermaßen als Anreiz für Goukouni bestätigte sie auf ihrer Vollversammlung im Juni 1981 in Nairobi die GUNT als einzige legitime Regierung des Tschad und stellte als Ersatz für die Libyer erneut die Entsendung einer panafrikanischen Friedenstruppe in Aussicht. Ende 1981 gab Goukouni schließlich dem inneren und äußeren Druck nach und verlangte von Ghadaffi den Abzug seiner Truppen, allerdings nicht ohne sich zuvor von Frankreich massive Hilfeleistungen für den »Wiederaufbau eines einigen und unabhängigen Tschad« und von der OAU das baldige Eintreffen der Friedenstruppe zusichern zu lassen.

**Das Comeback Habres**

Was nur wenige für möglich gehalten hatten trat tatsächlich ein: die Libyer zogen mit ihrem gesamten Kriegsgerät innerhalb kürzester Zeit ab, während nahezu gleichzeitig die ersten Vorausabteilungen der aus Kontingenten Nigerias, Zaires und des Senegal gebildeten OAU-Truppe in Ndjamena eintrafen.
Die Gründe, die Ghadaffi zu seinem Entschluß bewogen haben mögen, sind nicht bekannt. Möglicherweise wurden den Libyern die Verluste an Geld und Menschenleben, die das Tschad-Abenteuer kostete, doch zu hoch, möglicherweise wollte Ghadaffi auch nicht seine turnusmäßige Wahl zum nächsten OAU-Präsidenten durch den Vorwurf gefährden, er halte fremdes Land besetzt. Auszuschließen ist aber auch nicht, daß Goukouni ein Denkzettel für seine »Undankbareit« verpaßt werden sollte. Dafür würde vor allem die schon überstürzt zu nennende Eile sprechen, mit der sich der Abzug vollzog: anders als von Goukouni geplant, hatten die letzten Libyer nämlich das Land bereits verlassen, bevor die OAU-Truppen sich vollständig etablieren konnten.
Eine bessere Gelegenheit zu einer neuen Offensive konnt man Habre natürlich nicht bieten und wie nicht anders zu erwarten, zögerte er denn auch keinen Augenblick, das von den Libyern geschaffene militärische Vakuum auszunutzen. Daß er kurze Zeit vorher noch erklärt hatte, er würde sich im Falle eines Abzugs der Libyer jeder weiteren Kampfeshandlung enthalten, hatte wohl ohnehin niemand für bare Münze genommen.
Noch fataler für Goukouni war es freilich, daß die OAU-Truppe auch nach ihrer vollständigen Etablierung im Land keinerlei Anstalten machte, sich diesem Vormarsch Habres entgegenzustellen, sondern sich — entgegen allen Erwartungen Goukounis — für neutral erklärte. Je weiter Habre vorrückte, desto mehr zog sich jetzt auch die

OAU insgesamt auf eine Position der Neutralität zurück. Im Februar dieses Jahres trat in Nairobi schließlich ein spezielles »Tchad-Komitee« der OAU zusammen und forderte Goukouni zu Verhandlungen mit Habre auf. Sollte bis zum 10. Juni nicht zumindest ein Waffenstillstand vereinbart sein, wollte man die Friedenstruppe wieder abziehen. Damit hatte die OAU ihre frühere Haltung — nämlich die Anerkennung der GUNT als der einzig legitimen Regierung — nun völlig aufgegeben und den »Rebellen« Habre zum gleichberechtigten Verhandlungspartner aufgewertet.
Goukouni protestierte auf das heftigste gegen diesen Beschluß, erklärte das Komitee für nicht zuständig und weigerte sich, in irgenwelche Verhandlungen mit dem von ihm in Abwesenheit zum Tode veurteilten Habre zu treten. Doch seine Kompromißlosigkeit sollte ihm nichts helfen, im Gegenteil. Denn aufgrund dieses OAU-



Beschlusses stellte nun auch Frankreich seine Waffenlieferungen ein, vor allem aber zeigte sich der Rest der GUNT mit jedem Kilometer, den Habre der Hauptstadt näher kam, zunehmend konzessionsbereiter und rückte immer mehr von Goukouni ab, um zu retten was noch zu retten war. Als schließlich auch noch eine im März unternommene letzte Gegenoffensive scheiterte und kurz darauf Vizepräsident Kamougoue seine FAT (Forces Armees du Tchad) aus Ndjamena abzog, um in seiner südlichen Heimatbasis eine gegen ihn gerichtete Rebellion niederzuschlagen, war Goukounis Schicksal besiegelt. Habre wartete noch nicht einmal mehr die von der OAU gesetzte Schamfrist bis zum 10. Juni ab, sondern schlug schon im Morgengrauen des 6. Juni los — eine Stunde später war die »Dritte Schlacht um Ndjamena« geschlagen.

**Nationaldemokraten gegen Neo-Kolonialisten?**

Die Fülle dieser verwirrenden Ereignisse in eine analytische Ordnung zu bringen fällt zugegebenermaßen schwer. Dabei dürfte es noch am offensichtlichsten sein, daß es sich bei den Auseinandersetzungen zumindest nicht um »Stammespolitik«[1] handelt, angesichts der Tatsache, daß die beiden verfeindeten Protagonisten gleichermaßen aus dem muslimischen Norden stammen und daß das von ihnen umkämpfte Ziel — die Staatsmacht — eindeutig dem »modernen« Bereich angehört.
Aber auch eine »Klassenanalyse« hilft hier nicht viel weiter, wie ein Blick auf die Sozialstruktur des Tschad zeigt: die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung besteht aus Nomaden und Kleinbauern, der Rest sind Händler, Handwerker und Beamte,während es Arbeiter so gut wie gar keine gibt. Zudem ist von keiner der streitenden Gruppen bekannt, daß sie sich ausschließlich oder auch nur überwiegend auf eine dieser Gruppen stützen würden.
Handelt es sich aber vielleicht um eine Konflikt zwischen »Progressiven« [2] bzw. »Nationaldemokraten« [3] einerseits und »Neo-Kolonialisten« [4] andererseits? Diejenigen, die diese Unterscheidung treffen machen die Zugehörigkeit zu dem einen oder dem anderen Lager in der Regel vom Verhältnis zu Libyen abhängig. Danach ist Goukouni progressiv, weil er Geld von Ghadaffi nimmt bzw. nahm und Habre ein Neo-Kolonialist, weil er sich vor allem auf arabische Petro-Dollars stützt. Indessen hat im Tschad praktisch jeder schon mal für und mal gegen Ghadaffi Stellung bezogen, sodaß dieser Erklärungsversuch schon allein von daher ins Leere geht — einmal ganz abgesehen von der mehr als schematischen Vereinfachung, mit der Ghadaffi und »Progressivität« hier ohne weiteres gleichgesetzt werden.
Unklar ist aber auch, warum Goukouni etwa »nationaler« bzw. »demokratischer« als Habre sein sollte. Immerhin hatte doch Habre und nicht Goukouni stets gegen die Annexion der »Bande d'Aozou« durch Libyen protestiert und Habre war es auch gewesen, der die ehemalige Kolonialmacht Frankfreich durch die »Affäre Claustre« schwer gedemütigt hatte. Im Grunde sind wohl weder Goukouni noch Habre national eingestellt — sofern das Wort »Nation« im Tschad überhaupt eine Bedeutung hat.
Was die Demokratie betrifft, so dürfte sie ebenfalls in beiden Lagern ein Fremdwort sein. Denn weder hier noch dort wird »das Volk« — obgleich man seine Interessen ständig im Munde führt — nach seiner Meinung gefragt oder gar an der Politik beteiligt. »Politik« wird vielleicht hüben wie drüben von denen gemacht, die über Männer und Waffen verfügen. Ideologien, politische Inhalte oder Programme spielen dabei keine Rolle — dort wo sie verkündet werden, richten sie sich in erster Linie an externe Adressaten. Was allein zählt, ist Gewinn und Erhalt der Macht. Sie ist die Richtschnur nach der Allianzen geschlossen und wieder aufgelöst werden, gleichgültig ob der Verbündete von heute dabei der Feind von gestern ist.
Denn in einem armen Nomaden- und Bauernstaat wie dem Tschad, dessen moderner ökonomischer Bereich nur schwach entwickelt ist und dessen Gesellschaft kaum eine klassenmäßige Differenzierung aufweist, bedeutet politische Macht, d.h. die Kontrolle über den Staatsapparat, eben den Zugang zu den »modernen« materiellen Ressourcen, die diese Gesellschaft zu bieten hat: Beamtengehälter, Steuern, ausländische Entwicklungs- und Bestechungsgelder etc. Je ärmer das Land aber ist, umso weniger Möglichkeiten zum persönlichen Aufstieg bieten sich außerhalb des Staates und desto heftiger tobt der Kampf um dessen Kontrolle.
Das Ganze erinnert eigentlich eher an die Wirren des Dreissigjährigen Krieges oder die »Warlords« im China der zwanziger Jahre, als an ein Ringen zwischen »nationaldemokratischen« und »neo-kolonialistischen« Kräften. Ein solcher Vergleich hört sich zwar nicht besonders »materialistisch« an, dafür führt er aber näher an die Realität heran als ein Erklärungsmuster, das mehr daran interessiert zu sein scheint, die Ereignisse in Afrika in ein vorgefertigtes, an Hand der europäischen Geschichte entwickeltes Begriffsraster zu pressen, als sich mit den Tatsachen selbst zu befassen.
Denn Begriffe wie »progressiv«, »neo-kolonial« oder gar »nationaldemokratisch« sind nicht nur problematisch, sie werden zu inhaltslosen Wortblasen in einem Milieu, in dem der »progressive« Goukouni Waffen von der ehemaligen Kolonialmacht Frankreich erhält, mit denen er dann dessen »Sachwalter« [5], nämlich den »neo-kolonialen« Habre bekämpft, der widerum Frankreich tadelt wegen dessen »Einmischung in die inneren Angelegenheiten des Tschad«, ihm andererseits aber für die Zukunft noch »eine große Rolle« verheißt und der schließlich — Gipfel der Begriffsverwirrung — ausgerechnet Algerien einer »neo-kolonialistischen Politik«[6] bezichtigt!

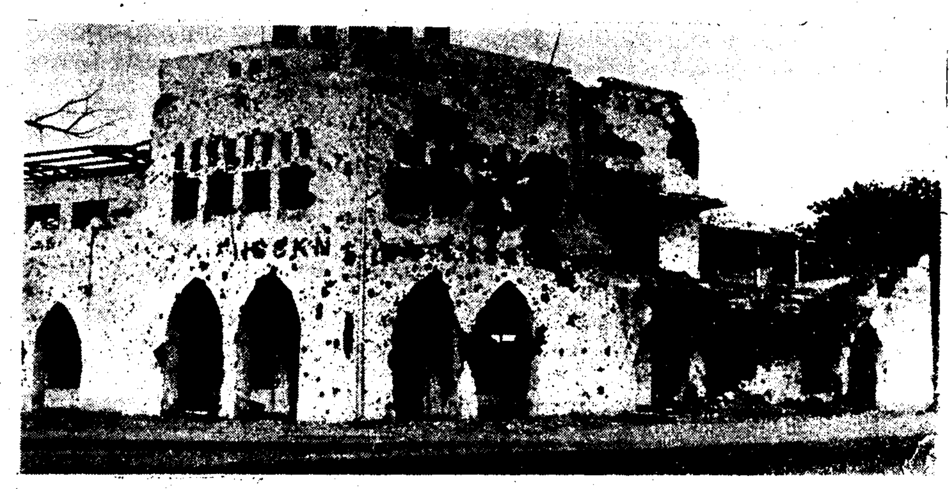
**Die Rolle der OAU**

Die Rolle, die die OAU bei dem ganzen Geschehen spielte war recht unrühmlich, um nicht zu sagen zwielichtig. Hatte sie doch zuerst Goukouni veranlaßt, die Libyer nach Hause zu schicken, um dann die eigentlich als Ersatz entsandte Friedenstrup-

pe für »neutral« zu erklären. (Ganz abgesehen davon, daß die OAU-Truppe statt der ursprünglich vorgesehenen 6000 nur etwa 3000 Mann umfasste, weil Guinea, Benin und Togo ihre Beteiligungszusagen wieder zurückgezogen hatten.)
Später dann, nachdem Habre schon relativ weit vorgerückt war, vollzog die OAU sogar eine völlige Kehrtwendung, indem sie durch ihre ultimative Forderung nach Verhandlungen die zuerst als »einzig legitime Regierung« anerkannte GUNT auf den Status einer beliebigen Bürgerkriegspartei herunterstufte.
Dabei läßt sich noch nicht einmal sagen, daß dieser Kurswechsel nur eine Folge von Habres Vorrücken gewesen wäre, also gewissermaßen eine »realpolitische« Anerkennung der militärischen Machtverhältnisse. Vielmehr war es umgekehrt das Verhalten der OAU-Truppen selbst, durchdas dieser so überraschend schnelle Vormarsch zum Teil überhaupt erst möglich gemacht wurde. Denn während die OAU-Kommandeure die Regierungstruppen aufforderten, aus den Städten abzuziehen, in denen sie ihrerseits in Stellung gegangen waren, räumten sie vor den heranrückenden FAN-Einheiten Habres das Feld, ohne daß ein einziger Schuß abgegeben worden wäre — selbst dann nicht, wenn sei von den FAN regelrecht angegriffen wurden.
Man mag der OAU zugute halten, daß Mißverständnisse und Inkompetenzen zu einem nicht geringen Teil an dieser desolaten Tschad-Politik mitverantwortlich waren. Dennoch wird man den Verdacht nicht ganz los, daß es der OAU, zumindest bestimmten Kräften in ihr, weniger um eine Vermittlung ging als darum, Habre in den Sattel zu verhelfen und den als Bundesgenossen Ghadaffis in Verruf geratenen Goukouni abzuhalftern. Erhärtet wird dieser Verdacht dadurch, daß in der OAU-Truppe zahlenmäßig eindeutig das Land dominierte — und auch den Oberbefehlshaber stellte — das in der gesamten Region als der schärfste Gegner einer jeglichen Annäherung zwischen Libyen und dem Tschad bekannt ist, nämlich Nigeria. Diese Aversion hat aus der Sicht der nigerianischen Regierung gute Gründe. Denn, so befürchtet man in Lagos, sollte sich Ghadaffi erst einmal im Tschad festgesetzt haben, dürfte es nur noch eine Frage der Zeit sein, bis der Funke der »Islamischen Revolution« auch in den eigenen muslimischen Norden übergesprungen wäre.

**Der Konflikt — ein »Stellvertreterkrieg«?**

Das Verhalten der OAU wirft natürlich die Frage auf, wieweit der Krieg im Tschad letzlich nur ein Reflex äußerer Interessengegensätze ist, mit anderen Worten, ein sogenannter »Stellvertreterkrieg«. Zweifellos wäre Habres Rückkehr an die Macht nicht möglich geworden ohne die massive Unterstützung Ägyptens, das damit — ebenso wie die hinter ihm stehende USA — Libyen treffen wollte, den »Unruhestifter Nr. 1 der Region«. Und ebenso hätte Goukouni Habre gar nicht erst außer Landes treiben können, wenn ihm dabei nicht von Ghadaffi Hilfe geleistet worden wäre, der auf diese Weise seinen politischen Traum einer islamischen Sahel-Föderation näher zu kommen hoffte. Dennoch wäre es wohl verfehlt, diesen jahrelangen Konflikt auf einen Stellvertreterkrieg reduzieren zu wollen, in dem Goukouni und Habre nichts weiter wären als die Marionetten Tripolis und, Kairos beziehungsweise der eigentlichen Drahtzieher in Moskau und Washington. Trotz aller äußeren Einflüsse waren es in erster Linie interne Ursachen, die zum Ausbruch der Feindseligkeiten führten — also der »Nord-Süd«-Konflikt und dann der sich daraus entwickelnde Machtkampf zwischen Goukouni und Habre — und es gibt keinen Anhaltspunkt dafür, daß es ohne die ägyptisch-amerikanischen und libysch-sowjetischen Waffen nicht zum Krieg gekommen wäre.



Allerdings: ohne den ständigen Zustrom von Waffen aus dem Ausland hätte der Krieg sich kaum so lange hinziehen können, vor allem aber hätte er, wäre er »nur« mit den eigenen Mitteln geführt worden, sicher nicht jenes Ausmaß an Zerstörung erreicht, das heute zu beklagen ist. Denn da es sich hier ja nicht um einen Bürgerkrieg handelt, in dem politische oder religiöse Überzeugungen aufeinanderprallen, sind auch keine großen Massen an ihm beteiligt. Auf beiden Seiten stehen allenfalls einige tausend Mann, die im Grunde nichts weiter sind als die mehr oder weniger persönlichen Anhänger ihres jeweiligen Führers. Trotz aller individuellen Kriegs-Brutalitäten könnten sie insgesamt gar nicht einen so großen Schaden anrichten, gäbe es nicht das hochmoderne ausländische Kriegsgerät, mit dem ein Dutzend Soldaten mehr zerstören kann, als eine ganze Armee nur mit Flinten bewaffneter Nomadenkrieger[7].

**Die Zukunft**

Ist es schon schwierig genug, die Ereignisse im Tschad in einen begrifflich-theoretischen Rahmen einzuordnen, so ist es aber noch weitaus schwieriger, sie politisch bewerten zu wollen. Denn kann von den beiden Widersachern eigentlich überhaupt einer für sich das legitime Recht auf die Regierungsgewalt beanspruchen? Goukouni ist zwar aufgrund eines von der OAU vermittelten Kompromisses 1979 von allen streitenden Parteien als Präsident anerkannt worden, aber eben nur provisorisch. Vom Volk legitimiert war er damals genauso wenig wie heute Habre.

Im Grunde ist die Frage Goukounie oder Habre längst zweitrangig geworden, ebenso wie die Frage ob Goukouni von der OAU nun aufs Kreuz gelegt wurde oder nicht. Was im Augenblick entscheidend ist, dürfte eher sein, daß überhaupt jemand r e g i e r t und jenes Mindesmaß an innerer Stabilität herstellt, das das Land so bitter nötig hat, um endlich an den Wiederaufbau gehen zu können. Denn die Situation im Tschad, der mit einem jährlichen pro-Kopf Einkommen von 120 US-Dollar ohnehin das Armenhaus Afrikas ist, könnte katastrophaler nicht sein: eine Hauptstadt, die in Trümmern liegt und von Seuchen bedroht ist, eine Bürokratie, die seit Monaten nicht mehr bezahlt wurde und daher kaum noch fähig und willens zu irgendwelchen Dienstleitungen ist, eine zerstörte Infrastruktur und eine Landwirtschaft, die fast nur noch für den Eigenbedarf produziert, so daß jetzt schon eine Million Menschen am rande der Hungerkatastrophe stehen.
Unter diesem Blickwinkel betrachtet ist Habre wohl derjenige, dessen Anspruch auf die Präsidentschaft man noch am ehesten befürworten müßte. Nicht aus inhaltlich-politischen Gründen — von einem politischen Programm Habres ist ohnehin nichts bekannt — sondern einfach weil er es ist, der im Augenblick die besten Chancen hat, sich an der Macht halten zu können. Denn anders als Goukouni kam Habre nicht als Kompromißkandidat einer in sich zerstrittenen Koalition an die Macht, sondern an der Spitze einer disziplinierten und straff organisierten Truppe. Die Sogwirkung, die eine solche, aus eigener Kraft eroberte Machstellung in der Regel auf akrikanische »Eliten« auszuüben pflegt, dürfte sich daher auch bald für Habre positiv bemerkbar machen. Angedeutet hatte sie sich ja schon kurz vor dem Fall von Ndjamena, als die verschiedenen GUNT-Fraktionen von Goukouni abzurücken und sich Habre gegenüber konzessionsbereit zu zeigen begannen. Eine zusätzliche Verstärkung wird diese Bereitschaft, sich mit dem Sieger zu arrangieren, mit Sicherheit auch dadurch erfahren, daß Acyl Ahmat, neben Goukouni der erbittertste Gegner Habres in der GUNT und zudem vehementer Verfechter eines prolibyschen Kurses, Ende Juli bei einem Flugzeugabsturz ums Leben kam.
Entscheidend für Habres Zukunft und da-

mit die politische Stabilität des Tschad ist jetzt eigentlich nur noch, wieweit es ihm glingen wird, sich mit dem Süden zu einigen, d.h. mit Oberst Kamougoue. Denn ohne diese Region wäre ein Gesamtstaat »Tschad«, gleich wer ihr regiert, nicht lebensfähig, stellt sie doch allein 80% der Gesamtbevölkerung und 90% der Beamtenschaft, ganz zu schweigen davon, daß nahezu das gesamte Wirtschaftspotential des Landes hier konzentriert ist. Kamougoue ist diese Abhängigkeit bekannt, er weiß aber auch, daß Habre deswegen eine eventuelle Abspaltung des Südens nicht nur keinesfalls dulden, sondern dank seiner derzeitigen militärischen Übermacht auch sofort verhindern würde. Kamougoue ist daher verhandlungswillig, auch wenn er Habre vor nicht allzu langer Zeit noch ein »Krebsgeschwür« genannt hatte. Aber sofern Habre bereit wäre, dem Süden eine gewisse Autonomie zuzubilligen, würde Kamougoue sich in Anbetracht der augenblicklichen Kräfteverhältnisse mit einer poltischen Dominanz des Nordens abfinden. Zumal dann, wenn es Habre auch noch gelänge, die seit Monaten fälligen Gehälter der ja meist aus dem Süden stammenden Beamten zu zahlen. (Wofür die Aussichten wiederum nicht schlecht sind, da Habre als ausgewiesener Ghadaffi-Gegner wohl auf reichliche USA-Subsidien wird rechnen können).
Trotz der im Prinzip günstigen Aussichten für Habre gibt es aber auch Argumente, diedaran zweifeln lassen, ob dieses Arrangement — der Norden, d.h. Habre regiert, während der Süden im Austausch für eine gewissen Autonomie unter Kamougoues Führung produziert und die Beamten stellt — wirklich so reibungslos ablaufen wird. Denn daß der Süden angesichts seiner wirtschaftlichen Überlegenheit sich auf die Dauer damit zufrieden geben wird, politisch nur die zweiter Geige zu spielen ist kaum vorstellbar. Schon jetzt ist Kamougoues Position im Sudan wegen seiner Kompromißbereitschaft ja durchaus umstritten. Ende Mai kam es deswegen sogar zu bewaffneten Auseinandersetzungen. Zwar war es ihm gelungen, über seine Kritiker zumindest militärisch die Oberhand zu gewinnen, aber den Makel des »Verräters« ist er in den Augen vieler südlicher Politiker und Offiziere damit noch längst nicht losgeworden.
Habre, bei dessen politischer Vergangenheit ohnehin zweifelhaft ist, ob er die Macht überhaupt zu teilen bereit ist, würde wahrscheinlich schon bei den ersten Anzeichen einer solchen erneuten Nord-Süd-Spannung die politische Schraube anziehen — d.h. die Autonomiezusagen wieder zurücknehmen — und damit den Konflikt erst recht anheizen.
Schließlich sollte man auch Goukouni nicht aus den Augen verlieren. Zwar sitzt er zur Zeit als Verlierer im algerischen Exil, aber angesichts der ausgesprochenen Haßgefühle, die er gegenüber Habre hegt, wird er bestimmt nicht aufgeben. Vielmehr wird er versuchen, jede sich bietende Gelegenheit, wie zum Beispiel einen Konflikt zwischen Kamougoue und Habre, zu einer Rückkehr in die politische Arena des Tschad zu nutzen. Und warum sollte ihm schießlich nicht gelingen, was Habre in einer ähnlichen Situation auch geschafft hat? Die Rolle, die damals Ägypten und der Sudan für Habre gespielt hatten, wäre Libyen sicher bereit, bei passender Gelegenheit auch für Goukouni noch einmal zu spielen.
Es sieht so aus, als sei das letzte Kapitel in der leidvollen Geschichte des Tschad doch noch nicht geschrieben.

fbt

**Quellen:**


Le Monde: 9.6., 12.6., 19.6., 13.7., 16.7.82,
Liberation: 5.11.81, 14.1.82
Jeune Afrique: 25.11.81., 6.1., 18.1., 20.1., 23.6., 30.6., 7.7., 21.7.82,
Afrique-Asie: 4.1., 15.2., 21.6., 5.7.82
NZZ: 1.12.81, 13.2., 9.6.82
FAZ: 18.1.82
SZ: 1.3.82
Arbeiterkampf: 23.11.81


**Anmerkungen:**

1) NZZ 13.2.82
2) Afrique-Asie 21.6.82
3) AIB (Antiimperialistisches Informationsbulletin) 3/82)
4) Afrique-Asie 21.6.82
5) Arbeiterkampf 23.11.81
6) Weil Algerien Goukouni kurz vor seinem Sturz Hilfe gewährt hatt
7) So fehlten Habre in der »Zweiten Schlacht um Ndjamena« zwar die Soldaten, um zum entscheidenden Sturmangriff gegen Goukounis Stellungen antreten zu können, aber über genügend schwere Artillerie um die Stadt in ein Trümmerfeld zu verwandeln, verfügte er!

# Spendenaufruf

Seit neun Wochen herrscht Krieg im Libanon. 150 000 israelische Soldaten stehen heute im Libanon. 30 000 Menschen sind getötet und mehr als doppelt so viele verletzt worden. Ungezählte sind noch unter den Trümmern begraben. Allein in Westbeirut leben 500 000 palästinensische und libanesische Flüchtlinge, darunter 100 000 Kinder.

Alle palästinensischen Flüchtlingslager im Süd-Libanon sind dem Erdboden gleichgemacht. Libanesische Städte wie Tyros und Saida, die zu den ältesten Städten der Menschheitsgeschichte zählen, sind wietgehend zerstört. West-Beirut ist heute ein einziges Trümmerfeld.

Die israelische Armee hat im Libanon die international geächteten Splitterbomben abgeworfen, die hohe Opfer und furchtbare Verletzungen unter der Zivilbevölkerung verursachen.

Die israelische Armee hat am 4. Juli die Strom- und Wasserversorgung für die Bevölkerung in West-Beirut unterbrochen. Die »grüne Linie« zwischen den beiden Stadtteilen wurde geschlossen. Die Versorgung der Bevölkerung in West-Beirut mit Nahrungsmitteln wurde von der israelischen Armee ebenfalls unterbunden.



Dieser Krieg ist nicht nur ein Krieg gegen die 6000 eingeschlossenen Kämpfer der PLO und der nationalen libanesischen Bewegung. Dieser Krieg ist ein Krieg gegen die palästinensische und libanesische Zivilbevölkerung.

In den von Israel kontrollierten Zonen im Süd-Libanon wurden alle Ärzte verhaftet, die Verletzten aus den Krankenhäusern geholt und abgeführt. Nach Augenzeugenberichten von norwegischen Ärzten werden die Menschen in Internierungslager gepfercht und grausam mißhandelt. Sie selbst haben mitansehen müssen, wie zehn Menschen aufgrund dieser Mißhandlungen starben.

Seit mehr als einem Monat leistet die libanesische und palästinensische Bevölkerung aktiven und passiven Widerstand gegen die israelischen Besatzungstruppen. Beirut ist eingeschlossen und wird von der israelischen Armee belagert. Aber der Widerstand der PLO und der libanesischen Nationalbewegung ist nicht gebrochen. Und Beirut wird sich Sharon und Begin nicht ausliefern.

Die palästinensische und libanesische Bevölkerung braucht Solidarität und aktive Hilfe. Sammelt Medikamente und Geldspenden.

**Spendenkonto der Palästinensischen Ärztvereinigung**
**Dresdner Bank Bonn, Konto-Nr.: 25 36 900 BLZ: 370 800 40**

## Guatemala:

# Der Völkermord wird fortgesetzt

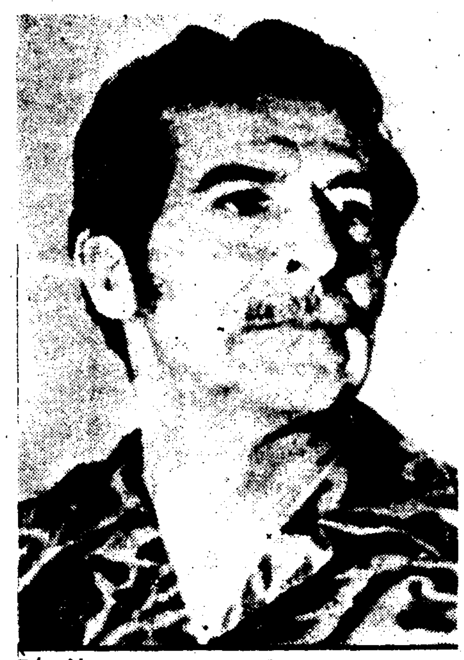
**Am 7. 3. 1982 fanden in Guatemala Wahlen statt. Dieses vierjährig wiederkehrende Spektakel zur Aufrechterhaltung einer scheindemokratischen Fassade war in diesem Jahr von besonderer Wichtigkeit.**
**Die wirtschaftliche Situation des Landes hatte sich zunehmend verschlechtert. Der Zentralamerikanische Markt ist praktisch zusammengebrochen. Die Rohstoffpreise, besonders der Kaffeepreis, sind drastisch gesunken. Die Einnahmen aus dem Tourismusgeschäft, vor einiger Zeit noch einer der Hauptdevisenbringer, sanken nahezu auf Null.**
**Die Guerilla-Organisationen haben im Land eine solche Stärke erreicht, daß sie wirkungsvolle Sabotageaktionen durchführen können: Zerstörung von Exportgütern, Brücken, Touristenhotels, Polizeistationen, Pipelines usw. Viele ausländische Unternehmen zogen daher ihr Kapital ab, bzw. schlossen ihre Betriebe. Mittelständler und Großgrundbesitzer verlassen das Land, weil sie sich ihres Lebens oder ihres Eigentums nicht mehr sicher fühlen, nicht ohne vorher ihr Kapital ins Ausland zu transferieren. Die Devisenreserven der Bank von Guatemala sind aufgebraucht.**
**Unter diesen Bedingungen sollten die Wahlen in Guatemala stattfinden, um Militärhilfe, Wirtschaftshilfe und Auslandsinvestitionen durch ein aufgebessertes Image wieder fließen zu lassen**

**Die Parteien geben keine Wahl zu wählen**

Zur Wahl waren nur Parteien des rechten bis ultrarechten Spektrums zugelassen. Der von den Militärs vorgesehene Nachfolger General Guevara Rodríguez (bis August 1981 Verteidigungsminister) war der Kandidat der FDP (Frente Democratico Popular — Demokratische Volksfront). Ein Zusammenschluß dreier Parteien, die die Politik der herrschenden Militärclique, die sich aufgrund ihrer Regierungsmacht große Reichtümer ergaunert hatte, vertrat.
Der Kandidat der MLN (Movimiento para la Liberacion Nacional — Nationale Befreiungsbewegung), Sandoval Alarcon, Mitbegründer berüchtigter Todesschwadrone, vertrat vornehmlich die Interessen der Großgrundbesitzer.
Die Union Opositora, eine Koalition der Nationalen Erneuerungspartei und der Christdemokraten. 120 Mitglieder dieser Partei wurden in den beiden letzten Jahren durch »desconocidos« (Unbekannte, wie es in Guatemaltekischen Zeitungen heißt) ermordet. Es kann vermutet werden, daß die Mörder Mitglieder der Todesschwadrone, der Polizei oder der Armee sind (ides 49).) trat mit A. Maldonado Aguierre zur Wahl an. Ihre Basis besteht aus Teilen des Mittelstandes und des Industriesektors. Im Gegensatz zu den Großgrundbesitzern sind sie an Reformen und sozialen Verbesserungen interessiert, um über eine Kaufkraftsteigerung den inländischen Absatzmarkt zu verbreitern.
Für die CAN (Central Autentica Nacionalista — Authentische Zentrumspartei) kandidierte G. Anzueto Vielman. Ihre Politik strebt wirtschaftlichen Liberalismus an, wie er durch Pinochet in Chile praktiziert wird und von der Chicagoer Schule entworfen wurde. Vor allem das internationale Kapital sympathisiert mit diesem Kurs.
Alle Parteien waren sich in einer massiven militärischen Bekämpfung der Guerilla einig.

**Wählen darf nur eine Minderheit**

In Guatemala herrscht Wahlpflicht. Um eine hohe Wahlbeteiligung zu erreichen, droht die Regierung jedem Wahlpflichtigen Geldstrafen, Inhaftierungen und den Beamten Entlassung aus dem Staatsdienst an, falls sie nicht wählen. Wahlberechtigt sind nur Bürger, die Lesen und Schreiben (genauer: jeder, dem es gelingt zu unterschreiben. Dies sind circa 2 Millionen Menschen (circa 30% der Bevölkerung). Dadurch ist eine Vorauswahl zugunsten der hauptsächlichen staatstragenden Gruppen des Mittelstandes und der Reichen getroffen. Die Bauern auf dem Land sind größtenteils Analphabeten.
Vor diesem Hintergrund riefen die Widerstandsorganisationen zu einem Boykott der Wahlfarce auf, die lediglich die demokratische Fassade des Regimes erneuern und herausstellen sollte, um das Land aus seiner internationalen Isolation zu lösen und massive militärische und politische Unterstützung der USA möglich zu machen. (s. ides Nr. 53)
Die Guerilla führte Sabotageaktionen gegen die Elektrizitätsversorgung, Radiostationen und Wahllokale durch. Am Wahltag wurden die einzelnen Gemeinden vom Militär abgeriegelt und die Telefon- und Telex-Verbindungen unterbrochen. Internationale Beobachter waren zur Wahl nicht zugelassen. Trotz des massiven Drucks zu wählen, lag die Wahlbeteiligung offiziellen Angaben zufolge nur bei 47%. Auf dem Land sollen teilweise nur 5% zur Urne gegangen sein.



*Rios Montt*

**Das Wahlergebnis:**

| | |
|---|---|
| Guevara (FDP) | 38% |
| Sandoval (MLN) | 25% |
| Maldonado (Union op.) | 20% |
| Anzueto (CAN) | 9% |
| ungültig | 8% |

(FAZ vom 12. 3. 82)

Am Tag nach der Wahl wurden Stimmen laut, daß es massiven Wahlbetrug gegeben habe, anders sei es nicht zu erklären, wie der Kandidat der FDP 38 % der Stimmen erhalten habe. In einigen Orten seien Christdemokraten in den Wahlkommissionen gezwungen worden zugunsten Guevaras zu fälschen, in anderen seien weit mehr Stimmen abgegeben worden, als nach der Zahl der Wahlberechtigten möglich war.
Es kam zu Protesten und Demonstrationen der drei Verliererparteien, die auch dem

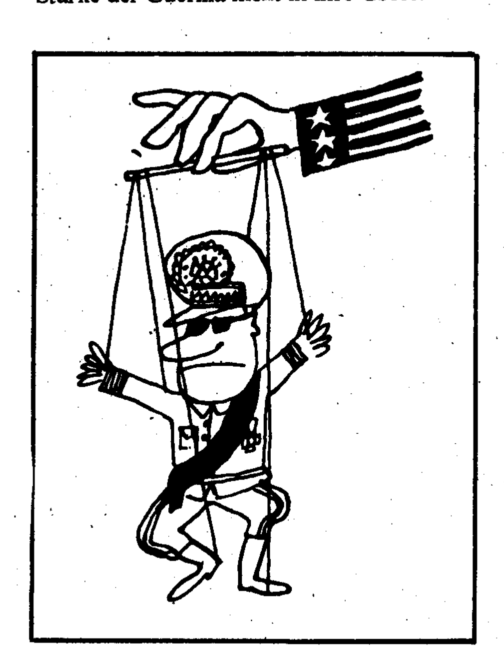


*Maldonado*

Ausland Beweise für den Betrug vorlegten. Die Händler planten einen Streik zur Lahmlegung der Wirtschaft.
Der Widerspruch zwischen der Regierung mit der korrupten Clique um den damaligen Präsidenten Lucas Garcia sowie dem designierten Nachfolger Guevara einerseits und den Großgrundbesitzern und Industriellen andererseits trat ofen zutage: Die Guerillabekämpfung war ineffektiv gewesen und der so wichtige Schein der Demokratie durch das öffentliche Bekanntwerden des Wahlbetruges zunichte gemacht. 14 Tage nach der Wahl putschte das Heer gegen die noch amtierende Regierung Lucas Garcia.

**Die Hintergründe des Putsches**

Bereits im Juli 1981 wurde ein Dokument von Teilen des guatemaltekischen Offizierskorps bekannt, in dem sich die Offiziere über die ungenügende Antiguerilla-Bekämpfung der Generale des Lucas-Regimes und deren maßlose Bereicherung an Waffenimporten beklagten, während sie selbst »im Kampf sterben, weil uns die adäquaten Waffen fehlen« (Uno mas Uno v. 23.7.81) Während der Staatshaushalt Mittel im Wert von 425 Mill. US-Dollar für Waffenkäufe auswies, schätzten Militärexperten den Wert der tatsächlich gelieferten Waffen nur auf 175 Mill. Dollar. Vermutlich wurden die Regierungsmitglieder bei den Käufen in der aus vielen Skandalfällen bekannten Weise bestochen. In dem Dokument wurde festgestellt, man könne den Krieg nur gewinnen, wenn neben den militärischen Operationen gleichzeitig Reformen zur Rückgewinnung der Sympathie der indianischen Bevölkerung durchgeführt würden. Dies stehe aber in Widerspruch zu den Interessen der Generäle und Großgrundbesitzer.
Die der ultrarechten MLN nahestehenden Großgrundbesitzer wurden in der letzten Zeit immer mehr durch Sabotageaktionen wie Zerstörung ihrer Exportprodukte oder durch Abwanderung der Landarbeiter zur Guerilla getroffen. Sie mußten mit ansehen, daß sich das Heer häufig wegen der Stärke der Guerilla nicht in ihre Gebiete






vortraute und verlangten eine noch härtere militärische Linie und die Verdoppelung der Armee. Wegen der sinkenden Kaffeepreise forderten sie außerdem die Aufhebung der Kaffeeexportsteuer, wozu die Regierung aber nicht bereit war.
International war das Lucas-Regime so isoliert, daß selbst christdemokratisch regierte Staaten sich von dem Land distanziert hatten. Das Interesse der Reagan-Administration war, in Guatemala eine Regierung an der Macht zu wissen, die zumindest scheinbar die Menschenrechte respektiert. Nur so kann die Wiederaufnahme der unter Carter 1977 gestoppten, direkten Militärhilfe vor dem Kongreß legitimiert werden.
Die USA wollen mit allen Mitteln versuchen, angesichts der Situation in El Salvador, es hier nicht soweit kommen zu lassen, zumal Guatemala über wichtige Rohstoffvorkommen verfügt.
Mindestens seit Januar waren unzufriedene guatemaltekische Offiziere mit den USA in Kontakt gewesen. Die Vorstellungen von der Aufstandsbekämpfung (Counterinsurgency) der Offiziere entsprachen den bekannten amerikanischen Vorstellungen: Militärischer Kampf gegen die Guerilla, gleichzeitig Reformen, um der Guerilla den Boden zu entziehen. Am 23. März fand der unblutige Putsch, unterstützt von einem Großteil des Heeres, statt. Die drei Verliererparteien äußerten sich sehr befriedigt und die neue Junta wurde schnell von Chile, den USA und Taiwan anerkannt, gefolgt von El Salvador, Argentinien, Israel und dem christdemokratisch regierten Venezuela.

**Der Neue Machthaber**

Nach dem Putsch teilte sich eine Dreierjunta unter Führung von General Efrain Rios Montt die Macht. Nach Informationen des Pressedienstes »Heller's Express Daily News«, der sich auf Gespräche mit guatemaltekischen und ausländischen Diplomaten beruft, war der Putsch zunächst von dem MLN Vizekandidaten Lionel Siesniega Otero ausgegangen: Geplant war, eine zivil-militärische Übergangsregierung unter Führung eines zivilen Präsidenten zu etablieren, um in kürzesterr Zeit Neuwahlen durchzuführen. Unter anderen war von Siesniega auch Rios Montt berufen worden, durch den der weitere Verlauf des Umsturzes ausser Kontrolle der ursprünglichen Putschisten geraten sei (Guatemala-Rundbrief Nr. 16). Anfang Juni wurde die Junta aufgelöst und Montt von der Armee zum Präsidenten und Oberbefehlshaber der Streitkräfte proklamiert. Er hatte früher verschiedene Spezialkurse in Guerilla- und Aufstandsbekämpfung in den USA und in der Panama-Kanalzone absolviert. 1973 war es Generalstabschef unter dem Diktator General Arana Osorio und in dieser Zeit verantwortlich für Massaker an indianischen Bauern. 1974 gewann Montt als Kandidat der Christdemokraten die Wahl. Er akzep-

tierte aber schließlich den Wahlbetrug von General Laugerud Garcia und ging mit einer Abfindungssumme von einer Million Dollar als Militärattaché nach Spanien. Vor seiner öffentlichen Rückkehr in die Politik, trat er als Prediger einer US-amerikanischen Sekte, den Fundamentalisten, in Erscheinung. Julia Esquivel, die Vorsitzende der christlichen Menschenrechtskomission 'Justicia Y Paz', charakterisierte ihn als eine Despoten mit scheinheiliger Fassade. Während er von Frieden, Gerechtigkeit und Glauben spricht, setzt die von ihm geführte Armee die Massaker im Lande fort.

Montts Bekanntheitsgrad bei der Bevölkerung und beim Offizierskorp haben ihm beim jetzigen Putsch zum Durchbruch verholfen. Er war Rektor der guatemaltekischen Militärakademie, viele der jetzigen Unteroffiziere waren sein Schüler. Sehr bald nach dem Putsch kam es zur Zurückdrängung des MLN-Einflusses in der Junta. Am 29. März 1982 wurde die Verfassung auf unbestimmte Zeit außer Kraft gesetzt, der Kongreß aufgelöst und die Tätigkeit der Parteien per Dekret verboten.

Die Bevölkerung wurde aufgefordert, die Waffen abzugeben, denn nur die Armee dürfe Waffen tragen. Damit solle ein Ende des Mordens erreicht werden. Wer gegen dieses »Gesetz« verstoße, werde exekutiert. Dies erinnert an US-amerikanische Forderungen, in Guatemala das Kriegsrecht auszurufen, um nicht mehr morden zu müssen, sondern jeden rechtmäßig umbringen zu können. Nicht gemeint mit dem Aufruf, die Waffen abzugeben, sind die paramilitärischen Banden, die weiterhin für Massaker verantwortlich sind. Obwohl ihre Mitglieder den Behörden bekannt sind, werden sie nicht verfolgt (informador des Solidaritätskomitees für Guatemala in Costa Rica Juni 82). Um ein besseres Image zu bekommen, wurden personelle Umstellungen vorgenommen: der Chef der Nationalpolizei, einer der größten Verbrecher, wurde entlassen und durch den Coronel ersetzt, der auch von Guevara dafür vorgesehen war (Ponche Nicht.) Ende April wurde das berüchtigte »Cuerpo de Detectivas de la Policia Nacional« aufgelöst und gleichzeitig die Schaffung einer neuen Organisation zur Sicherheit und Aufstandbekämpfung bekanntgegeben »Kommando für Spezialoperationen COE«, das seine Arbeit bereits aufgenommen hat und v.a. im Departement El Quiché gegen die Guerilleros der URNG eingesetzt wird. Anklage gegen die für Korruption und Morde hauptsächlich Verantwortlichen der vorherigen Regierung wurde erst Mitte Juli erhoben.



**Im wesentlichen hat sich also nichts geändert.**

Im Gegenteil, die Repression gegen die Bevölkerung auf dem Lande hat sich noch verschärft: **13 Mitglieder der Bauerngewerkschaft CUC besetzten am 12.5.82 friedlich die Botschaft Brasiliens** um das fortgesetzte Terror, Morden, Vergewaltigen, Bombardieren ganzer Dörfer auf dem Lande bekanntzumachen. Sie wählten dieses Mittel, weil sie keine andere Möglichkeit sahen, sich Gehör zu verschaffen. Die öffentlichen Medien unterstehen der Zensur und bringen, wenn überhaupt, nur die offizielle Version der Militärs von den Massakern. So werden häufig Morde so hingestellt, als seien sie von der Guerilla begangen worden. Sie klagen an, daß in der Zeit seit der Machtübernahme von Rios Montt die Repression noch stärker geworden ist, mindestens 3500 Menschen umgebracht und Hütten, Ernte, Tiere, und Wälder verbrannt wurden. Aus Angst getötet zu werden, seien sie gezwungen in die Berge zu fliehen und viele Bauersfamilien litten unter Hunger und Krankheiten, besonders die Kinder. Tausende von Campersinos müßten in den Nacharländern Mexiko und Honduras Schutz suchen.

Die Botschaftsbesetzer forderten die Einsetzung einer Vermittlungskomission, um eine Pressekonferenz durchführen und ein Kommuniqué für Radio und Fernsehen veröffentlichen zu können.

Im Gegensatz zur Besetzung der Spanischen Botschaft 1980, bei der 39 Tote durch das brutale Vorgehen der Militärs zu beklagen waren, wurden die Besetzer dieses Mal unversehrt nach Mexiko ausgeflogen.

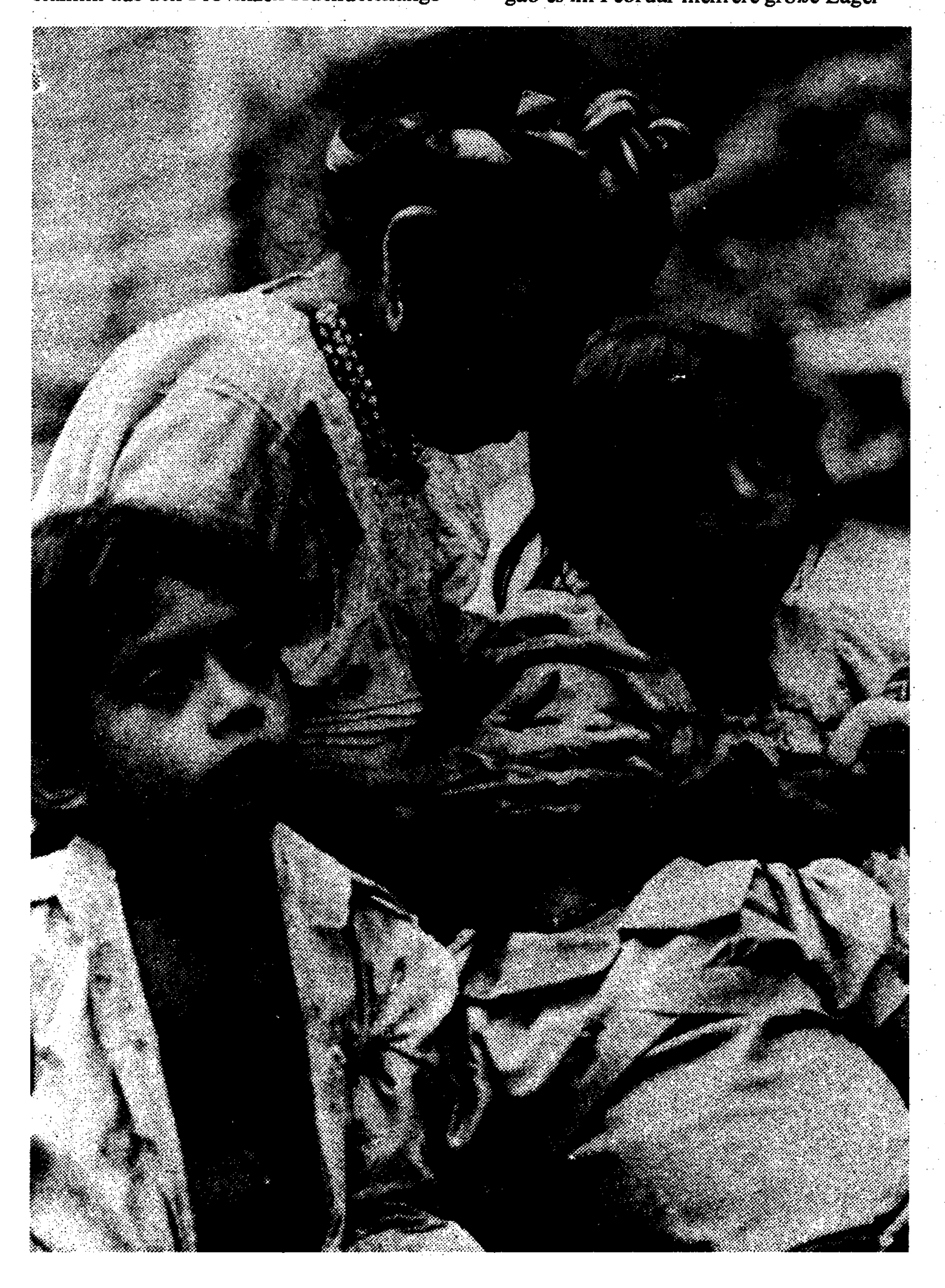
In der Presse hier wird die Menschenrechtssituation nach dem Putsch häufig als gebessert bezeichnet, wobei insbesondere das Aufhören des Mordens in Guatemala-Stadt als Indiz für eine Besserung hingestellt wird. Daß die Repression auf dem Land aber noch massiv zugenommen hat, liest man hier kaum. Dies entspricht genau dem Wunsch der USA, die nach dem Fassadenwechsel in Guatemala wieder Militär- und Wirtschaftshilfe leisten können.

Carola Mosch
Klaus Höweling

Literatur:
FR, unomasuno (mex. Tageszeitung), Guatemala-Nachrichten Nr. 5/82, Lateinamerika-Nachrichten Mai 82, Guatemala-Rundbrief Nr. 16, taz, El Grafico (guat. Tageszeitung), informador (Herausgeber: Solidaritätskomitee für Guatemala in Costa Rica), ides.

# Guatemaltekische Flüchtlinge in Mexiko

Das guatemaltekische Heer führt in zunehmendem Maße Krieg gegen das eigene Volk. Um die Guerilla zu vernichten, werden hauptsächlich in Gebieten mit indianischer Bevölkerung ganze Dörfer ausgerottet und Landstriche entvölkert und verwüstet. Dahinter steht das Motto des nun abgesetzten Präsidenten General Lucas Garcia »den Fischen das Wasser entziehen«. Die Auswirkungen dieses Völkermordes der Militärs gegen die eigene Bevölkerung wird jetzt auch in den südlichen mexikanischen Grenzstaaten Chiapas und Campeche deutlich:
Seit einiger Zeit und verstärkt seit Dezember letzten Jahres sind Tausende von Guatemalteken, hauptsächlich Campesinos mit ihren gesamten Familien, über die Grenze gekommen. Der größte Teil von ihnen stammt aus den Provinzen Huehuetenango und San Marcos und dort vor allem aus den grenznahen Gebieten.
Unter dem Vorwand, einen vermuteten Waffenschmuggel aus Mexiko zu unterbinden — wobei umstritten ist, ob es einen solchen überhaupt git — hat das guatemaltekische Heer jetzt angefangen, einen etwa 10 km breiten Streifen entlang der Grenze zu Mexiko von Bewohnernn zu »säubern«. Die Menschen werden systematischem Terror unterworfen, gefoltert und ermordet, Dörfer verbrannt, Ernten vernichtet, die Bewohner aus ihren Orten vertrieben, meist mit der Drohung sie umzubringen, wenn sie wiederkommen sollten. Viele dieser Menschen kamen über die Grenze, um in Mexiko Schutz zu suchen. Sie begannen dort unter freiem Himmel ihre Lager aufzuschlagen. Bei Trinitaria und Comalapap gab es im Februar mehrere große Lager mit bis zu 1000 Menschen, im angrenzenden Gebiet von Tapachula mindestens ebenfalls noch einmal 4-5000 Flüchtlinge. Das sind aber nur die Zahlen der Flüchtlinge in den bekannten Lagern, die Mitte Januar selbst eine Zählung durchgeführt haben. Es wird vermutet, daß sich Tausende von Flüchtlingen verstecken oder bei mexikanischen Bauernfamilien untergekommen sind. Außerdem kommen alljährlich zehntausende von Guatemalteken als Arbeiter auf die mexikanischen Baumwoll- und Zuckerrohrplantagen zur Ernte und es war im Februar noch nicht bekannt, wieviele dieser Erntearbeiter in diesem Jahr nicht nach Guatemala zurückkehren würden. Insgesamt schätzt man damit die Zahl der Flüchtlinge auf 100.000 bis 180.000. Vor allem die Situation der nahe der Grenze lebenden Flüchtlinge war zunächst sehr unsicher, weil sie ständig davon bedroht waren, von den mexikanischen Behörden wieder zurückgeschickt zu werden.
Mexiko hat die Genfer Konvention zur Flüchtlingsfrage von 1951 nicht unterzeichnet. Die Flüchtlinge können sich daher nicht auf diese berufen und genießen nicht den dort vereinbarten Schutz. Bei Verfolgung aus religiösen, sozialen, rassischen und politischen Gründen können sie so in ihre Heimatländer abgeschoben werden.
Die zuständigen mexikanischen Behörden verhielten sich widersprüchlich: während die Einwanderungsbehörde dagegen war, die Guatemalteken aufzunehmen, plädierte die mexikanische Flüchtlingskommission für ihren Schutz.
Die mexikanischen Bauern verhalten sich zu ihnen solidarisch. Viele Familien kannten sich über die Grenze hinweg. Soweit es in ihren Möglichkeiten stand, versuchten sie, den Guatemalteken Arbeit oder Unterkunft zu geben. Andererseit nutzten einige Großgrundbesitzer die Situation der Flüchtlinge aus und gaben ihnen niedrige Löhne für harte Arbeit.
In nächster Zeit sind die Flüchtlinge aber auf Hilfeleistungen angewiesen. Die Lebensmittel, die sie z.Zt. haben, reichen nach ihren Berechnungen nur noch einige Wochen. Außerdem fehlen Kleider, Materialien zum Bau von Unterkünften, Medikamente, Saatgut, Arbeitsgeräte usw. Die nationale und internationale Hilfe ist bisher lange nicht ausreichend. Die Unterstützung soll so organisiert werden, daß die Flüchtlinge selbst sagen, wie sie sich helfen können und was sie brauchen.
Ein weiteres Problem der Flüchtlinge ist die Angst vor Spitzeln in den Lagern, die sich eingeschlichen haben und vor Übergriffen der guat. Militärs und paramilitärischen Banden. Diese bedrohen sowohl sie als auch die mexikanischen Campesinos und Angehörige der Kirche, die ihnen helfen. Auf das Konto dieser Militärs gehen wahrscheinlich schon einige Überfälle und Morde an Mexikanern.

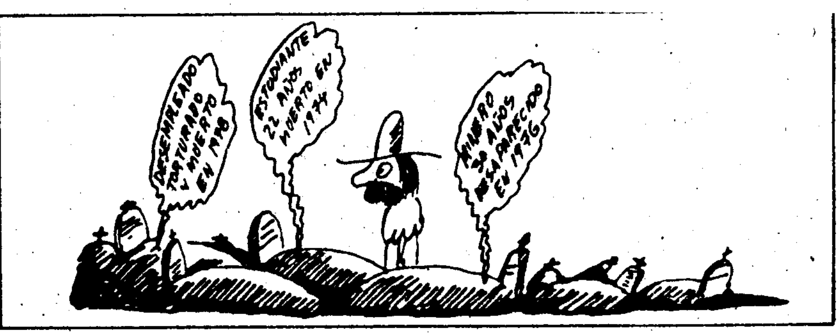


Carola Mosch
Klaus Höweling

# *Von der Kolonialzeit bis heute:* Repression

Guatemala erklärte 1821 seine »Unabhängigkeit« im Rahmen des Zerfalls des spanischen Kolonialreichs. Dieser formalen Befreiung folgte jedoch keine Befreiung der Mehrheit der Bevölkerung des Landes von ihrem kolonialen Joch der Ausbeutung. Die Knüppel und Peitschen blieben, es wurden nur die Herren ausgewechselt. Diese haben im Laufe der Geschichte dazu beigetragen, daß Guatemala sich das zweifelhafte Prädikat »Land der ewigen Diktatur« erworben hat. Alfonso (1) meint, daß das Unglück dieses Landes nicht nur die Blutrünstigkeit und Dummheit seiner Tyrannen war, sondern auch die Dauer ihrer Regierungszeiten.

Carrera regierte von 1844 – 1865, Barrios von 1873 – 1885, Cabrera von 1898 – 1920 und Ubico von 1931 – 1944. Diese vier Despoten haben die Geschichte Guatemalas in seiner ersten Phase der »Unabhängigkeit« maßgeblich bestimmt. Sie trugen auf verschiedene Weise dazu bei, daß einerseits die Macht der einheimischen landbesitzenden Oligarchie gefestigt und ausgebaut wurde, aber andererseits auch das ausländische Kapital seinen Einzug halten konnte. Letzteres u.a. durch den Aufbau der Kaffeeplantagen durch deutsche Einwanderer (unter Barrios) und die Anlage der Bananenplantagen durch die United Fruit Company — UFCO — (unter Cabrera).



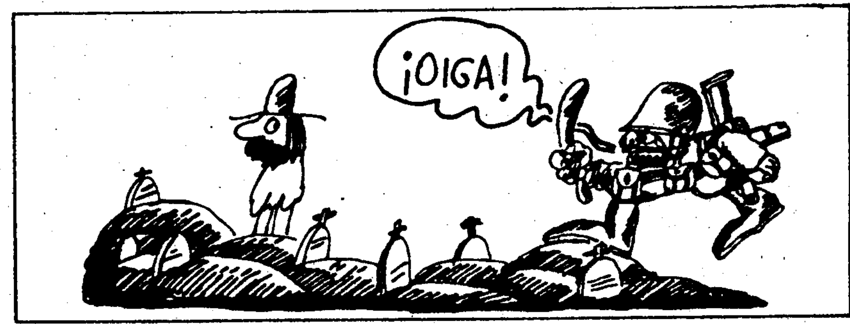
ENTLASSEN GEFOLTERT UND 1978 GESTORBEN — STUDENT 22 JAHRE 1974 GESTORBEN — MINENARBEITER 30 JAHRE 1976 VERSCHWUNDEN

**Ein kurzes demokratisches Zwischenspiel**

Eine Revolte von Studenten, Intellektuellen und Arbeitern beendete zunächst 1944 den Reigen der Diktatoren und führte zu den ersten freien Wahlen des Landes. Sieger wurde der Universitätsprofessor J. Arévalo, der 1945 sein Amt antrat. Schwerpunkt seiner Regierungszeit waren die Förderung der Volksbildung, eine fortschrittliche Sozialgesetzgebung und der Beginn einer umfassenden Agrarreform. Gewerkschaften wurden gegründet und die kommunistische Partei erlaubt. Daß auf Arévalo während seiner sechsjährigen Amtszeit 30 Anschläge verübt wurden, zeigt, wie sehr sich die ökonomische Machtelite des Landes von dieser Politik bedroht fühlte.

Sein gewählter Nachfolger J. Arbenz vertrat eine wesentlich stärkere antiimperialistische Politik nach außen und eine sozialistischere nach innen als er. Sehr schnell wurde Arbenz des Kommunismus bezichtigt, obwohl auf die kommunistische Partei nur 4 der 56 Parlamentssitze entfielen und keines ihrer Mitglieder an der Regierung beteiligt war. Dennoch sah Adenauer 1954 in Guatemala »das Ziel der kommunistischen Angriffe« (2). Was war geschehen? Arbenz zwang u.a. zunächst die alles beherrschenden amerikanischen Verkehrs- und Elektrizitätsgesellschaften im Lande, die der UFCO gehörten, zur Senkung ihrer hohen Tarife. Ihr Verkehrsmonopol sollte durch den Bau von Straßen und neuen Hafenanlagen gebrochen werden. Ferner wurde der Bau eines staatseigenen elektrizitätswerkes beschlossen.

Die 5 % starke Oberschicht des Landes verfügt über mehr als 60 % der gesamten Einkünfte. Die ärmsten 50 % der Bevölkerung verfügen nur über 7 % des Einkommens. Die offene Arbeitslosigkeit liegt bei 20 %. Über die Hälfte der ökonomisch aktiven Bevölkerung ist unterbeschäftigt. Die durchschnittliche Inflationsrate lag 1979 bei 14 %. Die Preise von wichtigen Grundnahrungsmitteln stiegen zwischen 1978 und 1980 wesentlich stärker, z.B. Kartoffeln um 40 %, Zucker um 81 %, Brot um 100 % und schwarze Bohnen um 177 %. Diese Verhältnisse führen dazu, daß 75 % der Kinde unter 5 Jahren an Unter- und Fehlernährung leiden. In den indianischen Gemeinden auf dem Lande sterben 65 Kinder von 100, bevor sie das 5. Lebensjahr erreicht haben. Die durchschnittliche Lebenserwartung beträgt in Guatemala 51 Jahre (Cuba: 70 Jahre).




HÖR MAL!

USTED SABE MUY BIEN QUE EL PAIS ESTÁ EN ESTADO DE SITIO... Y NO SE PERMITEN REUNIONES

DU WEISST GENAU, DASS SICH UNSER LAND IM AUSNAHMEZUSTAND BEFINDET ... VERSAMMLUNGEN SIND NICHT ERLAUBT!

**Die unterdrückte Mehrheit: die Indios**

Gut 60 % der guatemaltekischen Bevölkerung sind Indios. Ihre Vorfahren waren die Mayas, die der Nachwelt zahlreiche wissenschaftliche Erkenntnisse und große Bauwerke (Tikal, Copan) hinterließen. Die Eigenständigkeit ihrer Kultur zeigt sich heute, trotz Veränderungen durch jahrhundertelange Kolonialzeit, in 20 verschiedenen Sprachen, einer traditionellen Kleidung sowie zahlreichen Sitten und Gebräuchen auf familiärer und kommunaler Ebene. Sie widerstanden allen Versuchen, sie der von westlichen Vorstellungen beherrschten Kultur unterzuordnen. Dies wurde zur Schürung eines vemeintlichen

Rassenkonfliktes zwischen Indios und Ladinos (Mestizen) ausgenutzt. Die Diskriminierung besteht in der beständigen Verleugnung der indianischen Kultur und des Selbstverständnisses der Indios. Dies ist dann Legitimation für ihre Entrechtung, für Landvertreibungen und die Ausrottungsvesuche durch die Armee. »Die dummen und faulen Indios sind schuld an der Armut, der Unterentwicklung und den anderen Problemen unseres Landes«; so denkt die sogenannte staatstragende. Mittel- und Oberschicht.

Lebensgrundlage der Indios war und ist ihr Landbesitz. Grundvoraussetzung für eine profitträchtige kapitalistisch orientierte Agrarexportwirtschaft ist aber ebenfalls umfangreicher Landbesitz. Dadurch ist eine Konfliktstruktur vorgegeben, die zumindest bis heute zu Lasten der Schwächeren ging. Die Spanier machten den Anfang bei der Landvertreibung und Proletarisierung. Die nachkolonialen Regierungen setzten diesen Prozeß mit Betrug und Mißachtung aller Rechte fort. Sie schufen den legalen Rahmen für den bedenkenlosen Landraub durch die unersättliche Landoligarchie. Die Militärregierungen der letzten Jahre besannen sich schließlich auf ihre Waffen und setzten auf diese Art die »Landgewinnung« fort, indem sie indianische Dörfer bombardieren oder die Bevölkerung niedermetzeln.

Die letzte Landverteilungsstatistik wurde 1964 veröffentlicht, seitdem hat es jedoch keinen Einhalt im Konzentrationsprozeß gegeben.

Doch die Hauptursache allen Unmutes im In- und Ausland war die Durchführung der Landreform. Bis 1954 wurden insgesamt 750.000 ha ungenutzten Landes enteignet und an ca. 140.000 neue Eigentümer verteilt. Am einschneidensten war hiervon Guatemalas größter Grundbesitzer, die UFCO, betroffen. Von ihren 210.000 ha Land, die zu 74 % brachlagen, wurden ca. 161.000 ha enteignet. Die Entschädigungssumme wurde auf der Grundlage der Steuererklärung der UFCO auf 1 Mio. US-Dollar festgesetzt. Die Firma forderte allerdings 15 Mio. US-Dollar.

**»Big stick«-Politik**

Die guatemaltekische Agrarreform (Landreform, Genossenschaftsgründungen, Neuordnung des Kreditwesen etc.) war, sechs Jahre vor Kuba, beispiellos für Lateinamerika. Sie zog viele fortschrittliche Kräfte an, unter ihnen der junge Arzt E. Che Guevara, um sich an Ort und Stelle zu informieren bzw. um dort mitzuarbeiten. Für die USA stellten die Vorgänge allerdings, als nachahmenswertes Beispiel für andere Länder, eine Bedrohung des amerikanischen Kapitals in dieser Region dar. Unter der Federführung der Brüder Dulles, als Außenminister und CIA-Chef, die aufs engste mit der UFCO verbunden waren, wurde ein Interventionsplan aufgestellt, der im Sturz der Regierung Arbenz im Juni 1954 gipfelte. Der Plan, der aus vier Schritten bestand, soll hier kurz aufgeführt werden, da er beängstigende Parallelen mit der z.Zt. laufenden Kampagne der USA gegen Nicaragua aufweist:

— Die nationale und internationale öffentliche Meinung muß davon überzeugt werden, daß Guatemala eine kommunistische Bedrohung sei;
— das Land muß international isoliert werden, zunächst von seinen Nachbarn, später in grösserem Rahmen;
— es muß eine Krisensituation geschaffen werden, die eine Intervention rechtfertigt;
— es ist eine neue, genehme Regierung einzusetzen.

**Terror und Gewalt**

Seit 1954 regieren die Militärs mit Unterstützung der USA das Land. Zur Sicherung ihrer Machtposition setzen sie offene Gewalt, Landvertreibung, Korruption und Wahlbetrug ein. Die vier Guerillaorganisationen (URNG) bezeichneten diese Phase der Geschichte Guatemalas als die des »ruchlosesten Völkermordes, die dieser Kontinent je kannte« (3). Von 1954 bis 1981 wurden über 80.000 Menschen ermordet. In der Mehrzahl sind indianische Bauern die Opfer dieses Völkermordes. Ihre Mörder sind Polizei, Armee und rechtsextremistische Todesschwadrone. Amnesty international stellte fest, daß sich die Zentrale dieses Repressionsapparates in einem der Nebengebäude des Präsidentenpalastes befindet. die Militärs verteidigen mit dieser Terrorherrschaft einerseits eigene materielle Interessen, andererseits aber die Aufrechterhaltung einer fast kolonialen Landbesitzstruktur, sklavereiähnliche Ausbeutungsbedingungen für die Landarbeiter in der Agroexportwirtschaft, sowie die hemmungslose Profitmacherei ausländischer Kapitale.

Der Mehrheit der Campesinos bleibt zur Sicherung ihres Lebensunterhalts in vielen Regionen nur abgelegenes, karges und steiles Bergland (oft unter 1 ha) zur Verfügung. Die Erträge reichen nicht aus, um die Familie mit den Hauptnahrungsmitteln Mais und schwarze Bohnen zu versorgen. Eine Produktion für den Markt ist so gut wie ausgeschlossen. Mehr als 650.000 indianische Kleinbauern und Landarbeiter ziehen daher jährlich während der Erntezeit (Oktober — März) für einige Monate auf die Plantagen in den heißen Küstenregionen und Kaffeeanbaugebieten. In machtvollen und blutigen Arbeitskämpfen wurde ein Tagesmindestlohn von 3,20 US-Dollar erkämpft, der jedoch vielfach nicht eingehalten wird. Die Lebensbedingungen für die Saisonarbeiter sind erbärmlich. Auf

Anteil der Sektoren am BIP (in %)

| | 1950 | 1960 | 1970 | 1980 |
|---|---|---|---|---|
| Landwirtschaft | 33 | 28 | 27 | 25 |
| Industrie und Baugewerbe | 15 | 15 | 18 | 20 |
| Handel u. Verkehr | 31 | 34 | 35 | 35 |
| sonst. Dienstleistungen | 21 | 23 | 20 | 20 |

(Nohlen/Nuscheler, Banco de Guatemala)

Hauptexportgüter 1980

(in % des Gesamtexportwertes)

| | | | |
|---|---|---|---|
| Kaffee | 30,5% | Bananen | 2,9% |
| Baumwolle | 10,8% | Fleisch | 1,8% |
| Zucker | 4,5% | Nickel | 3,8% |
| Kardamon | 3,6% | Erdöl | 1,6% |

(Banco de Guatemala)

| Hauptexportländer | 1980 |
|---|---|
| Zentralamerikanische Staaten | 29% |
| USA | 27% |
| Europäische Gemeinschaft | 24% |

Besitzstruktur in der Landwirtschaft (1964)

| | Anzahl der Betriebe | Anteil an der Nutzfläche |
|---|---|---|
| Minifundien (unter 7 ha) | 87,4% | 18,6% |
| Betriebe (7–44 ha) | 10,5% | 18,8% |
| Betriebe (44–895 ha) | 2,0% | 36,6% |
| Latifundien über 895 ha | 0,1% | 26,0% |

(Nohlen/Nuscheler)

Besitzstruktur in der Landwirtschaft (1964)

| | Anzahl der Betriebe | Anteil an der Nutzfläche |
|---|---|---|
| Minifundien (unter 7 ha) | 87,4% | 18,6% |
| Betriebe (7–44 ha) | 10,5% | 18,8% |
| Betriebe (44–895 ha) | 2,0% | 36,6% |
| Latifundien über 895 ha | 0,1% | 26,0% |

(Nohlen/Nuscheler)

Lastwagen wie Vieh transportiert, landen sie in unhygienischen Unterkünften bei mangelhafter Ernährung. Oft werden sie während der Arbeit auf den Feldern mit Pflanzenschutzmitteln besprüht.

**Die Wirtschaftsstruktur**

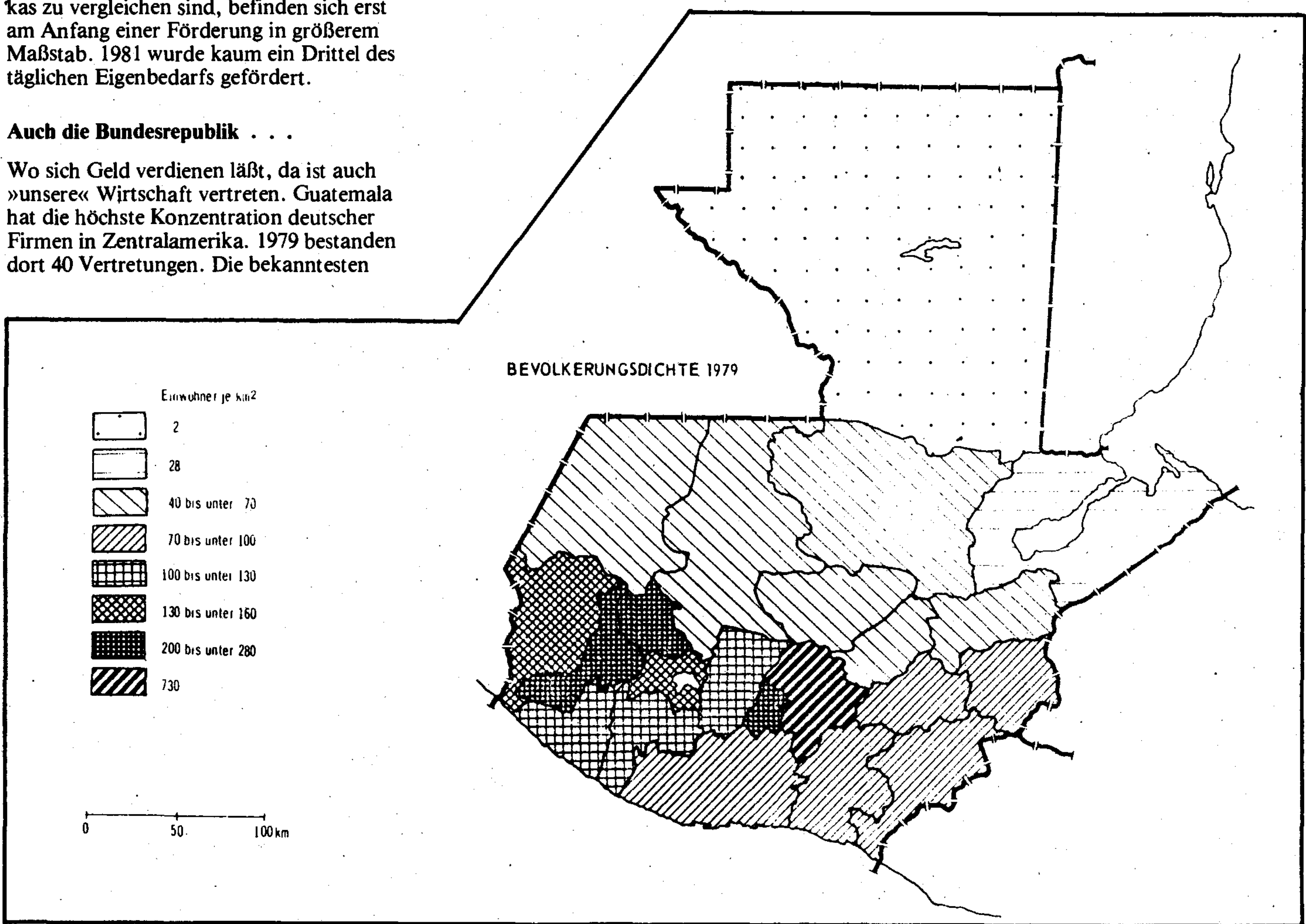
Die Wirtschaft des Landes wird von der Landwirtschaft bestimmt. Rund 65 % der erwerbsfähigen Bevölkerung erwirtschaften ein Viertel des Bruttoinlandsproduktes. Zwei Drittel des Ausfuhrwertes ergeben sich aus Agrarprodukten. Die Wachstumsrate des Brottinlandsproduktes fällt seit einigen Jahren konstant und betrug 1981 nur noch 1 %. Die innenpolitische Lage und die veränderte politische Situation in Zentralamerika sind die Ursachen dafür.
Die Hauptstütze des Exports liegt in der landwirtschaftlichen Produktion. Allerdings ist eine zunehmende Diversifizierung der Exportprodukte in den letzten Jahren eingetreten. Vor dem 2. Weltkrieg lag der Kaffeeexportanteil noch bei 80 %.
Der Rohstoffexport ist derzeit noch nicht beachtenswert, obwohl umfangreiche Lager festgestellt wurden. Die Nickelreserven haben die beiden größten Multis in diesem Sektor fest im Griff und ihrer globalen Konzernstrategie unterworfen. Die Förderung ist derzeit gering; die Bodenschätze scheinen noch als Reservepotential zu dienen, nachdem erhebliche staatliche Investitionsbeihilfen für ihre Erschließung einkassiert worden sind. Die neu entdeckten Erdöllager, die in der Menge mit denen Alaskas zu vergleichen sind, befinden sich erst am Anfang einer Förderung in größerem Maßstab. 1981 wurde kaum ein Drittel des täglichen Eigenbedarfs gefördert.

**Auch die Bundesrepublik . . .**

Wo sich Geld verdienen läßt, da ist auch »unsere« Wirtschaft vertreten. Guatemala hat die höchste Konzentration deutscher Firmen in Zentralamerika. 1979 bestanden dort 40 Vertretungen. Die bekanntesten davon sind Volkswagen, Daimler-Benz, Hoechst, Bayer, Boehringer und Siemens. Die BRD ist für den Export der drittwichtigest Außenhandelspartner (nach den USA und El Salvador). 1980 betrug das Handelsvolumen 126 Mio. US-$. Bei den Einfuhren rangiert die BRD erst an sechster Stelle.

Daß seit 1954 die Menschenrechte ständig mißachtet werden war für eine »Entwicklungszusammenarbeit« nicht hinderlich. Von 1950 bis 1980 erhielt Guatemala 105 Mio. DM öffentliche Entwicklungshilfe. Ca. 100 Mio. DM sind davon als Zuschuß gewährt worden. Der Schwerpunkt der Hilfe lag und liegt in der technischen Zusammenarbeit. Herausragendes Projekt ist der »Generalplan Elektrizitätsversorgung«, der auf die Nutzung der Wasserkraftreserven des Landes zielt. Unter der Federführung der Gesellschaft für technische Zusammenarbeit (GTZ) ist die deutsche Consulting Larmeyer International (Frankfurt) mit der Projektdurchführung beauftragt. Bis 1989 sollen fünf Wasserkraftwerke mit einer Gesamtleistung von 1.260 MW fertiggestellt sein. Am Bau sind die Hoch-Tief AG und AEG-Telefunken maßgeblich beteiligt.

Guatemala ist Teil des »Hinterhofs« der USA. Es mußte die verschiedensten Varianten ihrer Expansionspolitik über sich ergehen lassen. Der Vorposten des US-Imperialismus war ab 1906 die UFCO. Ihre Macht nahm derartige Ausmaße an, daß keine Regierung — sofern sie nicht ohnehin mit ihr kollaborierte — gegen die Interessen dieses Konzerns handeln konnte. In Guatemala waren beispielsweise alle wichtigen Infrasturktureinrichtungen in ihren Händen. Der Versuch, ihr Machtmonopol zu brechen, führte 1954 zu dem vom CIA inszenierten Sturz der Reformregierung Arbenz.
Welches sind die Interessen der USA heute an diesem kleinen mittelamerikanischen Staat mit seinen 7 Mio. Einwohnern? Als Absatzmark ist er von der ökonomischen Potenz der Mehrheit der Bevölkerung (noch) relativ uninteressant. Wichtiger erscheinen da die Stabilisierung und der Ausbau günstiger Investitions- und Entwicklungsbedingungen für das US-Kapital vor Ort. Nahezu zwei Drittel aller ausländischen Unternehmen ist nordamerikanischer Herkunft. Von erheblich größerer Bedeutung ist die langfristige Sicherung der guatemaltekischen Rohstoffvorkommen Erdöl und Nickel. Der sich verschärfende Kampf um die Zugriffsmöglichkeiten auf die Rohstofflager der »Dritten Welt« läßt erahnen, welchen Stellenwert die USA diesen Ressourcen direkt vor ihrer Haustür beimißt.
Die geostrategische Bedeutung Guatemalas ergibt sich für die USA aus der geografischen Lage:



— Als Karibikanlieger bietet es Zugang zu einem Schiffahrtsweg, auf dem sich über 50 %der nordamerikanischen Erdölimporte und über 60 % des Schiffsverkehrs nach Europa bewegen.
— Der Sieg der Revolution in Guatemala könnte zur Stärkung des Widerstandes im Nachbarland Mexiko führen. Die Aufrechterhaltung »Stabiler politischer Verhältnisse« (und selbstverständlich damit der Absatz-, Investitions- und Ausbeutungsbedingungen) beim US-Nachbarn Mexiko, ist eines der strategischen Ziele der USA. Die Auswirkungen auf die anderen zentralamerikanischen Staaten sind von ähnlicher Tragweite.
— Die Situation des Panama-Kanals. Seine Transportkapazitäten sind ausgeschöpft und die politische Lage Panamas ist heute nicht mehr frei von Unvorhersehbarkeiten. Außerdem wird der Kanal ab dem Jahre 2000 übergeben werden (wenn er total veraltet ist). In Guatemala ist deshalb der Bau einer Pipline vom Pazifik zum Atlantik, die Modernisierung der parallel dazu verlaufenden Eisenbahnstrecke für den Containertransport und der entsprechende Ausbau der Häfen vorgesehen und teilweise schon in Angriff genommen. Der Transport des Alaskaerdöls an die US-Ostküste über diese Route ist ökonomisch äußerst vorteilhaft.

Schließlich sei noch auf die Wende der US-amerikanischen Außenpolitik unter Reagan & Co. eingegangen, die unter der Flagge des Neoliberalismus ohne Rücksicht auf Verluste (der anderen Völker) verlorenes Terrain in der »Dritten Welt« zurückzuerobern versucht. Das guatemaltekische Volk kann sicher sein, daß nach der neuen Putsch-Fassade das »Spiel der freien Kräfte des Marktes« mit allen Mitteln vom großen Nachbarn in ihrem Lande aufrechterhalten wird. Nach Haig steht Guatemala am Rande einer Krise, »die für die Interessen der USA noch schädlicher sein könne als die inneren Probleme El Salvadors« (FR v. 6.3.82). Am 26.4.82 haben die USA die offizielle Wiederaufnahme der Militärhilfe an Guatemala beschlossen (FR, 27.4.82).
Was von den USA bisher nicht auf direktem Wege geleistet werden konnte oder sollte, besorgen ihre Stellvertreter. Argentinien und Chile übernahmen die Beratung und das Training im Anti-Guerillakampf. Taiwan trainiert Teile des Heeres. Israel ist der Hauptwaffenlieferant. Es versorgt die Armee mit Gewehren, Flugzeugen, Radar und Radiokommunikation. Die Israelis beschränken sich aber nicht auf die Ausbildung und Beratung im militärischen Bereich, sondern unterstützen das Heer auch im Aufbau eines Genossenschaftswesens. Dabei dürfte es weniger um das Wohl der Bauern gehen, als um die Schaffung günstiger Ausgangsbedingungen in der Guerilla-Bekämpung.

**Die revolutionäre Bewegung**

Im Laufe der Jahrhunderte währenden Repression ist es regelmäßig zu Widerstandsaktionen der indianischen Bevölkerung gekommen, die jedoch in ihrer Wirkung örtlich begrenzt blieben. Von den Ereignissen in Kuba ermutigt, kam es Anfang der sechziger Jahre zur Bildung erster bewaffneter Guerillagruppen. Spektakuläre Aktionen waren die Ermordung des amerikanischen (1968) und des deutschen (1969) Botschafters. Ihre relativ geringe Verwurzelung in der Bevölkerung trug wohl mit dazu bei, daß sie bei gleichzeitigen Massakern an der Zivilbevölkerung im Osten des Landes nahezu vollständig aufgerieben wurden.
Ende der siebziger Jahre bildeten — bzw. formierten — sich vier Guerillaorganisationen neu. Sie schlossen sich zu Beginn dieses Jahres zur URNG (Unidad Revolucionaria Nacional de Guatemala — Revolutionäre Nationale Einheit Guatemalas) zusammen, um dem Militär eine nationale Widerstandsfront entgegenzusetzen und eine bessere Koordination der beabsichtigten Operationen zu gewährleisten. Der CIA schätzt ihre Stärke auf rund 6000 bewaffnete Kämpfer. Nach Berichten der größten Organisation, des EGP (Ejercito Guerillero de los Pobres — Guerillaheer der Armen), sollen 80 % der indianischen Bevölkerung ihren Kampf unterstützen. Eine weitere Rekrutierung scheitere nur daran, daß nicht genügend Waffen vorhanden seien. Aus gezielten Aktionen ist mittlerweilen ein Volkskrieg gegen die staatlichen Terrororganistionene erwachsen. Große Gebiete sind für die Armee kaum noch passierbar; die Hauptverkehrsader des Landes, die »Panamerikana«, soll unter der Kontrolle der Freiheitskämpfer stehen; erhebliche Teile der Ernte (Kaffee, Baumwolle) wurden vernichtet; der Tourismus, vormals kräftig sprudelnde Devisenquelle, ist zum Erliegen gekommen.
Der bewaffnete Widerstand ist breit gefächert. Nachdem viele Gewerkschaftsführer und Politiker ermordet wurden, kann er nur noch im Untergrund stattfinden. Er wird im Land von den Gewerkschaften, der Landarbeiter- und Bauernvereinigung CUC (der größten indianischen Organisation), den organisierten Elendsviertel-Bewohnern, den fortschrittlichen Teilen der Kirche (Basiskirchenbewegung), von Schüler- und Studentenorganisationen und nicht zuletzt von den Frauen des Landes getragen.

Peter Christoffersen

**Anmerkungen:**
1 Maestre Alfonso, J., Guatemala — Unterentwicklung und Gewalt, Frankfurt/M 1971
2 Der Spiegel vom 30.6.54
3 Manifest der URNG, Hg.: Informationsstelle Guatemala e.V., München 1982

**Quellen:**
— Uno mas uno (Mexiko), El Dia (Mexiko), Prensa Libre (Guatemala), TAZ, FR, SZ, NZZ
— IDES, Guatemala-Nachrichten, Informador de Guatemala (Costa Rica), Lateinamerika-Nachrichten
— Nohlen/Nuscheler (Hg.), Handbuch der 3. Welt, Band 3, Hamburg 1976
— Banco de Guatemala, La Economia y las Finanzas de Guatemala en Cifras 1978 – 1980, Guatemala
— Statistisches Bundesamt, Länderkurzbericht Guatemala 1981, Stuttgart und Mainz 1982
— Evers u.a. (Hgg.), Lateinamerika — Analysen und Berichte 6, Berlin 1982

**Auswahl empfehlenswerter Bücher und Broschüren**

— Amnesty international, Guatemala — Politischer Mord als Regierungsprogramm, Bonn 1981
— Peter Christoffersen, Guatemala — Ferienparadies zwischen Massengräbern, Bremen (Herbst 1982)
— Informationsstelle Guatemala e.V. (Hg.) Guatemala — der lange Weg zur Freiheit, Wuppertal 1982
— Rodrigo Jokisch (Hg.) El Salvador, Freiheitskämpfe in Mittelamerika, Reinbek bei Hamburg 1981

# Ein Sender für Guatemala

Obwohl allein seit dem Putsch mehrere Tausend, vorwiegend indianische, Bauern masakriert worden sind, ist Guatemala für die internationalen Argenturen und Zeitungen kein Thema.
Dies liegt u.a. darin begründet, daß durch die blutige Repression jegliche Arbeitsmöglichkeit für in-und ausländische Journalisten praktisch abgeschafft worden ist.
War es vor einigen Jahren noch möglich, über kirchliche Rundfunksender Alphabetisierungsprogramme auszustrahlen, oder zumindest über bezahlte Anzeigen in den Zeitungen, die Repression anzuklagen, so sind heute alle Massenmedien völlig militarisiert. Von den vor fünf Jahren existierenden sechs kahtholischen Sendern sind zwei gewaltsam durch das Militär geschlossen worden und einer wurde durch das Heer übernommen. Die verbliebenen drei müssen sich auf das Ausstrahlen von Kirchenmusikprogrammen beschränken. 45 Jounalisten wurden seit 1979 von den Militärs und rechtsgerichteten Killerbanden entführt und ermordet. Ihr »Verbrechen« war es, wahrheitsgetreu zu berichten. Viele Jounalisten, deren Namen sich auf Todeslisten befinden, mußten ins Ausland fliehen oder in den Untergrund gehen. Im Rahmen der Legalität besteht in Guatemala die objektive Unmöglichkeit oppositioneller Berichterstattung. Ein entscheidendes Hindernis für die weitere Entwicklung und Zusammenfassung des Widerstandes ist das Fehlen eines nationalen Kommunikationsmittels. Deshalb rufen die A.P.D.G. und CGUP die Weltöffentlichkeit dazu auf, die Einrichtung eines Untergrundsender »Radio Guatemala Libre« zu unterstützen. Die Kosten eines solchen Senders mit Komunikationsmöglichkeiten in alle Landesteile belaufen sich auf 200000 Dollar.

Die A.P.D.G. ist der Zusammenschluß der demokratischen Journalisten Guatemalas, die sich teils im Exil, teil nach wie vor in Guatemala befinden. Im CGUP (guatemaltekischen Komitee der patriotischen Einheit) haben sich 50 Persönlichkeiten aus allen sozialen und oppositionellen Sektoren Guatemalas (Gewerkschafter, Mitglieder beider Kirchen, indianische Bauernführer, Sozialdemokraten, Jounalisten) zusammengefunden, um den Kampf des guatemaltekischen Volkes international zu unterstützen und bekannt zu machen. »Radio Guatemala Libre« wird das Sprachrohr aller für die Befreiung Guatemalas kämpfenden Kräfte sein. Der Sender soll informieren und aufklären über Verfolgung, Folter und Völkermord, sowie über die Ursachen von Ausbeutung und Abhängigkeit. Gerade für die Teile der Bevölkerung, die Analphabeten sind, ist das Radio seit jeher die wichtigste Informationsquelle. Mit der Errichtung eines Senders bietet sich die Chance, auch die bundesdeutsche Öffentlichkeit mehr über den Befreiungskampf eines Volkes zu informieren, das nur sein Land und sein Leben fordert.
Dieser Aufruf ist unterzeichnet von:
A.P.D.G., CGUP, bundesdeutsche Solidaritätsbewegung mit dem Vo!': von Guatemala, (Informationsstelle Guatemala, Maistr. 29, 8000 München 2)

**Konto: Hypobank München (BLZ 700 200 01) Nr. 65 3029 8408 Stichwort: »Radio Guatemala Libre«**

Informationsstelle Guatemala e.V., München
Postscheckkonto München Nr. 2081 59-802, BLZ 700 100 80
oder

Hypobank München Nr. 6530 2984 08
BLZ 700 200 01
Kennworte: Befreiungsbewegungen
Volksorganisationen
Verfolgte Kirche in Guatemala
Solidaritätsarbeit

Medico International, Frankfurt/M
Konto-Nr. 646, Stadtsparkasse Frankfurt

Speziell für Guatemala-Flüchtlinge
ESG Essen, Universtiätsstraße 2, 43 Essen

Stadtsparkasse Essen Nr. 8354797
Stichwort: Guatemala-Flüchtlingshilfe

## Indianer — Campingplatz oder Kultstätte

**Ein Bundesbezirksgericht in Rapid City, South Dakota, lehnte jetzt eine Klage traditioneller Religionsführer der Lakota- und Tsistsistas-Indianer ab, die ihren heiligen Berg »Bear Butte« für zeremonielle Nutzung erhalten wollen. Die Kläger kündigten Berufung an.**

Richter Andrew Bogue entschied, daß das Interesse des Staates South Dakota, touristische Einrichtungen auf Bear Butte zu verbessern, gegenüber dem Recht der Lakota und Tsistsistas auf freie Religionsausübung »überwiegt«.
In einem Interview mit der Zeitung »Rapid City Journal« kritisierte der Rechtsberater der Lakota, Prof. Russel Barsh, die Entscheidung: »Die Verfassung verbietet Eingriffe in die freie Religionsausübung, doch sie sagt nichts über Erholung. Tourismus und Camping sind wichtig, aber sie sind keine verfassungsmäßigen Rechte. Außerdem ist Bear Butte für den Staat nur ein 'schöner Aussichtspunkt' unter vielen in einem Parksystem von über 4000 Quadratkilometern. Für die Lakota und Tsistsistas dagegen ist es der heiligste Ort der Welt. Was South Dakota tun will, ist etwa so, als ob man den Felsendom in Jerusalem abreißen und dort einen Fußballplatz anlegen wollte. Einen Fußballplatz kann man überall anlegen, aber es gibt nur einen Felsendom.«
Richter Bogue erklärte in der Begründung des Urteils, daß die unversehrte Erhaltung von Bear Butte die Verfassung verletzen könnte, die der Regierung untersagt, Religionen zu »etablieren«. Barsh erwiderte dazu, daß diese Vorschrift in der Absicht verankert worden sei, die Regierung daran zu hindern, eine Religion gegenüber den anderen zu befürworten und zu unterstützen. »South Dakota wendet seine Gesetze und seine Polizeikräfte an, um die Kirchen und Heiligtümer der Weißen zu schützen. weshalb kann es nicht auch die Kirchen der Indianer schützen? Wir haben vom Staat nicht verlangt, Diskriminierung zugunsten indianischer Religionen auszuüben, sondern eine Diskriminierung gegen sie zu beenden.«
Die Anwälte der Lakota und Tsistsistas waren schockiert von der Erklärung Richter Bogues, daß er keine Beweise für die Behinderung betender Indianer auf Bear Butte durch den Staat habe finden können. Nahezu alle Führer und Heiligen beider Religionen hatten unter Eid bezeugt, daß ihre Aktivitäten auf dem Butte belästigt und gestört wurden. Das Gericht hat diese Zeugenaussagen offensichtlich ignoriert oder als falsch betrachtet.

Es sind nun Bemühungen im Gange, einen Zusammenschluß mit nichtindianischen Religionsgemeinschaften zu erreichen, um die ihrer Ansicht nach rassistische Unterscheidung anzufechten, die die Lakota und Tsistsistas des Rechtsschutzes beraubt, den »Einwandererreligionen« genießen. Optimistisch nach einem Treffen mit Repräsentanten nationaler jüdischer Organisationen in New York, beschrieb Larry Red Shirt, Koordinator des »Lakota Vertragsrates«, Bear Butte als den Fall, der »alles zusammenbringen« und Indianer wie Nichtindianer in der Verteidigung der Menschenrechte vereinen werde.

GfbV-Arbeitsgruppe
Nordamerikanische Indianer
c/o Stephan Dömpke
Hochstädter Straße 3
1000 Berlin (West) 65
Telefon (030) 4554691

# Deutsche Landkäufe in Paraguay

**Deutsche Bürger kaufen seit einiger Zeit Land in Paraguay. Die Paraguayischen Arbeiter werden auf den Farmen nicht nur schlecht bezahlt, sondern auch willkürlich eingestellt und entlassen.
Die Zahlungen in die gesetzlich vorgeschriebene Sozialversicherung unterbleibt vielfach. Inzwischen ist nachgewiesen worden, daß wegen der deutschen Landkäufe Indianer von ihrem Land vertrieben worden sind. Der Bundesregierung sind diese Praktiken bekannt; dennoch wurden bislang keine Initiativen ergriffen, um den Investoren das Handwerk zu legen, die zugleich durch Inanspruchnahme von Steuervorteilen – wegen angeblicher Verlustzuweisungen – dem deutschen Fiskus Millionenbeträge vorenthalten. Wissenschaftliche Schützenhilfe leistet dazu der Göttinger Professor für Betriebswirtschaftslehre Dr. Ernst Gerth.**




**Das Gutachten von Prof. Ernst Gerth, Universität Göttingen**

Im Juni 1981 erstellte Gerth ein Gutachten für potentielle Investoren in Paraguay. Das Gutachten wurde in einer Auflage von mehreren hundert Exemplaren einem erlesenen Empfängerkreis zugänglich gemacht.
Mit diesem Gutachten kann exemplarisch deutlich gemacht werden,

- wie sich Wissenschaft in den Prozeß der Ausbeutung der Dritten Welt eingliedert und diesen vorantreibt,
- wie dieser Prozeß unter dem Aspekt wachsender Kriegsgefahr in Europa eine neue Qualität erhält. Als Stichwort sei hier das von Gerth zitierte zweite wirtschaftliche Bein genannt, das auch für mittelständisches Kapital an Bedeutung gewinnt.

Die Kapitalflucht von mittelständischem Kapital aus der BRD hat in den letzten Jahren stark zugenommen. Anzeigen über günstige Kapitalanlagen im Ausland, insbesondere lukrative Landkäufe, finden sich laufend in der deutschen Presse. Dabei wird neben Landkäufen in den USA, Kanada, Australien und Neuseeland besonders der Erwerb von Farmen und Haziendas in Chile, Argentinien, Brasilien und Paraguay angepriesen.
Die Glaubwürdigkeit der versprochenen Renditen dieser Investitionen wird erhöht, wenn sich deren Erkundung mit bekannten Namen verbindet, wie z.B. dem von Rudolf von Habsburg, der in Sachen Investitionsmöglichkeiten jüngst durch Chile reiste, wo er auch von Pinochet empfangen wurde.
Zuverlässige Quellen sind auch Informations- und Wirtschaftsdienste, wie derjenige der Auskunfttei Bürgel Centrale GmbH in Aachen. Hier veröffentlichte der Gutachter Gerth Informationen über die Vorteile Paraguays bei einer Kapitalanlage und machte auf sein Gutachten aufmerksam, deren Kauf auch von der Bürgel Centrale GmbH vermittelt wird.
Dieses Gutachten empfiehlt sich durch seinen Anspruch auf Wissenschaftlichkeit und das Deckblatt mit der Aufschrift „Göttinger Universitätsgutachten für Wirtschaft". Es erscheint im Winnifried Gerth Verlag unter dem Titel „Private Investitionsmöglichkeiten in Paraguay".

**Das Bild Paraguays im Gutachten von Prof. Gerth**

„Gewissermaßen stellvertretend für potentielle private Anleger aus deren Sicht und Interesse" betrachtet nun der deutsche Professor mit dem „intellektuellen Reiz des „field research" die ihm überschaubar erscheinende Volkswirtschaft Paraguays. Für die Beurteilung Paraguays als Anlageland glaubt Gerth, neben herkömmlichen Gesichtspunkten einer Vermögensanlage, die Überlegung einfließen lassen zu müssen, ob und wieweit die Investitionen den Kapitalflüchtlingen die Chance einer Zuflucht und die Grundlage einer weiteren Existenzerhaltung geben. Paraguay eignet sich in besonderer Weise für ein sicheres „zweites Bein". Gerth: „Es kann mangels Bodenschätzen und Industrie keine Versorgungsbasis für kriegsführende Staaten und daher kein Anreiz für Raketenbeschuß o.ä. bieten." Er weist mit Blick auf die Weltkarte darauf hin, „daß Paraguay abseits aller denkbaren Möglichkeiten liegt, in eine kriegerische Ost-West-Auseinandersetzung einbezogen zu werden."
Für den Gutachter stellt sich Paraguay als ein dünnbesiedeltes Land dar, in dem es keinen Bevölkerungsdruck und noch viel unerschlossenes Land unterschiedlicher Qualität gibt. Mit der geringen Bevölkerungsdichte und dem wirtschaftlichen Entwicklungsstand begründet er das fundamentale Interesse an ausländischen Investoren und an Einwanderern mit ökonomischem „know how".
Bei Betrachtung der Zusammensetzung der Bevölkerung richtet Gerth sein Augenmerk hauptsächlich auf die deutschen bzw. europäischen Minderheiten und kommt damit dem Interesse des potentiellen Investors entgegen, der sich schließlich unter seinesgleichen wohlfühlen will. Über die Indianer wird nur ein Satz verloren, wonach es bei sonst einheitlicher Bevölkerungsstruktur noch etwas 30 000 reinrassige Indianer gibt, die nach und nach assimiliert werden.
Im Gutachten sieht Paraguay aus wie eine normale präsidi-

ale Republik, in der die staatsbürgerlichen Grundrechte garantiert sind. Alle Bürger mit denen Gerth sprach, äußerten sich absolut frei...

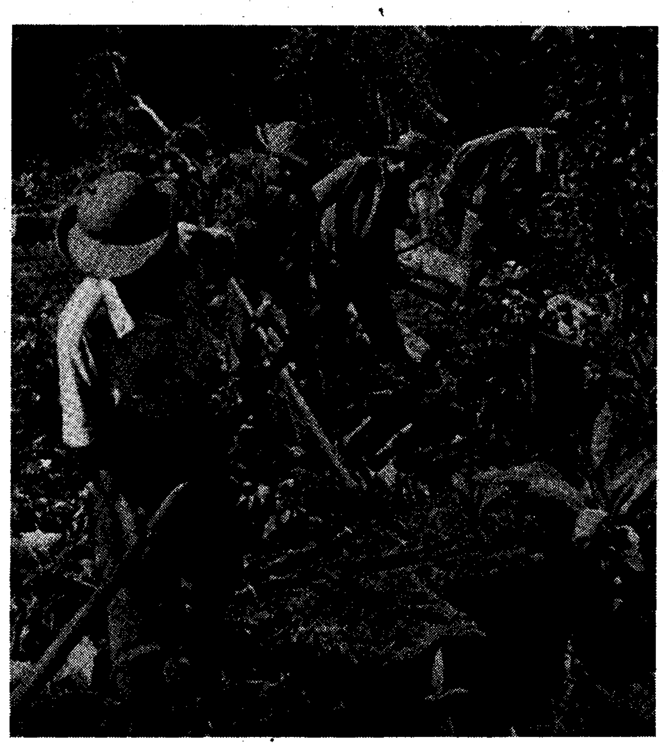
„Weder Züge von Diktaturen noch von militärischer Geisteshaltung, wie sie für europäische Diktaturen symptomatisch waren und sind, ließen sich bemerken. ... Da der Gutachter selbst keinerlei andere Beobachtungen gemacht hat, kann er das Thema auch nicht weiter vertiefen."

Dem Gutachten zufolge kam Stroessner 1954 durch eine Revolution zu seinem Amt als Staatspräsident, in dem er seitdem bei Wahlen mit überwältigender Mehrheit bestätigt wurde. Die Normalität der paraguayischen Demokratie wird durch den Vergleich mit den Verhältnissen in Frankreich zur Zeit de Gaulles illustriert. Dem Bedürfnis des Kapitalanlegers nach der Kontinuität geordneter Verhältnisse kommt Gerth mit folgendem Zitat entgegen: „Präsident Stroessner hat für die Regierung des Landes Maßstäbe gesetzt. An ihnen wird sich die Bevölkerung auch für seinen Nachfolger orientieren, um die Errungenschaften zu wahren und weiterzuentwickeln. „Gerth fährt fort: „Es besteht kein psychologischer Stau, der nach Entlastung drängt", – eine Revolution scheint also vorerst nicht in Sicht.

Der Präsident hat mit staatsmännischem Geschick vorgesorgt und sich 'gute' Fachleute, die in den nächsten Jahren ältere Minister ablösen, herangezogen. Auch die Nachbarländer haben ein starkes Interesse an stabilen Verhältnissen in Paraguay. Diese für Kapitalanleger notwendigen Rahmenbedingungen erhalten durch den „Volkscharakter", wie ihn der Gutachter sieht, noch eine besondere Wertung:

„ Der Paraguayaner (die Paraguayanerin) ist im vollen Bedeutungsumfang menschlich: Er empfindet, freut sich und leidet mit dem anderen und orientiert sein Handeln ziemlich unreflektiert an seinen Gefühlen. Daraus ergibt sich ein hohes Maß an Hilfsbereitschaft im Alltagsleben. Damit hängt zusammen:

Der Paraguayaner sagt kaum „nein", um den anderen nicht traurig zu machen; auch dann nicht, wenn er weiß, daß er keine Möglichkeit hat, sein „ja" einzulösen.



Die Friedfertigkeit korrespondiert damit, daß der Paraguayaner leicht zufriedenzustellen ist. Er entwickelt kaum Initiative, besitzt wenig Organisationstalent, läßt sich aber leicht anleiten und verfügt über hohe Nachahmungsfähigkeit, so lange ihm eine Vorlage zur Verfügung steht. Wird sie ihm weggenommen, ist er relativ hilflos.

Der dem Paraguayaner leicht zugängliche Zustand der Zufriedenheit begrenzt häufig seinen Arbeitswillen auf die unmittelbare Bedürfnisbefriedigung. Arbeit zur Vorsorge liegt ihm weniger. Ein Grund dafür ist, daß genügend fruchtbarer Boden und Gelegenheiten für Hilfsarbeiten zur Verfügung stehen, die den Paraguayaner zwar nicht vor Armut, wohl aber vor Elend bewahren.

Der Menschlichkeit im vollen Wortsinn und dem Hang zum Interessenausgleich und zur Friedfertigkeit entsprechen in Extremfällen, in denen diese Eigenschaften und Verhaltensweisen keine Erwiderung finden, spontaner Zorn mit Gewalttätigkeit."

Kurz: Nach Gerth ist „der Paraguayer" ein idiotischer, aber harmloser Halbmensch, für Unterdrückung und Ausbeutung bestens geeignet.

Das Wirtschaftssystem stellt sich für den Gutachter als Marktwirtschaft dar, in dem Ausländer und ausländisches Kapital willkommen und keinerlei Diskriminierung ausgesetzt sind. In dieser Wirtschaft kann es fallweise zu pragmatischen Eingriffen des Staates kommen. Diesen Pragmatismus kennzeichnet Gerth folgendermaßen: „Wenn die Preise aller oder einiger paraguayanischen Konsumgüter zu stark steigen, wird solange mehr Schmuggel über die Grenzen toleriert, bis sich die Preise wieder ermäßigt haben."

Zum Pragmatismus der Eingriffe trägt bei, daß sich Offiziere (vom Major aufwärts) und höhere Beamte still oder aktiv an Unternehmen beteiligen, so daß Unternehmer mit ihren Problemen bei diesen immer ein offenes Ohr finden. Der zum Pragmatismus neigende Volkscharakter läßt dann auch komplizierte Vorschriften, die der Investor eigentlich zu beachten hat, mit praktischer Handhabung umgehen. Ganz im Sinn dieser unbürokratischen Lebensart gibt der Gutachter folgende Bestechungsanleitung:

„ Der Paraguayer trägt einen Interessengegensatz nicht aus sondern sucht einen Kompromiß. Das gilt in allen Lebensbereichen. So mögen von 10 importierten Traktoren nur fünf verzollt werden, um Staats- und Privatinteresse auszugleichen. Umgekehrt sichert ein Recht auf Zollfreiheit bestimmter Investitionsgüter noch lange nicht deren Freigabe von der Zollbehörde. Ein von Beamten relativ schnell zu erstellendes und nicht allzu teures Gutachten über die Zollfrage gleicht die Interessen zwischen Zollbeamten und Importeur aus. Im Sinne dieses Beispiels soll es im öffentlichen Leben mancherlei Habitualisierungen des Interessenausgleichs geben, die in Wahrung der Form die Beteiligten zufriedenstellen."

**Die Investitionen zur Vermögensbildung in Paraguay**

Realistische Chancen für eine rentable Investition liegen dem Gutachten zufolge „in der raschen Aufholung des spezifischen Entwicklungsrückstandes Paraguays. Darüber hinausgehender Ehrgeiz entspricht Wunschdenken."

Als versierter Betriebswirt kennzeichnet Gerth die Anforderungen, „die eine gute Investition für einen privaten deutschen Anleger, der seine Arbeitskraft nicht mit der Anlage in Paraguay verbinden kann, erfüllen muß":

- Der Anleger muß aus dem finanziellen Engagement ohne Verlust aussteigen können.
- Die Investitionssumme muß durch Sicherheiten gedeckt sein.
- Die Anlage muß eine gute Rendite erbringen, auch wenn sie der deutschen Steuergesetzgebung unterworfen wird.

– Die Anlage muß vom Investor grundsätzlich zu kontrollieren sein.
Mit Erfüllung dieser vier Punkte wird auch das „zweite wirtschaftliche Bein" in Paraguay sicher." Dann hängt es nach menschlicher Voraussicht nur von der Höhe der anfänglichen Anlagesumme und der bis zum Bedarfsfall verstrichenen Zeit (bei Wiederanlage der Erträge) ab, in wieweit eine Zuflucht in Paraguay wirtschaftlich abgesichert ist! Mit Bedarfsfall meint Gerth den Zeitpunkt, an denen der Investor die BRD aufgrund eines kriegerischen Konfliktes oder ihrer inneren Situation wegen zu verlassen gedenkt.
Gerth sieht eine Fülle von Möglichkeiten, sich in Handel und Gewerbe selbständig zu machen. Auch über die Anlagesphäre des Wohnungsmarktes in der Hauptstadt läßt er sich länger aus. Er verweist darauf, daß es für den deutschen Kapitalanleger, der in Paraguay Häuser baut, möglich ist, nach dem deutschen Bauherrenmodell (!) Steuern zu sparen. Bei der Beschreibung der in Rede stehenden Häuser (mit Swimmingpool, Haus für Personal, Grillplatz) wird deutlich, daß es sich in Paraguay flott leben läßt, wenn man das nötige Geld mitbringt.




Für Beteiligugnen in der Landwirtschaft, die laut Gerth einen starken Anreiz auf private Anleger ausüben, kommt er zu folgenden Schlüssen: Anleger sollten einen Betrieb in optimaler Größe, zumindest aber ein Drittel der bewirtchafteten Bodenfläche als Eigentum erwerben und Gebäude errichten lassen.
Als optimale Größe eines solchen Betriebes beschreibt das Gutachten z.B.
– Baumwollfarm (im Chaco), 400 ha
  Investitionssumme ca. 1,0 Mio DM
  Rendite ca. 20,5 % der Investitionssumme
Hier fällt ins Gewicht, daß die Qualität der paraguaischen Baumwolle wegen der hier, im Gegensatz zu den USA, möglichen Handernte (billige Arbeitskraft) höher ist.
– Soja-Weizenfarm 290 ha (Ost-Paraguay)
  Investitionssumme ca. 1,6 Mio DM
  Rendite ca. 13,4 %.
– Rinder-Estancia (Chaco) 5000 ha
  Investitionssumme ca. 800 000 DM
  Rendite bei einem Tier pro ha 7,8 %
  Rendite bei zwei Tieren pro ha 14 %.
Die Größenordnung dieser von Gerth für eine Existenzsicherung auf angemessenem Niveau für notwendig gehaltenen Investitionen macht deutlich, an wen er sich mit seinem Gutachten wendet.
Sollten die Investoren nicht geneigt sein, eine Unternehmung in eigener Regie zu betreiben, oder die Absicht haben, sich an größeren Projekten zu beteiligen, ist Gerth gern bereit, Kontakte zu erfolgreichen Unternehmen „von unzweifelhafter Seriosität" zu vermitteln.
Nach Angaben von Gerth haben Deutsche in den letzten drei Jahren etwa 100 Mio DM investiert, davon nur ein viertel offiziell. Ist nun ein deutscher Investor durch das Gutachten überzeugt und will wegen des guten Investitionsklimas in Paraguay offiziell investieren, so muß er sein Augenmerk auf die Steuergesetzgebung Paraguays und die der BRD richten. Gerth kennt sich aus und gibt Tips:
Zwischen der BRD und Paraguay existiert kein Doppelsteuerabkommen, d.h. alle Erträge aus einer Investition in Paraguay sind sowohl der dortigen, als der Steuergesetzgebung der BRD unterworfen. Es kommt daher für den Investor darauf an, die Gesamtbelastungen aus den Veranlagungen zur Steuer so gering wie möglich zu halten. Neben den paraguayanischen Steuer- und Investitionsförderungsgesetzen sind folgende Gesetze der BRD für die Rentabilität einer Investition relevant:
– Bauherrenmodell: Möglichkeit der steuerlichen Absetzung einer Bauerrichtung. Nach Gerth zu handhaben wie im Inland der BRD, für die dieses Gesetz einmal verabschiedet wurde, um Anlagekapital für den Wohnungsbau zu mobilisieren.
– Entwicklunsländer-Steuergesetz: Nur von Bedeutung, wenn die Anlagesumme aus dem Betriebsvermögen eines inländischen Betriebes geleistet wird (z.B. landwirtschaftlicher oder industrieller Betrieb).
  Besonders vorteilhaft ist es für den Investor, wenn die Förderungswürdigkeit für rohstoff- und/oder energiepolitisch wichtige Anlagen anerkannt ist, was bei Anbau, Lagerung und Verarbeitung von Soja nach Ansicht des Gutachters gegeben ist. Wegen der Nichtanwendung dieser Regelung auf Investitionen aus Privatvermögen hält er das Entwicklungshilfe-Steuergesetz aber für seine Zielgruppe für nicht so bedeutend.
– Steuerregelungen, die in der BRD für die Landwirtschaft gelten:
  Da Erträge wie Verlute von in Paraguay getätigten Investitionen den deutschen Gesetzen unterliegen, empfiehlt Gerth nur Boden zu kaufen, die Gebäude aber selbst errichten zu lassen, sowie die Maschinen selbst anzuschaffen. Diese Kosten können in der BRD steuermindernd geltend gemacht werden. Wird Gewinn erwirtschaftet, kann ein besonderer Freibetrag für Land- und Forstwirtschaft in Anspruch genommen werden. Unter Umständen können auch in Paraguay gezahlte Steuern in Anrechnung gebracht werden. Bescheinigungen sind bei der „unbürokratischen Lebensart" sicher leicht zu beschaffen.
Alle diese Regeln gelten, wie bereits schon gesagt, selbstverständlich nur, wenn die Investitonen in der BRD gemeldet sind, was ja nur bei einem Viertel der in den letzten drei Jahren angelegten Investitionssumme der Fall war. Offizielle Investitionen sind aber durch Ausnutzung von Steuergrauzonen rentabler zu machen. Hinweise gibt Gerth genug. Dieses Gutachten, angefertigt von einem Professor der Universität Göttingen ist, wenn man ihm auch ein recht enges Erkenntnisinteresse bescheinigen muß, Wissenschaft. Wer nun meint, man könne Gerth als schwarzes Schaf dingfest

machen, übersieht, daß Gerth's Arbeit eingebunden ist in den „normalen" Wissenschaftsbetrieb. Das Gutachten macht deutlich, wie die Fiktion von der „Wertfreien" Wissenschaft zur Farce wird, wie Wissenschaft angewendet wird und sich den Erfordernissen der Praxis unterordnet. Zu dieser Praxis gehört die täglich weltweit stattfindende Ausbeutung und Unterdrückung. Gerth leistet mit seinem Gutachten seinen Beitrag dazu.

Entwicklungspolitischer Arbeitskreis/
Basisgruppe Landwirtschaft Göttingen

•

## Deutsche Firma kauft Indianer - Land

Seitdem verschiedene Menschenrechtsorganisationen auf die Zusammenhänge zwischen dem Landausverkauf an ausländische Investoren und der Vertreibung von Indianern und Campesinos in Paraguay aufmerksam machen, erscheinen von diesen Landverkaufsfirmen in verstärktem Maße Borschüren und Informationsblätter, in denen ihre Praktiken als „Entwicklungshilfe im besten Sinne" bezeichnet werden. Zudem wird behauptet, auf den angebotenen Ländereien hätten nie Indianer oder Campesinos gelebt.

In der Tat war es bisher nicht leicht, den unmittelbaren Zusammenhang von Vertreibung und Verkauf der Ländereien juristisch nachzuweisen – obwohl international anerkannte Paraguay-Experten seit langem darauf hinweisen, daß die sich immer mehr verschärfende Landsituation der Kleinbauern und Indianer Folge des hemmungslosen Landausverkaufs an ausländische Investoren ist.

Die Paraguay Arbeitsgemeinschaft hat kürzlich das Schicksal von knapp 15 000 vertriebenen Familien (etwa 200 000 Menschen) dokumentiert, die in der paraguayischen Presse in den letzten 6 Jahren Beachtung gefunden haben.

Doch fanden die Vertreibungen gewöhnlich statt, bevor das Land zum Kauf angeboten wurde.

Nun ist bekannt und nachweisbar, daß eine der größten bundesdeutschen Landverkaufsfirmen, die Treubesitz Südamerika, Land im Osten Paraguays anbietet, auf dem 60 Familien der Mbya-Guarani-Indianer leben. Es handelt sich um Land auf dem Farmprojekt 'San Pedro', im Distrikt Lima/Departement San Pedro, am Fluß San Vincente auf der Finca Nr. 192.

Im September 1981 erklärte der Geschäftsführer der Treubesitz, Heribert Rödel auf einer Pressekonferenz in Mainz, seine Firma stehe mit den paraguayischen Behörden in Kontakt in der Absicht, diesen Indianern 1 000 Ha Land zu „schenken". Bis heute hat diese Schenkung nicht stattgefunden – im Gegenteil, das Land wird deutschen Investoren angeboten.

Ganz offensichtlich war diese Behauptung nur ein Teil der publizistischen Kampagne der Firma, ihren die paraguayische Bevölkerung schädigenden Geschäftspraktiken einen humanitären Anschein zu geben.

**Gesellschaft für bedrohte Völker, Göttingen**
**Katholische Landjugendbewegung, Bonn**
**Paraguay Arbeitsgemeinschaft, Mönchengladbach**

**Die wirkliche Lage in Paraguay**

General Alfredo Stroessner übernahm 1954 nach mehrjährigen bürgerkriegsähnlichen Auseinandersetzungen zwischen verschiedenen politischen Gruppierungen die Macht und „stellte die Ruhe wieder her".

Stroessner wurde nach mehrmaliger Änderung der Verfassung bis heute immer wieder „gewählt"' er ist somit heute der dienstälteste Diktator Lateinamerikas. Unter seiner Herrschaft wurde der Einfluß der USA und Brasiliens immer stärker, nordamerikanische Missionsgesellschaften (New Tribes Mission) kamen ins Land, die Opposition (Liberale Partei) wird entweder gekauft oder brutal unterdrückt (Febreristas, Kommunisten, Bauernligen u.a.), die multinationalen Konzerne erhalten immer mehr Einfluß. Der Flucht von 800 000 Paraguayanern ins Ausland steht der Zuzug von 250 000 Brasilianern, von Deutschen und Japanern und zahlreichen ausländischen Wirtschaftskonsortien gegenüber. 1976 wird die von der Kirche unterstützte Bauernbewegung (Ligas Agrarias Cristianas), die sich immer stärker organisierte von Stroessner brutal zerschlagen (mindestens 20 Folter-Tote). Dennoch vereinigt sich 1978 die paraguayische Opposition (Partido Liberal Radical Autentico, Partido Revolucionario Febrerista, Partido Democrata Cristiano, Movimento Popular Colorado) im „Acuerdo Nacional" (Nationale Übereinkunft), um den Kampf gegen die Diktatur gemeinsam zu führen.

Der Ausverkauf Paraguays nahm unter Stroessner massive Formen an. 1970 war es soweit, daß es im fruchtbaren Osten kein „freies" Land mehr gab. Die Campesinos, die das Land bishr als Pächter oder „geduldete Besetzer" bewirtschafteten, konnten damit auch nicht mehr auf „freies" Land ausweichen und sind der Landspekulation noch schutzloser ausgeliefert als bisher. In die Reihe dieser namhaften ausländischen Landspekulanten und Großgrundbesitzer (Carlos Casado, Gulf and Western Company, Liebigs Extract of Meat u.a.) sind natürlich inzwischen auch deutsche Investoren getreten; so zum Beispiel die „Fiducaria Transatlantica Alemana" oder der „Farmverbund Kress".

1956 besaßten 185 Großgrundbesitzer rund 53 % der Gesamtfläche Paraguays. Diese Situation dürfte sich bis heute erheblich verschärft haben. Dazu kommen zahlreiche ausländische Firmen und Konsortien, die Grund und Boden erworben haben und erwerben. Von den Landvertreibungen besonders betroffen sind die indianischen Völker Paraguays: ca. 50 - 100 000 Pai-Tavyterä, Mbya-Guarani, Ava-Chiripa, Ache-Guayaki (im Osten), Nivacle-Chulupi, Lengua, Toba, Angaite, Choroti, Sapanana, Chamacoco, Ayoreos-Moro, Chiriguano und Tapiete (im Westen). Besonders der Völkermord an den Ache erregte zu Beginn der siebziger Jahre großes Aufsehen.

Den Indianern war es bis Ende 1981 nicht möglich, Landtitel zu erwerben. Erst starker internationaler Druck verschiedener Menschenrechtsorganisationen in westlichen Ländern, darunter der GfbV, hat eine Änderung dieses Zustands bewirkt, so daß die Indianer seit etwa 6 Monaten, zumindest theoretisch, Landtitel erwerben dürfen. Vorher war alles Land, auf dem Indianer lebten, Niemandsland, das an Interessierte vom Staat verkauft werden konnte. Die Indianer wurden wie Tiere von ihrem Land gejagt und erschossen (siehe dazu Pogrom Nr. 18/1973; 36/1975; 49/1977; 83/1981).

Konnte die Vertreibung nicht 'legal' erfolgen, wie im Falle der Campesinos, die ein Anrecht auf Landtitel haben, fanden Großgrundbesitzer und ausländische Investoren andere Mittel und Wege, das beanspruchte Land zu bekommen: etwa indem ihr Vieh das Land der Kleinbauern kahlfraß, indem private, käufliche Schlägerbanden die Kleinbauern ter-

•

Frankfurter Allgemeine Zeitung — **Immobilien-Anzeigen** — Freitag, 21. November 1980, Nr. 271 / Seite 33

# PARAGUAY

## Alternative Freiheit

BRASILIEN

Paraguay ist seit Jahrzehnten ein friedliches und stabiles Land. Die paraguayische Währung ist die stabilste in Südamerika und gehört zu den Hartwährungen der Welt. Seit Jahren ist der Zuwachs am Bruttosozialprodukt der größte aller süd- und mittelamerikanischen Länder. Binnen weniger Jahre ist Paraguay der größte Stromexporteur der Welt. Freier Devisenmarkt.

Das Land hat keine Minderheitsprobleme, die Bevölkerung ist einheitlich spanisch-sprechend und fühlt sich dem freien Westen und insbesondere Deutschland verbunden. Das Kernstück ist die Familie.

Paraguay kennt kein Industrieproletariat, sondern ist weitgehend landwirtschaftlich, bäuerlich strukturiert.

Schon in wenigen Jahren ist Paraguay das Land auf der Welt, was das günstigste Verhältnis von Einwohnern zu Besitzern von Eigentum an Grund und Boden aufweist. Die einmalige soziologische Situation führt schon seit Jahrzehnten innenpolitisch zu sozialem Frieden, Stabilität und guten Zukunftsaussichten.

Fast doppelt so groß wie die Bundesrepublik, bei nur 2,8 Millionen Einwohnern, bietet Paraguay noch viel Raum und heißt Investoren willkommen.

Wir, das große Farmmanagementunternehmen in Paraguay unter deutscher Leitung helfen dem Anleger bei seiner Investitionsentscheidung:

Angebote:

## Rinder kaufen – Steuern sparen

**1.** **Kauf und Finanzierung von Rindern, 240% VERLUSTZUWEISUNG (bezogen auf das einzuzahlende Eigenkapital in Höhe von DM 25000,–), anerkannt durch zentrales Betriebsfinanzamt, kein negatives Kapitalkonto, keine Nacherstattung, keine Nachschußpflicht. Beteiligung ab DM 25000,– oder ein Mehrfaches. Ihr Eigenkapital wird mit DM 11000,– Steuererstattung überdeckt.**

**2.** Kauf von gesundem fruchtbarem Land in Ost-Paraguay. 2 Ernten pro Jahr möglich. In bester klimatischer Lage, deutsche Genossenschaften in der Nachbarschaft, großer, natürlicher Holzbestand ab DM 500,– pro Hektar.

**3.** Vermittlung von Beteiligungen an fertigen Farmbetrieben (Viehhaltung, Forstwirtschaft, Ackerbau), die zu den größten Farmvorhaben gehören, die von Deutschen weltweit bewirtschaftet werden.

**4.** Wirtschaftsberatung und Anlagenberatung jeder Art wie z. B. Ausarbeitung von Gutachten, Geländeuntersuchungen, Wertschätzungen, Beteiligungen, Betriebsbuchhaltung, Datenverarbeitung und Erfolgskontrolle.
Sie wollen in Paraguay wirtschaftlich tätig werden – wir sind Ihr Gesprächspartner.

## Daueraufenthaltsgenehmigung

Aufgrund eines besonderen Dekrets der paraguayischen Regierung erhalten Sie durch uns für Paraguay eine Daueraufenthaltsgenehmigung, ohne die Einwanderung vollziehen zu müssen. Wo gibt es das sonst noch in der freien Welt.

**Daher: Über uns**

**ins freie Paraguay.**

**COUPON**

Ich interessiere mich für Ihre Angebote in Paraguay.

☐ Angebot 1
☐ Angebot 2
☐ Angebot 3
☐ Angebot 4

Name: ____________
Straße: ____________
Wohnort: (_____) ____________
Telefon-Nr.: ____________

Bitte einsenden an:
Treubesitz-Südamerika
Verwaltungsgesellschaft mbH
An der Goldgrube 34/Postfach 3429
6500 Mainz
Telefon: 06131/51080-51040

Informationsschriften:
1) Krier, „TAPFERES PARAGUAY", 3. Auflage 1979, Paperback, DM 16,—
2) Krier & Ponemunski, Paraguay-Reiseführer, 3. Auflage 1979 (Mai's Weltführer Nr. 11), DM 19,80
3) Krier, „DIE DEUTSCHEN IN PARAGUAY", 1979, DM 8,—

Bestellungen bitte an:
Treubesitz-Südamerika Verwaltungsgesellschaft mbH, An der Goldgrube 34, Postf. 3429, 6500 Mainz.

rorisierten, und, wenn alles schließlich nichts mehr half, indem Polizei und Militär unter Übertretung bestehender Gesetze die Menschen mit offener Gewalt vertrieben.
Eine Aufstellung der in den letzten Jahren bekanntgewordenen Landvertreibungen dokumentiert das Schicksal von 16.685 vertriebenen Familien. Da eine Großfamilie in Paraguay aus etwa 10 – 14 Personen besteht, bedeutet diese Zahl, daß in den vergangenen Jahren mindestens 200.000 Menschen von ihrem Grund und Boden vertrieben worden sind. Natürlich behaupten alle ausländischen Investoren, von ihrem Land sei nie jemand vertrieben worden und wegen der völligen Rechtlosigkeit der Vertriebenen, denen allein schon die materiellen Möglichkeiten fehlen, vor Gericht zu gehen, ist es oft schwer, die Zusammenhänge zwischen Landvertreibung und dem Landausverkauf an private Investoren juristisch nachzuweisen. Nach Ansicht international anerkannter Paraguayexperten gibt es jedoch kaum kultivierbares Land, auf dem nicht Indianer oder Campesinos gelebt haben – man kann in der Regel davon ausgehen, daß unbewohntes Wüstenland im Nordwesten Paraguays (Chaco) für Investoren relativ uninteressant ist. Zudem gibt es inzwischen erste beispielhafte Fälle, in denen es auch juristisch nachweisbar ist, daß Landverkaufsfirmen Land anbieten, auf dem Indianer leben.
Aufgrund dieser Zusammenhänge erscheint es vom Standpunkt einer Menschenrechtsorganisation legitim, die Praxis des Landausverkaufs an ausländische Investoren in Paraguay als Beteiligung am Völkermord anzuprangern.
Um diese Praxis als 'Hilfe beim Aufbau des Landes' zu rechtfertigen, werden Wissenschaftler zu Rate gezogen. Diese geben vor, nach 'objektiv-empirischen Maßstäben' beurteilen zu können, in welchen Wirtschaftsbereichen sich Investitionen besonders lohnen.
Einer davon ist der Göttinger Wirtschaftswissenschaftler Professor Ernst Gerth...

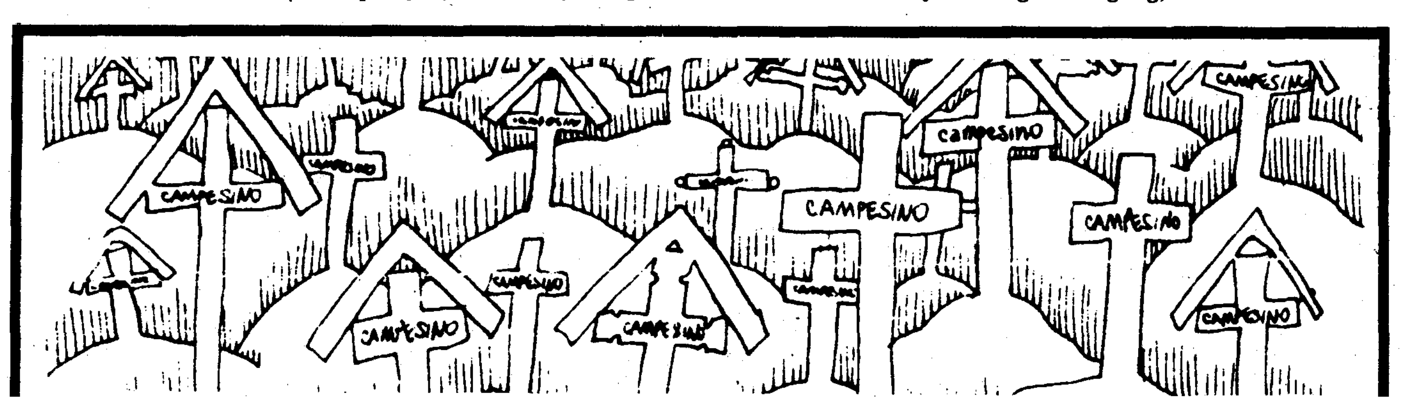
Informationen von:
Gesellschaft für bedrohte Völker, Göttingen
Paraguay Arbeitsgemeinschaft, Mönchengladbach
Aktionsgruppe Wirtschaftswissenschaft, Göttingen
Paraguay-Rundbrief

## Deutsche Farmen in Paraguay

„Rudolf Schmidt, ein in Südafrika wohnender Deutscher, entschied sich nach Paraguay auszuwandern", berichtete kürzlich die Tageszeitung 'abc color' (1). Als Grund für diesen Schritt gab Schmidt an, daß „das Recht in Südafrika verloren gegangen" sei. Weiterhin schreibt 'abc color': „Schmidt, der von mehreren Familien südafrikanischer und deuscher Herkunft begleitet wird die allesamt Anhänger des Nationalsozialmus sind, wird sich ... auf einer Farm niederlassen, ... die ihm von der paraguayischen Regierung zur Verfügung gestellt würde." Rudolf Schmidt, der sich als Begründer des 'Odal Clan' und des 'Anglo-Afrikaner-Bond' in neonazistischen und antisemitischen Kreisen einen Namen gemacht hat, folgt einem Weg, den vor allem in der Bundesrepublik Deutschland viele gut 'betuchte' Zeitgenossen beschritten haben: sie kaufen Land in Paraguay.

### *Ausbeutung unter dem Deckmantel der privaten Entwicklungshilfe*

„Private Entwicklungshilfe im Osten von Paraguay. Dem Menschen direkt helfen! Ernährungsknappheit beseitigen!" Unter diesen Schlagworten versucht eine der führenden Immobilienfirmen (2) Land in Paraguay kapitalkräftigen Bundesbürgern anzubieten. Was hinter diesen scheinbar edelmütigen Absichten steckt, wird deutlich, wenn man dem ZDF-Moderator Gerhard Löwenthal, einem Befürworter deutscher Investitionen in Paraguay, lauscht. Für ihn ist Paraguay „eine Insel der Stabilität auf dem brodelnden, von heftigen politischen und sozialen Spannungen erschütterten südamerikanischen Kontinent, ein Land, das als eines der deutschfreundlichsten Länder der westlichen Hemisphäre gerade bei uns eine gerechtere Bedeutung verdient. ... Natürlich ist das Land weit entfernt vom Status einer westlichen Musterdemokratie. Entscheidend aber ist, daß Stroessner – auch nach dem Urteil seiner Kritiker – dem Land 28 Jahre politische und wirtschaftliche Stabilität gesichert hat und es, nach einem halben Jahrhundert der Anarchie, dazu brachte, unter Bedingungen zu leben, die sich für wirtschaftliche und soziale Entwicklung eigenen ... Bei glichbleibender politischer Stabilität dürfte Paraguay damit eine große wirtschaftliche Zukunft vor sich haben", schreibt Löwenthal (3).
'Stabilität', 'wirtschaftliche Entwicklung', 'wirtschaftliche Zukunft', fehlt noch das Wort vom 'Aufschwung', das sind Begriffe, die für einige Wenige Profit, für viele aber Ausbeutung bedeuten.
Die gleiche Firma, die neurdings unter dem Slogan der 'privaten Entwicklungshilfe' nach Kunden sucht, inserierte noch im letzten Jahr so: „Rinder kaufen – Steuern sparen.
Angebote:
1. Kauf und Finanzierung von Rindern, 240 % Verlustzuweisung, *anerkannt* durch zentrales Betriebsfinanzamt ... Ihr Eigenkapital ist mit 11.000,– DM Steuererstattung überdeckt.
2. Kauf von gesundem fruchtbaren Land in Ost-Paraguay. 2 Ernten pro Jahr möglich ... deutsche Genossenschaft in der Nachbarschaft ... *DM 500,– pro Hektar.*
3. Wirtschaftsberatung und Anlagenberatung jeder Art wie z.B. Ausarbeitung von Gutachten ... Erfolgskontrolle. Aufgrund eines *besonderen Dekrets* der paraguayischen Regierung erhalten Sie durch uns für Paraguay eine *Daueraufenthaltsgenehmigung, ohne* die Einwan-

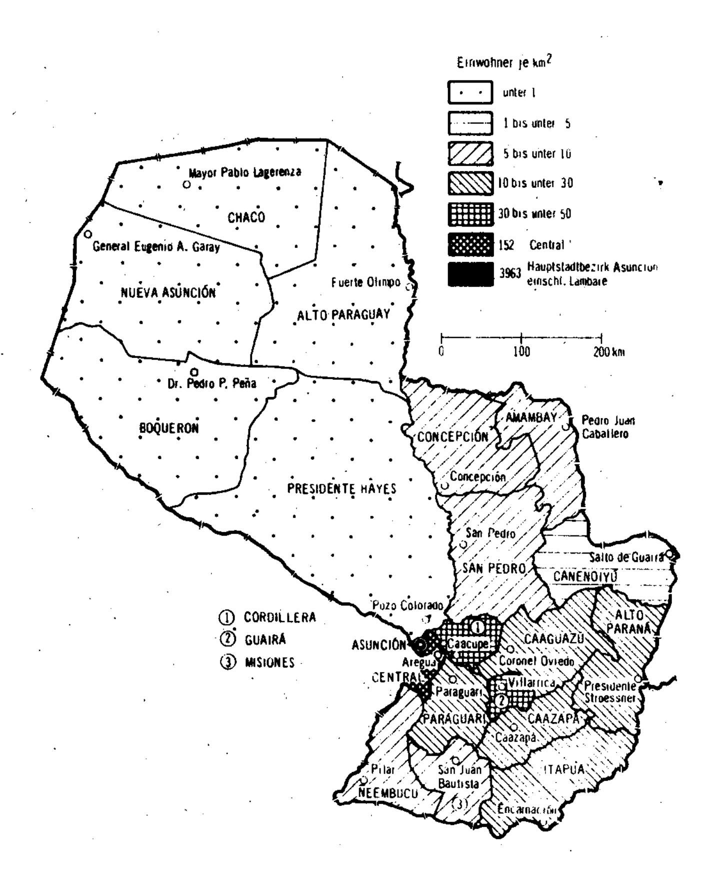


derung vollziehen zu müssen. Wo gibt es das sonst noch in der freien Welt." (4)
Zahlreiche bekannte Unternehmer und Geschäftsleute sollen nach Angaben der Landverkäufer bereits Grund und Boden in Paraguay erworben haben. Das Gros der Käufer aber, so wurde erklärt, seien Apotheker, Ärzte und Selbständige, die über Steuerabschreibungen einerseits und mit einem gutorganisierten bäuerlichen Betrieb in Paraguay andererseits höhere Gewinne erzielen als durch Investitionen hier in der BRD.

Die Profite der Investoren sind nur eine Seite einer Medaille, deren Rückseite weitaus skandalöser ist, denn die Farmbetriebe in Paraguay estistieren ja nicht nur auf dem Papier. Sie sind real und haben z.T. fürchterliche Konsequenzen für die paraguayische Bevölkerung.

*Einer packt aus*

Friedrich Summ, der als Verwalter auf einer solchen Farm gearbeitet hat, packte kürhlich aus (5): „Der Farmverband Kress ist ein Zusammenschluß deutscher Landwirte und Kapitalgeber, die meisten aus Baden-Württemberg. Geschäftsführer ist Heinfried Kress, dessen 'Estancia Beate' (2.000 Hektar) vom 1. August 1980 bis zum Jahresende '80 von mir verwaltet wurde.
Als Geschäftsführer des 'Farmverbandes Kress' mit bedeutenden Kapitalgebern in Deutschland regiert Heinfried Kress selbstherrlich und feudal im Quellgebiet des Guarapay und des Tembey ein wenigstens 25.000 Hektar umfassendes Gebiet. Nicht umsonst rühmt er sich seiner guten Beziehungen zu Präsident Stroessner und seiner Freunde von der paraguayischen Tochter des Höchst-Konzerns.
Als Kress um die Jahreswende '79/80 etwa 100 Arbeiter fristlos entließ und sie um ihren Lohn prellen wollte, kam es zum Aufstand unter den Arbeitern. Sie drehten den Spieß um, nahmen den selbstherrlichen Feudalherren als Geißel und forderten ihren Lohn. Da sich Kress selbst für paraguayische Verhältnisse maßlos verhalten hatte, bedurfte es eines weiteren (nichtigen) Anlasses, um den Paraguayern zu zeigen, wer Herr und wer Knecht ist. Ende März 1980, als ein Bus von zwangsenteigneten Bauern aus Protest für einige Studen festgehalten wurde, schlugen Kress und seine Freunde von der Regierung zu: 5.000 Soldaten und 600 Hilfspolizisten gingen mit Flugzeugen und Hubschraubern gegen die unzufriedenen Bauern vor. Es wurde ein Exempel statuiert. Viele Campesinos sollen im Verlauf der Aktion getötet worden sein. Über dem gesamten Gebiet liegt seither ein Mantel der Furcht, niemand will sich zu den Geschehnissen äußern. Auf der Grenze zwischen der 'Estancia Beate' und der japanischen Kolonie 'Gaicisa' befinden sich einige Gräber, deren Tote Heinfried Kress als argentinische Terroristen bezeichnet. Dies erscheint mir aufgrund der Ereignisse äußerst fragwürdig, zumal die argentinische Guerilla wohl nicht alle drei Wochen fünfzig Kilometer nach Paraguay zur Gräberpflege vordringt.
Es befällt mich heute noch ein Ekel, wenn ich daran denke, wie die Arbeiter behandelt werden: die gesetzliche Sozialversicherung wird nicht bezahlt. Für Krankheiten gibt es die 'Wunderpillen' Penicilin und Sulfat-Tabletten und Rat und Zuspruch – sonst nichts. Wenn das nicht hilft, folgt der Rausschmiß. Ältere Arbeitnehmer sind erst gar nicht einzustellen. Überstunden werden nicht bezahlt aber dennoch gefordert. D.h., gibt ein Schlepperfahrer nicht sein Bestes, arbeitet er weniger als 12 Stunden bei der Aussaat oder während der Erntezeit, wird er bei der erstbesten Gelegenheit rausgeworfen.
Die Maschinenführer sind Brasilianer – dies bedeutet meistens, daß ihre Papiere nicht in Ordnung sind. Damit sind sie völlig der Willkür ihres Arbeitgebers ausgeliefert. Die Paraguayer werden nur zu Handarbeiten herangezogen, wenn das Land dann urbar gemacht ist, werden sie wieder entlassen.
Noch nie habe ich den Raubbau an der Natur so hautnah erlebt. Im Tag- und Nachtbetrieb vernichten die Caterpillar-Raupen einen Hektar Urwald am Tag. Davon wird außer ein paar dürren Ästen zum Kochen nichts benutzt. Eine unfaßbare Zahl von Bäumen, darunter beste Edelhölzer, faulen vor sich hin. Es ist im Moment nicht rentabel, das Holz zu bergen, heißt es lakonisch. Auf dem gerodeten Land wird dann Soja angebaut – für den Export versteht sich. Das ganze Spektakel dient auch dazu, Landkäufern aus Europa den Mund wässerig zu machen und damit die Bodenspekulation anzuheizen. Ein sechsköpfiges Team vermißt z.Z. Teilstücke für neue Besitzer; und lautlos schluckt der Farmverband immer neue Angrenzer: den Brasilianer, meist hoch verschuldet, bleibt keine andere Möglichkeit als zu verkaufen. Denn wer nicht verkaufen will, fällt später der Langzeit-Strategie des Farmverbandes zum Opfer.
Wenn man bedenkt, daß dieseLändereien vor fünf Jahren für ein Butterbrot gekauft wurden und heute schon um 1.000 DM pro Hektar gehandelt werden, so kann man sich vorstellen, welche Geschäfte dort getätigt werden. Nur einer hat nichts davon: der Paraguayer. Statt dessen baute sich Heinfried Kress ein Haus für 500.000 DM mitten auf seine Estancia, mit Schutzwall etc., damit er vor den 'bösen Paraguayern' geschützt ist, wie er es den europäischen Besuchern aufschwatzt.
Ich habe versucht, einigen Europäern zu erklären, was hier vor sich geht. Doch wenn's ums Geld geht, zählen keine menschlichen Gesichtspunkte. 'Wo gehobelt wird, da fallen Späne' heißt es da.
Dem Farmverband gehören u.a. an: ein Herr Hettken aus Dortmund, ein Herr Meier und ein Herr Jung, beide aus Baden-Württemberg; und viele Deutsche mehr schaffen sich in Ostparaguay ein zweites Heim.
Mit diesen zahlreichen Investitionen wird zweifelsohne



das Bruttosozialprodukt Paraguays ansteigen, den Einheimischen aber wird nichts zugutekommen. Es werden ausschließlich die immer neuen Extravaganzen des Diktators und seiner Helfer und der neureichen Ausländer importiert. Der Weg der Paraguay in die Abhängigkeit und die Verelendung führt ist vorgezeichnet.
Nicht wenige dieser Landfirmen a la Kress haben bei ihren Werbekampagnen Steuervorteile angepriesen. Es beunruhigt mich, wenn man sich vorstellt, daß Kapital unversteuert den Atlantik überquert, dort andere Menschen ins Elend stürzt und dies womöglich noch als 'Entwicklungshilfe' bezeichnet wird."

*... und die Bundesregierung sieht zu*

Der Bundesregierung sind diese Sachverhalte nicht neu. Derzeit besteht zwischen der Bundesrepublik und Paraguay kein s.g. 'Doppelbesteuerungsabkommen'. D.h., deutsche Investoren machen ihre angeblich in Paraguay gemachten Verluste bzw. Unkosten – z.B. zum Aufbau einer Rinderfarm – bei ihrem zuständigen Finanzamt geltend. Ihnen werden erhebliche steuerliche Vorteile eingeräumt. die das Risiko, in einem lateinamerikanischen Land zu investieren, äußerst attraktiv machen.
Bundesfinanzminister Hans Matthöfer zeigte bislang wenig Bereitschaft, den deutschen Farmlandbesitzern etwas genauer auf die Finger zu sehen. Im Gegenteil; er schiebt rechtliche Argumente vor, um alles beim alten zu belassen. „Vorsorglich möchte ich aber schon jetzt darauf hinweisen, daß der Abschluß eines Doppelbesteuerungsabkommens ... kein geeignetes Mittel sein dürfte, um Ihrem Anliegen (die Anreize für die Investoren zu dämpfen, A.d.R.) entsprechen zu können. ... Im übrigen würde durch eine Freistellung der ausländischen Einkünfte die Berücksichtigung der Verluste für das laufende Projekt nicht rückgängig gemacht werden können. Eine rückwirkende steuerliche Schlechterstellung bereits verwirklichter Sachverhalte ist verfassungsrechtlich ausgeschlossen. Das hätte zur Folge, daß die später zu erwartenden Gewinne aus den Investitionen sogar von der vollen deutschen Besteuerung ausgeschlossen wären.
Die Freistellung ausländischer Einkünfte durch ein Doppelbesteuerungsabkommen könnte sich nur auf zukünftige Projekte in Paraguay auswirken, ... Jedenfalls können in einem solchen Abkommen nicht Einzelprojekte im Sinne eines Staates geregelt werden. Da nun offenbar die paraguayische Regierung den hier angesprochenen Investitionen nicht negativ gegenübersteht, könnte es zweifelhaft sein, ob sie Regelungen zustimmt, durch die deutsche Investoren ihr Interesse verlieren würden" (6).
Und da soll noch einer sagen, die Bundesregierung versuche durch ihre Politik zur Wahrung der Menschenrechte – hier die der paraguayischen Campesinos – beizutragen. Es ist ein Skandal, wie leicht es den deutschen Investoren gemacht wird, ihr Kapital zu mehren. Nicht nur die Paraguayer, sondern auch der Steuerzahler wird zur Kasse gebeten.

**Anmerkungen**
(1) abc color, eine in Asuncion (Paraguay) erscheinende Tageszeitung, hier vom 17.9.1981, S. 11
(2) Fiduciaria Transatlantica Alemana S.R.L., deutsche Adresse: 6500 Mainz/Rhein, Postfach 3429, in einer Broschüre vom Nov. 1981
(3) G. Löwenthal: Amerikanische Impressionen, Deutschland-Magazin 1/82, S. 36
(4) Anzeigen in verschiedenen deutschen Tageszeitungen, z.B. Süddeutsche Zeitung vom 8./9.11.1980.
(5) Friedrich Summ in einer schriftlichen Erklärung vom 12.12. 1981.
(6) H. Matthöfer in einem Brief vom 9.12.1981.

Paraguay Arbeitsgemeinschaft

## Brasilien:
# Völkermord an den Waimiri und Atroari

Liebe Freunde,
aus Brasilien erhielten wir die dringende Bitte, den Fall der Waimiri- und Atroari-Indianer, die akut bedroht werden, bekanntzumachen. Dazu plant die Gesellschaft für bedrohte Völker eine Protestkampagne und Presseerklärung. Wir möchten Euch bitten, sich mit Protestbriefen und Protesttelegrammen an den Präsidenten Brasiliens, der FUNAI (staatliche Indianerschutzbehörde Brasiliens) und der brasilianischen Botschaft in der Bundesrepublik zu wenden.

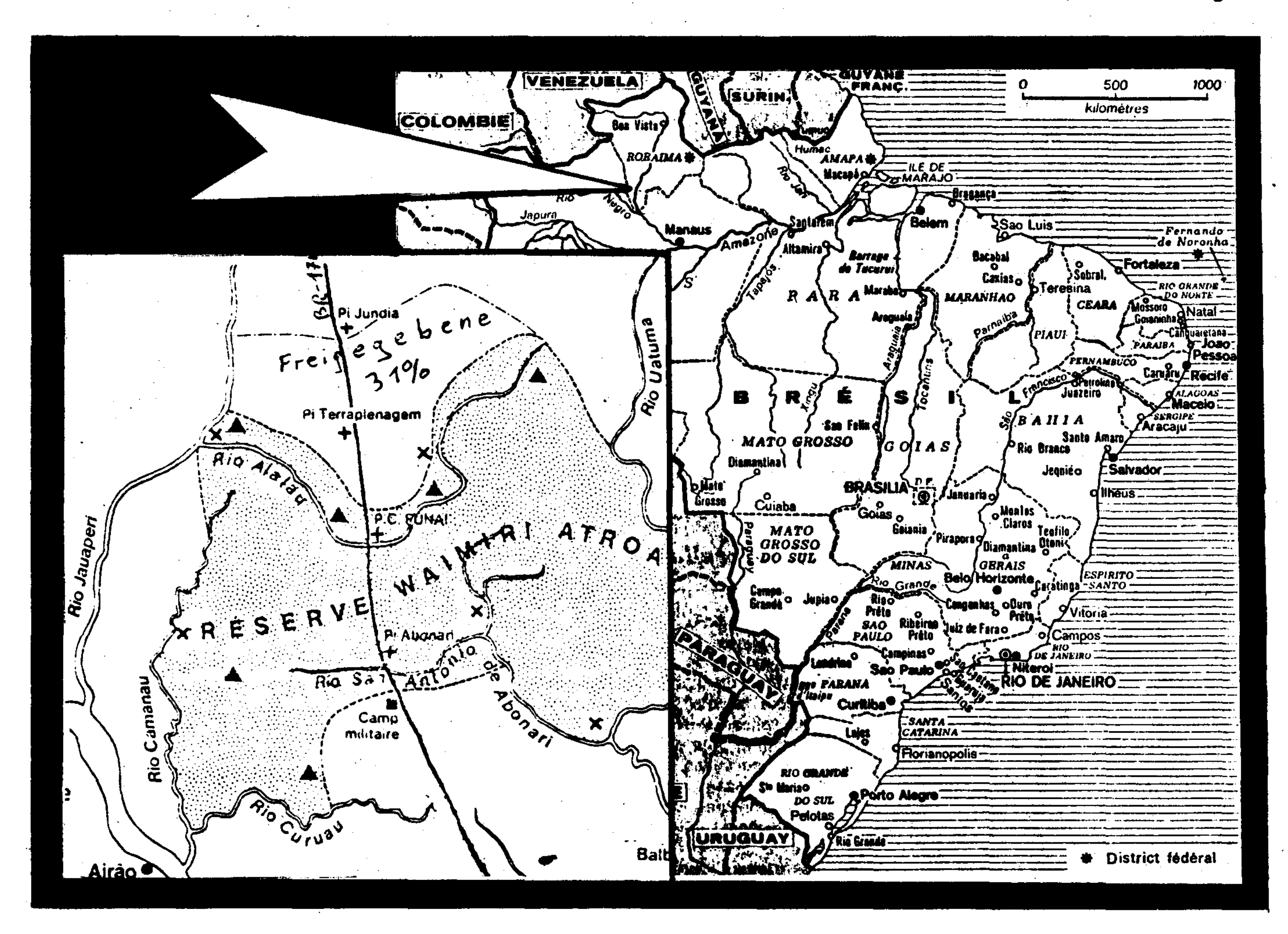
Seit über 300 Jahren werden die Waimiri- und Atroari-Indianer verfolgt und wie Tiere einfach ermordet. Nachdem 1968 eine Erschließungsstraße quer durch das Gebiet der Waimiri und Atroari gelegt worden war, lebten 7 Monate später von den zuvor noch 3000 Indianern nur noch weniger als 1000. Man kann ohne weiteres davon ausgehen, daß die brasilianische Regierung damit ganz bewußt geplant hatte, die Waimiri und Atroari endgültig auszurotten, da sie vorher von bekannten Persönlichkeiten und sogar deneigenen Beratern vor den fatalen Konsequenzen der Straße gewarnt worden war. Zudem verlegte sie die Straße entlang der größten Dörfer der Indianer. Die Indianer wurden vergiftet, mit Krankheiten verseucht, die absichtlich nicht behandelt wurden oder einfach erschossen und erstochen.

Überraschend bannte der damalige Präsident Brasiliens 1971 einen kleinen Teil des Lebensraumes der Waimiri und Atroari. Die Bannung führt zur Gründung eines Reservats, wenn nicht innerhalb von zwei Jahren Einspruch dagegen erhoben wird. 1973 wurde aus diesem begrenzten Teil des Gebietes der Waimiri und Atroari Reservatsland. Eine kleine aber reale Chance zum Überleben.

Inzwischen aber entdeckte man auf dem Reservatsgebiet die größte Zinnlagerstätte Brasiliens. Außerdem plante die Regierung ein Wasserkraftwerk, Balbina, ebenfalls auf Reservatsgelände. Paranapanema, das am Zinn interessierte Unternehmen bestach hohe Generäle, um den Reservatsstatus wieder rückgängig zu machen. Außerdem regte sich massiver Protest gegen das Staudammprojekt. In dieser Situation entschied sich die Regierung einmal mehr für die Interessen der großen Unternehmen und gegen die Bevölkerung, in dem Fall eine Indianergruppe. Im November 1981 erließ Figueiredo das Dekret 86.629 vom 23.11.81, mit dem das Reservat erneut gebannt wurde.

*Gebanntes Eingeborgenengebiet* ist ein Gebiet, das einer Prüfung unterzogen wird, weil die Anwesenheit von Eingeborenen festgestellt wurde. Es kann, muß aber nicht Eingeborenenreservat werden. Das *Eingeborenenreservat* ist ein Gebiet, das dazu bestimmt ist, einer eingeborenen Gruppe als „Habitat" zu dienen, mit ausreichenden Mitteln zu ihrer Subsistenz. „Dauernder Besitz des Landes eines Eingeborenenreservats für die Indianer und alleiniges Nutzungsrecht der natürlichen Reichtümer und allem Nutzen dieser Länder" (Art. 4, IV und 198 der Bundesverfassung).

Der Öffentlichkeit wurde diese Bannung als humaner Akt zum Schutze der Indianer verkauft. Was ihr verschwiegen



wurde, war, daß die Bannung – im Gegensatz zum Reservatsstatus – es der Regierung jederzeit erlaubt, das Gebiet zu verkaufen oder sonstwie zu nutzen und daß Figueiredo 31 % weniger bannte, als das Reservat an Fläche umfaßte. Und genau in diesen 31 %, in denen sehr wohl Indianer leben, auch wenn FUNAI-Studien das Gegenteil behaupten, finden sich die Zinnerze und soll der Staudamm entstehen, der große Teile des Lebensraumes der Waimiri und Atroari überfluten wird.
Die FUNAI-Studie kam folgendermaßen zustande: Zwei Mitarbeiter der Organisation überflogen ganze zweimal kurz die nordöstliche Region des Reservats, einmal am 27. Juli, das zweitemal am darauffolgenden Tag. Damit war ihre Aufgabe auch schon beendet und sie kehrten nach Brasilia zurück, um ihren Bericht abzuliefern, oder, besser gesagt, um zu berichten, was schon vorher ausgemacht war: „Es wurde keine Anwesentheit von Indianern im *nordöstlichen* Gebiet des Waimiri- und Atroari-Reservats festgestellt. Dieser Sachverhalt wurde durch den Leiter des Befriedungspostens, Giuseppe Cravero, bestätigt, der versicherte, nichts von dort lebenden oder durchziehenden Indianern zu wissen." Das Überleben der Waimiri und Atroari, sowieso schon durch ständige Verfolgung kritisch, wird so unmöglich.
In den Proetstbriefen sollten die Absender ihre Besorgnis um das Überleben der Waimiri un Atroari ausdrücken, gegen das Verhalten der staatlichen Behörden, insbesondere der FUNAI, protestieren und an die FUNAI, an den Präsidenten und die Botschaft appellieren, das Dekret 86.629 wieder aufzuheben und das Reservat der Waimiri und Atroari wieder in den ursprünglichen Grenzen einzurichten.

Die Adressen lauten:

- Exmo. Sr. Figueiredo
  Presidente da Republica
  Brasilia, D.F. 70054
  Brasilien
- Botschaft der Republik Brasilien
  Kennedyallee 74
  5300 Bonn 2
- Exmo. Sr. Coronel Paulo
  Moreira Leal
  Presidente da FUNAI
  SAS Q – 1, Bloco A, 7 andar
  Brasilia, D.F. 70054
  Brasilien



*Dieses Foto ist dem Bildband „Indianische Hoffnungen", erschienen im Jugenddienst-Verlag, entnommen*

Es handelt sich bei der Angelegenheit darum, eine möglichst breite Öffentlichkeit zu schaffen, da die brasilianische Regierung versucht, diesen Genozid an den Qaimiri und Atroari Indianern unbeachtet über die Bühne gehen zu lassen. Die Protestbriefe und Protesttelegramme können durchaus auf Deutsch geschrieben werden!

Bernard Kaufer,
Gesellschaft für bedrohte Völker
Postfach 159, D-3400 Göttingen

(Der Brief wurde von der Redaktion bearbeitet).

Die Intervention:

# Honduranische Militärs in El Savador

**Appell an die internationale Öffentlichkeit und die Regierung der Bundesrepublik Deutschland.**

Am Mittwoch, den 23.6.1982 haben etwa 1600 Mann der hondurenischen Armee die Grenze zur salvadorianischen Provinz Morazan überschritten.

Bereits Anfang Juni beteiligten sich hondurenische Militäreinheiten an der Großoffensive gegen die Provinz Chalatenango. Vor allem unter der Zivilbevölkerung gab es infolge der massiven Bombardierungen viele Opfer. In einem Feldlazarett sind durch die Detonation einer Bombe fast alle Menschen gestorben.

Damit hat Honduras den befürchteten ersten Schritt in der Regionalisierung des Krieges in Mittelamerika unternommen.

In Transporthubschraubern der hondurenischen Armee werden nun ständig weitere Soldaten nach El Salvador gebracht, um dort in gemeinsamen Aktionen mit salvadorianischen Truppen unter Anleitung US-Militärberater, die auch aktiv in die Kämpfe eingreifen, den Widerstand der FDR/FMLN gegen das weltweit umstrittene Regime El Salvadors, das in der Vergangenheit nicht einmal vor systematisch geplanten Massakern an der Zivilbevölkerung halt machte, zu brechen.

Vorbereitet wurde die jetzige Intervention nicht zuletzt durch die in den letzten Monaten gewaltsam betriebene Militarisierung der Grenzregion zu El Salvador: seit Beginn dieses Jahres wurden alle Lager der salvadorianischen Flüchtlinge weiter ins Landesinnere von Honduras verlegt, um den militärischen Aufmarsch ungestörter planen zu können. Auch hier schreckten die Armeen der beiden mittelamerikanischen Länder nicht vor gemeinsam begangenen Massakern zurück, wie zuletzt am 12. Juni dieses Jahres, als 300 salvadorianische Flüchtlinge – in der Mehrzahl Frauen und Kinder – am Grenzfluß Rio Sumpul ermordet wurden. Die Flucht ins Nachbarland soll in Zukunft gänzlich verhindert werden.

Die unterzeichnenden Organisationen und Personen appellieren an die internationale Öffentlichkeit, alles zu unternehmen, um diese weitere Eskalierung des Krieges zu stoppen.

Erst in den letzten Tagen haben wir der Presse entnehmen müssen, daß die Bundesregierung am 16. Juni beschlossen hat, das hondurenische Militär im Bereich von Infrastrukturmaßnahmen in Höhe von 2 Millionen DM zu unterstützen. Es bleibt zu fragen, ob eine solche Militärhilfe nicht direkt als Unterstützung der jetzigen Intervention verstanden werden muß.

Wir appellieren an die Bundesregierung, diesen Beschluß zurückzunehmen und stattdessen auf die hondurenische Regierung einzuwirken, den Einmarsch in El Salvador rückgängig zu machen. Jedes Schweigen käme einer Einladung an die verantwortlichen Militärs gleich, die nun eskalierte Gewalt gegen die salvadorianische und auch hondurenische Bevölkerung fortzusetzen.

Frankfurt, den 30.6.1982

Erstunterzeichner: medico international e.V., terre des hommes / Deutschland e.V., Evangelische Studentengemeinden in der Bundesrepublik u.v.a.

Die Aktion ist so gedacht, daß Unterschriften z.B. in Listen gesammelt und dann direkt von den Sammlern an das Auswärtige Amt und das Bundeskanzleramt geschickt werden. Die Informationsstelle El Salvador, Siebengebirgsallee 81, 5000 Köln 81, Telefon: 0221 – 428742 hat Listen vorbereitet, die dort abgerufen werden können.

## ZEITSCHRIFTENÜBERSICHT

**AIB** — Nr. 7-8/1982
AIB-Aktuell: Aufgestanden gegen Reagan – Nicaragua – Guatemale – Sudan – Äthiophien: Eritrea – Libanon – El-Salvador – Sonderteil – Afghanistan – Osttimor – Kampuchea – Vietnam – BRD und Dritte Welt: Neue Rüstungsexportrichtlinien – Internationaler Sozialistenkongreß in Stuttgart
Einzelpreis: DM 4,50; Abo DM 25,–; AIB, Liebigstraße 46, 3550 Marburg 1

**ILA-Info** — Nr. 57, Juli 1982
Ecuador: Der Mythos von der nationalen Entwicklung – Krieg im Libanon – Guatemaltekische Campesinos – Honduras: Und die Demokratie? – Prozeß gegen brasilianische Posseiros und französische Priester – Argentinien – Bolivien: Politische Öffnung – Mexiko: Das Ende der Portillo-Ära – Rede von Julia Esquivel – Sobradinho-Kampagne – Der Film: Die ersten Früchte" – Der Handel mit dem Rohstoff Blut – Ausstellung in Bonn: Frauen in Guatemala –
Einzelpreis: DM 2,50; ILA, Römerstraße 88, 5300 Bonn 1

**Mittelamerika-Magazin** — Nr. 20, Juni 1982
US-Intervention – Militärische US-Präsenz in der Karibik – Die Solidaritätsbewegung in den USA – US-Politik und Nicaragua – Psychologische Kriegsführung des CIA in den Medien Lateinamerikas – Interview mit Miguel Torres – Ein Sender für Guatemala – Offener Brief an den salvadorianischen Botschafter in Bonn –
Einzelpreis: DM 2,50; Abo (6 Hefte): 15,–/20,–; Magazin-Verlag, Königsweg 7, 2300 Kiel 1

**FORUM** — Nr. 56, Juni 1982
BUKO-Vorbereitung läuft – Anti-Interventionskampagne: Neuerscheinungen – El Salvador in der Bielefelder Innenstadt – Streit in der Friedensbewegung – Waffen für El Salvador – Prozeß gegen AAB-Geschäftsführerin –
Einzelpreis: DM 3,–; Abo (12 Hefte): DM 36,–/50,–, Magazin-Verlag, Königsweg 7, 2300 Kiel 1

**Peripherie** — Nr. 8, Frühjahr 1982
Außereuropäische Kulturen und Kolonialismus – „Provinz". Thesen zur kulturellen Unterentwicklung auf dem Lande – Kultur, Unterdrückung und Wiederstand. Ein peruanischer Bauer erzählt – Literatur aus Afrika und deren Rezeption im deutschsprachigen Raum – Literarische Berichte afrikanischer Studenten in Europa und Amerika – Ethnische Identität, indianische Sprache und sandinistische Revolution –
Einzelpreis: DM 8,–; Doppelheft: DM 12,–; Abo: DM 28,–/50,–; Con-Vertrieb, Westerdeich 38, Postfach 106545, 2800 Bremen

**Solidarität** — Nr. 68, Juni 1982
Interview mit ANC-Vertreter Neo Mnumzana – Gespräch mit einem südafrikanischen Gewerkschafter – Rentenstreik in Südafrika – Interview mit Didi Pukwan – Ciba-Geigy im Sudan – Dossier Schweiz-Trikont – Nestle in Madagaskar –
Einzelpreis: sFr. 2,50; SKAAL, Postfach 2009, 4001 Basel

**Brasilien Nachrichten** — Nr. 5-6/1982
Harte Urteile gegen Priester und Kleinbauern — Vor den Wahlen: Meinungsumfragen — Mindestlohn und Lebenshaltungskosten — Volkswagen kontra Kirche — Handel mit Kinderblut — Ronda Alta
Einzelpreis: DM 3,50; Abo (6 Hefte) DM 18,—/25,—; CON-Vertrieb, Westerdeich 38, 2800 Bremen 1

*Minderheiten:*

# Keiner wohnt mehr im Iglu

## Die kanadischen Eskimos wehren sich gegen Niedergang und Ausbeutung

**In Abweichung vom gewohnten analytisch-abstrakten Stil unserer Artikel haben wir uns entschlossen, diesmal etwas „Lesbareres" zu bringen. Wir sind der Meinung, daß die gekomnte Schilderung von typischem Alltag ebenso bedeutungsvoll ist wie die abstrakte Analyse der gesellschaftlichen Realität, auf der er beruht.**
**Statt vom „informellen Sektor", statt von „Abfallkultur" zu reden, beschreibt K.-H. Raach die Harpune aus dem abgesägten Wasserleitungsrohr mit dem leeren Benzinkanister als Schwimmer; die „Marginalisierung der ehemals funktionierenden indigenen Kultur durch die Industriegesellschaft" (solche und ähnliche Formulierungen wären denkbar) wird bei ihm durch die Benennung der Löhne und Preise, durch die Beschreibung der tatsächlich benutzten und der für den Touristen produzierten Kleidung ersetzt und dabei ganz von selbst und eindringlich deutlich; die Entfremdung von der traditionellen Lebens- und Produktionsweise macht er durch die Schilderung des zum kostspieligen Wochenendvergnügen degenerierten Jagdausfluges plastisch – einer Betätigung, die einmal das ganze Eskimo-Volk ernährte. D. Red.**

### Keiner wohnt mehr im Iglu

**– Die kanadischen Eskimos wehren sich gegen Niedergang und Ausbeutung –**

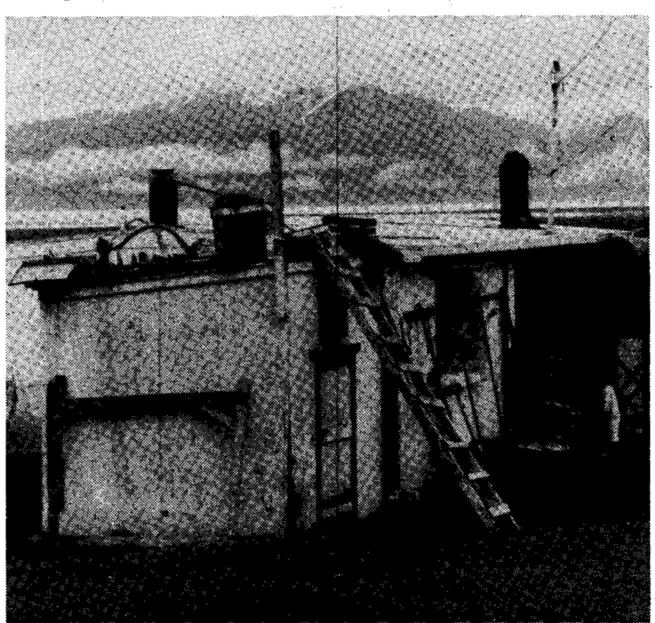
Bereits beim Landanflug versammeln sich die ersten Eskimos auf der Schotterpiste am Dorfrand von Pelly Bay, einer kleinen Eskimosiedlung in der kanadischen Zentralarktis. Die Ankunft des Linienflugzeuges aus „Yellowknife", der Hauptstadt der Nordwest Territorien, ist für die Dorfbewohner noch immer ein großes Ereignis. Mit dem Flugzeug kommen Verwandte und Bekannte aus Cambridge Bay, aus Goja Haven und aus Spence Bay. Die alte DC-3 transportiert aber nicht nur Menschen, sondern auch Konsumgut aus dem kanadischen Süden. Ohne Flugzeug gäbe es hier weder Autos noch Abfall, keine Milch und keine Babywindeln, und selbstverständlich auch kein Fernsehen. Gewiß, die Eskimos müßten so auf vieles verzichten, sie wären aber dafür auch vor vielem verschont geblieben.
Die Besucher tragen ihre neuesten T-Shirt, Jeans und Gummistiefel. Auf ihren Nylonanoraks tragen sie Stoffaufkleber von Honda, Kawasaki und Cat. Die Originalparkas mit dem Markenzeichen „Eskimo-Craft" werden fast ausschließlich in den Süden und von dort ins Ausland exportiert. Die Eskimos kaufen sich dafür in den „Hudson Bay Läden", den ehemaligen Pelzhandelsstationen, Billigkonfektion aus Taiwan und Korea. Die selbstgenähten „Duffleparkas" sind für die Eskimos selber zu teuer. Der Wollstoff wird ebenfalls aus dem Süden eingeflogen und kostet für einen einzigen Parka zwischen 200 und 300 Mark.

Nachdem alle Passagiere ausgestiegen sind, fährt Tom Kayaitok mit seinem Lieferwagen an die Laderampe der DC-3 heran. Er arbeitet im Lebensmittelladen in Pelly Bay und nimmt die Luftfracht entgegen. Tom gehört zu den Wenigen im Dorf, die eine feste Arbeit gefunden haben. Einzelne Männer und Frauen aus dem Dorf fliegen zwar immer wieder nach Yellowknife, um sich dort einen Job zu suchen, doch meist ist der 445 Dollar teure Flug umsonst.



Bis vor 30 Jahren lebten die Netselik-Eskimos in kleinen Gruppenverbänden über die Zentralarktis verstreut und versorgten sich hauptsächlich von der Jagd und vom Fischfang, nebenbei auch vom Pelztierhandel. Heute wohnen sie in Barackensiedlungen, wo sie von Lohnarbeit und Sozialfürsorge abhängig sind. Diese ehemaligen Jäger, die sich in ihrer eigenen Sprache „Inuit" – die Menschen – nennen, sind in wenigen Jahrzehnten an die weiße Zivilisation angepaßt worden, – ohne Rücksicht auf ihre eigene Kultur.
Jagen und Fischen ist für die meisten zum unbezahlbaren Luxus geworden. Die Anschaffungskosten für ein Schneemobil oder ein Aluminiumboot sind einfach zu hoch. Ein Schneemobil kostet immerhin 3000 Dollar, ein Boot mit Außenbordmotor über 4000 Dollar. Das kann sich ein Eskimo, der im Monat mit ein paar hundert Dollar Spezialfürsorge auskommen muß und dabei noch eine große Familie zu versorgen hat, kaum leisten. Und mit den 20 Dollar, die

ein Seehundfell durchschnittlich einbringt, könnte er nicht einmal die Benzinrechnung für einen einzigen Jagdausflug bezahlen. Diesen Sommer können sich nur noch 3 Familien einen längeren Zeltaufenthalt fernab der Siedlung leisten. An einer einsamen Bucht jagen sie Seehunde und fischen Lachs, den sie für den Winter trocknen. Anfang September müssen sie spätestens im Dorf zurücksein, denn dann beginnt für die Kinder der Schulunterricht.
Als 1955 die Schulpflicht auch im Norden Kanadas eingeführt wurde, mußten die Eskimos in festen Behausungen ansässig werden. Die Regierung baute sogenannte „matchbox-(Streichholzschachtel)-Häuser", einfache Sperrholzhütten, und Schulen. In diesen weißen Schulen sollten die Eskimos lernen, wie man sich in einer industrialisierten Welt zurechtfindet. Durch die fremde Erziehung brach innerhalb weniger Jahre eine Kluft zwischen Eltern und Kindern auf.



Die meisten Kinder sind total verwirrt. In die Welt der Weißen fanden sie kaum Zugang, und das Leben der Eskimos wurde ihnen fremd. Jose Kusuak, ehemaliger Direktor des „Inuit Cultural Institute" in Eskimo Point formuliert das so: „Die Eskimos wollten, daß ihre Kinder die weiße Gesellschaft zu verstehen lernen. Doch was ist dabei herausgekommen? – Nichts! Denn die Weißen haben immer nur ein einziges Ziel verfolgt, sie wollten „Weiße" aus uns machen."
Aller wohlgemeinte Zivilisationssegen hat sich für die Eskimogemeinschaft als schädlich erwiesen. Den Krankenstationen ist es zwar gelungen, Tuberkulose und andere Infektionskrankheiten, die aus dem Süden eingeschleppt wurden, unter Kontrolle zu halten. Doch dafür haben Diabetes, Übergewicht, Karies, Herzbeschwerden und Augenleiden sprunghaft zugenommen. Diese Krankheiten sind Folge der modernen Supermarkternährung, die Seehundfleisch und arktischen Lachs immer mehr verdrängen. Dabei enthält das eingefrorene Rinder- und Schweinefleisch nur halb soviel Protein wie der arktische Lachs. Teigwaren und Zucker, die inzwischen zum festen Bestandteil jeder Eskimomahlzeit geworden sind, waren ihnen noch bis Ende des letzten Jahrhunderts fremd.
Trotz allem ist die Lebenserwartung der Eskimos gestiegen. Die Zahl der Neugeborenen hat sich zudem in einem Jahrzehnt mehr als verdoppelt. Seit den 50er Jahren, als die Tuberkulose und andere Infektionskrankheiten ganze Siedlungen auslöschten, ist die Eskimobevölkerung in Kanada von 6 800 auf 26 000 angestiegen. Einige Ortschaften sind angewachsen, so zum Beispiel die Verwaltungszentren Frobisher Bay und Inuvik. Der Bevölkerungsanstieg hat auch soziale Ursachen. Als die Eskimos noch ausschließlich von der Jagd lebten, waren sie gezwungen, den Bevölkerungszuwachs stärker zu kontrollieren. Waren harte Zeiten vorauszusehen, so wurden die Neugeborenen gleich nach der Geburt umgebracht. Auch alte Leute wurden in Hungerszeiten auf dem Eis zurückgelassen, um die ohnehin schon schwierige Versorgungslage der Familien nicht unnötig zu belasten. Heute propagiert Ottawa eine „humanere" Familienplanung. Doch die Geburtenkontrolle mit der „Antibaby-Pille" hat bislang nichts gebracht. Die Bevölkerung steigt weiter an und damit wachsen auch die sozialen Probleme.
Diese Entwurzelung der Eskimos hat zu einer ernsthaften Identitätskrise geführt. Sie äußert sich in Gewalttätigkeiten, Drogenmißbrauch, Alkoholismus und Selbstmord. Denn das Gemeinschaftsleben nach weißem Vorbild steht in krassem Widerspruch zu den Wertvorstellungen der Eskimos. Doch an ein Leben im Iglu ist heute auch nicht mehr zu denken. Dafür haben die zivilisationsgeschädigten Eskimos, die in ölgeheizten Baracken aufgewachsen sind, keine Fähigkeiten erworben.
Mit den festen Siedlungen wachsen auch Zivilisationsprobleme wie Umweltverschmutzung. Um die grellfarbenen Sperrholzhütten liegen Wellblechgaragen, Rohrleitungen, Baumaschinen und halbverweste Tierkadaver. Nur 200 Meter von Pelly Bay entfernt erstreckt sich eine riesige Müllkippe auf der Autowracks, leere Ölfässer, Konservendosen und sonstiges Verpackungsmaterial herumliegen. Der Müll läßt sich nicht in die gefrorene Erde eingraben, und die Flugunternehmen denken nicht daran, diesen Konsummüll dorthin auszufliegen, von wo sie ihn herbringen. Es ist eben billiger, ihn in der weiten Arktis liegenzulassen.
In Pelly Bay gibt es kaum Arbeitsplätze. Es sind in der Regel Hilfsarbeiten wie Bauarbeiten und Müllabfuhr.
Alle wichtigen Jobs werden noch immer von Weißen besetzt. Tom Kayaitok füllt im CO OP Laden leere Lebensmittel auf. Sein Wochenlohn beträgt 230,– Mark, daß entspricht dem gesetzlichen Mindestlohn in Kanada. Dieser Hungerlohn steht in krassem Gegensatz zu den arktischen Wucherpreisen. Aufgrund der hohen Luftfrachtkosten sind die Lebensmittel in Pelly Bay drei- bis viermal so teuer wie im kanadischen Süden. Ein halbes Pfund Kaffee kostet umgerechnet 16,50 Mark, ein Liter Milch, 4,80 Mark und ein Pfund Mehl 2,20 Mark. Einen Ausweg aus der Misere sieht Tom nicht: 'Ich werde wohl mein Leben lang hier im CO OP Laden Dosen stapeln müssen', meint er resigniert.
Facharbeiterjobs auf den Bohrtürmen oder in den Minen sind für die meisten Eskimos unerreichbar. Und denjenigen, die eine Hilfsarbeit ergattern können, macht die Isolation in den „weißen" Arbeitercamps zu schaffen. An feste Arbeitszeiten – zwischen 10 und 14 Stunden am Tag – können sie sich kaum gewöhnen. Als freie Jäger handelten sie Jahrtausende hinweg nach den Gesetzen der Natur und nicht nach willkürlich festgelegten Arbeitszeiten. Von Seiten der Weißen gibt es noch immer sehr viele Vorurteile. Die Eskimos gelten als faul und unfähig, oder wie es ein Bauarbeiter, der in Pelly Bay Öltanks zusammenschweißt ausdrückt: 'Sie haben nichts anderes im Kopf als Kinder in die Welt zu setzen und sich auf Kosten des Staates ein einfaches Leben zu machen.'
Tom Kayaitok hat vom wochenlangen Baulärm die Nase voll und entschließt sich übers Wochenende auf Seehundjagd zu gehen. Sein Freund Nathanael Anaittuq begleitet uns und stellt sein Aluminiumboot zur Verfügung. Tom möchte weiter draußen an der Bucht, etwa 100 Kilometer vom Dorf entfernt, Seehunde jagen. Er schätzt, daß er für die Fahrt etwa hundert Liter Benzin braucht. Abgefüllt in 5 Plastikkanister wird der Sprit zusammen mit einem Nylonzelt, unserem Bettzeug, mehreren Gewehren und ei-

nem Kochgeschirr ins Boot geladen. Dazu kommt eine Kiste mit Lebensmitteln aus dem Laden und Werkzeug: für Notfälle sozusagen!
Am Samstagnachmittag schieben wir das schwerbeladene Boot vom Ufer weg. Nathanael wirft den 35 PS starken Außenbordmotor an und wir fahren mit hochtourigem Geheule in die weite Pelly Bucht hinaus. Tom und Nathanael



machen zufriedene Gesichter. „Ich würde verrückt werden, wenn ich die Siedlung nicht ab- und zu verlassen könnte." Für Tom ist die Wochenendjagd auch Erholung. Nach zweistündiger Fahrt erreichen wir die gegenüberliegende Uferseite. Vorsichtig steuern Nathanael das Boot durch ufernahe Treibeisschollen hindurch und biegt in eine Seitenbucht ein. Er orientiert sich an den umliegenden Hügeln. Jeder von ihnen hat einen Namen, der sein Aussehen charakterisiert. Tom hat einige Namen bei früheren Jagdausflügen mit seinem Vater gelernt.
Die Jagd bleibt heute erfolglos und die mitgebrachten Fleishctöpfe bleiben deshalb im Gepäck. Wir schlagen kurz vor Mitternacht unser Zelt auf und stillen unseren Hunger mit Weißbrot und 'Corned Beef' aus der Dose. Als wir uns später im Zelt unterhalten, hören wir uns nebenbei aus dem Kassettenrecorder die neuesten Suzi Quatro-Lieder an. Nathanael erzählt von seiner Freundin in Spence Bay, in die er sich über beide Ohren verliebt hat. Stolz erzählt er, daß er im nächsten Jahr 'Daddy' sein wird. In Pelly Bay haben die meisten Mädchen schon mit 15 oder 16 Jahren ihr erstes Kind. Viele Mädchen werden während ihrer Schulzeit schwanger. Gerade dort werden sie aber in keinster Weise auf ihre Mutterrolle vorbereitet. Ihre Kinder werden deshalb meist von den Großeltern oder naheliegenden Verwandten großgezogen. Ausgesetzte Kinder gibt es bei den Eskimos jedenfalls keine, auch keine Waisenhäuser. Die Kirche und der Staat versuchen zwar, die Eskimos in bestimmte gesellschaftliche Normen zu pressen, doch bei Familienangelegenheiten tun sie sich außerordentlich schwer.
Nach kurzem Schlaf werde ich jäh aufgeweckt. Tom hat im seichten Küstenwasser einen Seehund der begehrten Spezies „ukjuk" entdeckt. Meine beiden Freunde greifen hastig zu ihren Gewehren und springen ins Boot. Der „ukjuk" ist längst untergetaucht, doch das scheint die beiden nicht zu stören. „Ukjuks" sind sehr neugierig." Sie sehen aus, wie normale Seehunde, sind aber viel größer und haben ein hervorragendes Fell zur Herstellung von wasserdichten Stiefeln", erklärt mir Nathanael. Mit angespanntem Blick tasten Tom und Nathanael die Wasseroberfläche ab. Plötzlich knallt es. Tom: „Wir müssen den 'ukjuk' so lange wie möglich unter Wasser halten. Wenn er nur einmal zuviel Luft schnappt, ist er für immer verschwunden!" Die beiden schaffen es, den Seehund im seichten Wasser zurückzuhalten. Hier ist er ihnen hilflos ausgeliefert. Er hat keine Zeit um Luft zu schnappen und kann deshalb nicht unter Wasser fliehen. Nach etwa 20 Minuten gibt er den Kampf auf und taumelt orientierungslos auf der Wasseroberfläche umher. Nun können wir ganz nahe an ihn heranfahren. Damit er nicht wieder untertauchen kann, wird er sofort harpuniert. Dazu dient ein abgesägtes Wasserleitungsrohr mit aufgesteckter Eisenspitze, die über einen Lederriemen mit einem leeren Benzinkanister, der als Schwimmer dient, verbunden ist. Tom lehnt sich weit über den Bootsrand hinaus und rammt die improvisierte Harpune in den Brustkorb des röchelnden Seehundes. Er befestigt den Lederriemen nun am Boot und wir ziehen den Koloß an Land. Dort wird er in einem mehrstündigen Gemetzel bis auf die Knochen zerlegt. Fast alles wird verwertet: selbst die Gedärme werden ausgepreßt und später zu einer Suppe gekocht.
Am Sonntagabend fahren wir mit schwerbeladenem Boot ins Dorf zurück. Die 2-tägige Wochenendjagd hat über 300 Mark gekostet. Das ist bei weitem mehr als Tom in einer Woche verdient. Deshalb wird es ein Weilchen dauern, bis er genügend Geld für die nächste Wochenendjagd beiseitegelegt hat.
Viele Eskimos flüchten aus Langeweile und Resignation in Alkoholismus und Drogenabhängigkeit. Auch die Selbstmordrate liegt weit über dem Landesdurchschnitt. Aus dem Katitseeyet-Report, einer Studie zur Situation der Eskimos in Frobisher Bay, geht hervor, daß die vorwiegend jungen Leute Selbstmord begangen haben, „weil sie die vorherrschenden Lebensbedingungen in Frobisher Bay nicht mehr ertragen konnten." Am Schluß dieser Studie heißt es: „Frobisher Bay wurde seit seiner Gründung (1942) von Weißen beherrscht. Alle wichtigen Entscheidungen, die in irgend einer Weise mit dem Leben der Eskimos zu tun hatten, wurden von den Weißen aus dem Süden gefällt."



Weil sich die Regierung in Ottawa bisher als unfähig erwiesen hat, etwas gegen solche Probleme zu tun, hat sie nach den Worten von Nellie Courneyea, einer Sprecherin der Mackenzie-Eskimos, endgültig das Vertrauen der Eskimos verloren. Die Regierung soll sich in Zukunft aus den

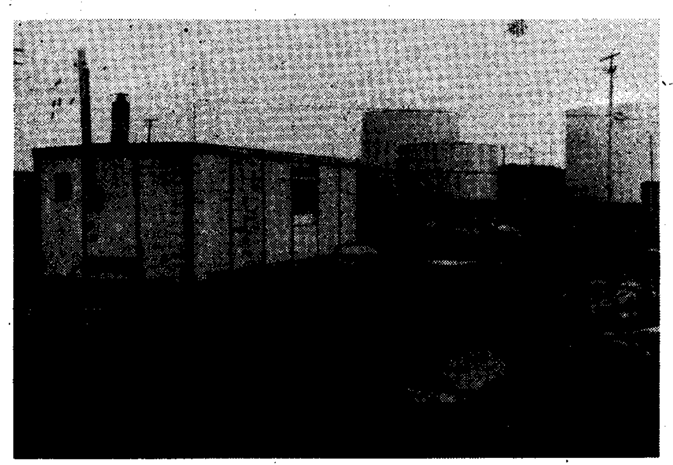
Angelegenheiten der Eskimos heraushalten, da sie deren Bedürfnisse und Interessen nicht versteht oder verstehen will. „Wir haben viele Probleme, doch wir müssen sie alleine lösen. Niemand sonst wird und kann uns dabei helfen." Eines der größten Probleme in der Arktis ist noch immer die Trunksucht, eine Krankheit, die die Weißen aus dem Süden mitgebracht haben und deren Bekämpfung sie jetzt eher verhindern. Als sich nämlich die Eskimos



von 13 kleineren Siedlungen in den Nordwest-Territorien für ein striktes Alkoholverbot aussprachen – wer dennoch beim Trinken erwischt wurde, mußte dem Dorfrat biszu 600 Dollar Strafe zahlen – mochten sich die regionalen Verwaltungsorte Inuvik, Cambridge Bay, Frobisher Bay und Fort Chimo der Selbsthilfe nicht anschließen. – Ihre Bevölkerung besteht zur Hälfte aus Weißen, fast ausnahmslos Regierungsangestellten. Immerhin ist die Alkoholsteuer eine der wichtigsten Einnahmequellen der Territorialregierung. Mit 15 Liter reinem Alkohol liegt der pro-Kopf-Verbrauch hier 40 Prozent über dem Landesdurchschnitt.
Die Todesfälle, die auf erhöhten Alkoholkonsum zurückzuführen sind, nehmen drastisch zu.
Die Eskimos versuchen, sich seit den 70er Jahren verstärkt gegen Zwangsintegration und Entmündigung zu wehren. Bei der Gründung des „Inuit Taparisat of Canada", der überregionalen Interessenvertretung aller kanadischen Eskimos, wurde beschlossen: „Wir müssen unsere Zukunft selbst bestimmen, um als Eskimos überleben zu können." Hauptproblem der Eskimoorganisation ist, daß sie auf die finanzielle Unterstützung des kanadischen Staates angewiesen ist. Ihr Verhandlungspartner ist somit auch Geldgeber und kann dadurch die weiteren Forderungen der Eskimos, die letztendlich auf ein selbstverwaltetes „Nunavut-Territorium" hinauslaufen, abwürgen.

Die Autonomiebestrebungen der Ureinwohner im Norden stoßen in Ottawa auf wenig Gegenliebe. Seit der Ölkrise von 1973 haben die Kanadier die Ölsuche im Norden intensiviert. Die Suche hat sich gelohnt. Neben riesigen Ölvorkommen wurden auch Zink, Kupfer, Eisenerz, Gold, Silber und Asbest entdeckt. Im Oktober 1976 wurde am 'Stracona Sound', 800 Kilometer nördlich des Polarkreises, die erste Blei- und Zinkmine in Betrieb genommen. An diesem Projekt hat sich außer „Mineral Resources International", „Shell" und der deutschen „Metallgesellschaft" auch die kanadische Regierung mit 16,7 Millionen Dollar beteiligt. Der größte Teil der abgebauten Erze wird heute in die USA und in die Bundesrepublik Deutschland exportiert.
Diese Mine wurde in Betrieb genommen, obwohl bekannt war, daß die Natur gerade dort besonders empfindlich ist. Der staatliche Ölkonzern „Petro-Canada" bohrt etwas nördlich davon, im Lancaster Sound, seit mehreren Jahren nach Öl. Und das, obwohl durch diese östliche Zufahrt zur Nordwestpassage jeden Sommer 40 % aller in Nordamerika beheimateten Weißwale und 85 % aller Narwale migrieren. Außerdem nisten in diesem Gebiet über 3 Millionen Seevögel. Ein kleiner Teil dieses Gebietes, die Vogelbrutkolonie Bylot-Island wurde nach heftigem Protest durch das „Canadian Arctic Resources Committee", einer aus nahmhaften Wissenschaftlern zusammengesetzten Umweltschutzorganisation, unter Naturschutz gestellt. Doch die umliegenden Gewässer und Landflächen sind weiterhin zur Erschließung freigegeben. 'Petro-Canada' hat bereits weitere Pläne. Schon in den nächsten Jahren soll Erdgas von den arktischen Inseln mit riesigen Eisbrechern, die das ganze Jahr hindurch zwischen Baffin Island und Grönland verkehren sollen, in den kanadischen Süden transportiert werden. Das 1,3 Milliarden teure Pilotprojekt (Arctic Pilot Projekt) soll schon

Ende dieses Jahres probeweise anlaufen.
Nachdem die kanadische Regierung dem Bau der „Norman Wells Pipeline" durch das Mackenzie-Delta trotz massiven Widerstandes von Seiten der Eskimos und Dene-Indianer grünes Licht gegeben hat, befürchten auch die Eskimos in der östlichen Arktis, daß sie der Rohstoffausbeutung nichts mehr entgegenzusetzen haben. Ihre letzte Hoffnung ist ein gemeinsamer Widerstand zusammen mit den benachbarten



Grönland-Eskimos. Ende Juli 1981 reiste eine Delegation kanadischer Eskimos nach Nuuk (Godthaab), um mit den Grönländern eine gemeinsame Front gegen das Flüssiggasprojekt aufzubauen. Auch die Grönländer haben Angst, daß die Tankschiffe das Verhalten der Seehunde und Wale, auf die sie stark angewiesen sind, beeinträchtigen könnten. Die Wale, so argumentieren sie, könnten sich in den Fahrrinnen der Tankschiffe verirren und dort elend zugrunde gehen. Zudem könnten die Migrationsrouten der Karibous (Rentiere), die auch über zugefrorene Küstengewässer führen, durchschnitten werden.
Francois Bregha, Mitarbeiter des „Canadian Arctic Resources Committee" kommt in einer Studie zur derzeitigen Energiesituation im Norden zu dem Ergebnis: „Es reicht einfach nicht aus, lediglich an die Lösung rein technischer Probleme zu denken. Es muß auch eine Technologie entwickelt werden, die sicherstellt, daß es bei so riskanten Projekten keine Pannen gibt. Leider beschränkt sich die bisherige Forschung auf die Lösung rein technischer Probleme."
Bis vor wenigen Jahren war es für die Regierung und die Rohstoffkonzerne relativ einfach, die jungen Eskimos von der wirtschaftlichen Notwendigkeit einer wirtschaftlichen Erschließung des Nordens zu überzeugen. Ihnen wurden Arbeitsplätze und bessere Wohnverhältnisse versprochen. Aber die alten Leute waren von Anfang an skeptisch und prophezeiten mit zunehmender Technisierung den Untergang des Eskimovolkes. Sie fühlten sich durch eine solche Entwicklung in eine Sackgasse gedrängt. Der Unmut über die derzeitige Entwicklungstendenz breitet sich aber nun auch bei der jüngeren Generation aus. Die Regierung verspricht zwar immer noch viele gutbezahlte Arbeitsplätze, doch die Euphorie darüber hält meist nicht lange an. Nach drei- bis viermonatiger Arbeit auf einem abgelegenen Ölbohrturm oder in einer Mine haben die meisten die Nase voll. Am schlimmsten ist für sie die lange Isolation von Familie und Freunden. Gerade auch die jungen Eskimos fragen sich, was aus ihnen werden soll, wenn die Arktis erst einmal „ausverkauft" ist. Wird „Vater Staat" dann weiter für sie sorgen? Peter Ittinuar, Abgeordneter der Eskimos im kanadischen Parlament: „Wir müssen in erster Linie daran denken, wie wir im Norden auch dann noch überleben, wenn der letzte Tropfen Öl aus unserem Land herausgepumpt ist." Die Blei- und Zinkvorkommen am Stracona Sound sind voraussichtlich schon in 15 Jahren ausgebeutet. Hinzu kommt eine verstärkte Umweltverschmutzung, die gerade in der Arktis verheerende Folgen haben könnte.
Auf das Überleben von 26 000 Eskimos will man in Kanada offensichtlich keine Rücksicht nehmen. Das 'nationale Interesse' steht im Vordergrund. Nach den derzeitigen Plänen der Regierung soll die letzte Rohstoffkammer Nordamerikas angezapft und systematisch ausgebeutet werden, egal wer darunter zu leiden hat.

Karl-Heinz Raach





*Nach der grünen Revolution:*
# Neue Strategien und alte Ziele

**Die grüne Revolution hat nicht stattgefunden: Die Masse der Kleinbauern akzeptierte die neue teure und komplizierte Technologie — verstärkten Einsatz von Hochertragssorten, künstlichem Dünger und Pestiziden — nicht. »Akzeptanz-Studien« haben inzwischen herausgefunden, daß die Bauern oft gute Gründe haben, bei den traditionellen Produktionsmethoden zu bleiben. Mit Hilfe dieser neuen Erkenntnisse verfolgen die internationalen Institute unbeirrt weiter ihr altes Ziel, auch die Kleinbauern als Marktfaktor nutzbar zu machen . . . D. Red.**

### 1. Organisation und Aufgaben der CGIAR-Zentren

1971 wurde von verschiedenen Regierungen, UN-Organisationen und privaten Organisationen wie der Rockefeller- und Ford-Stiftung die CGIAR (Consultative Group on International Agricultural Research) gegründet, die eine Art Dachverband für die verschiedenen Forschungsinstitute, die sich mit jeweils einer bestimmten Gruppe von Kulturpflanzen befassen, darstellen sollte. Im CGIAR sind inzwischen 10 derartige Forschungsinstitute zusammengefaßt, von denen die bekanntesten und größten das CIMMYT (Getreide) und das IRRI (Reis) sind. Die CGIAR bestimmt letzlich die Forschungspolitik dieser Institute.
Diese ordentliche Konstruktion darf jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, daß der Ursprung des Netzes von Pflanzenforschungsinstituten sehr wildwüchsig war, und daß die Umstände der Entstehung durchaus noch in die Gegenwart hineinwirken.
Das Beispiel des CIMMYT mag das etwas illustrieren. Bereits 1943, also zu einer Zeit, da auch in den USA selbst die Umwälzung der Landwirtschaft durch neue ertragreichere Sorten, vor allem durch Mais-Hybride, gerade erst ihren ersten Höhepunkt erlebt hatte, gründete die Rockefeller Foundation bereits ein Mais- und Weizenforschungszentrum in Mexico. Damals dachte man wohl kaum an »Entwicklungshilfe«, schon weil es weder das Wort noch den Tatbestand damals gab. Vielmehr ging es wohl um die Erschließung Mexicos für den US-Markt (billige Arbeitskraft, Land, günstige klimatische Bedingungen . . .). 1963 wurde das CIMMYT dann auf internationale Beine gestellt und erhielt diesen Namen (Internationales Zentrum für die Verbesserung von Mais und Weizen).
In den sechziger Jahren schälte sich im Zusammenhang mit der nach dem 2. Weltkrieg allmählich immer bedeutungsvoller gewordenen Nord-Süd-Problematik, vor allem der drohenden Perspektive einer weltweiten Nahrungsmittelknappheit und der als Konsequenz befürchteten Konflikte eine klare, jedermann vermittelbare Aufgabe für das CIMMYT heraus: Die »Grüne Revolution«. Als Ursache der »Unterentwicklung« und des Hungers wurden nicht die Spätfolgen des Kolonialismus, falsche Landverteilung und -nutzung, internationale Abhängigkeiten oder andere soziale Momente, sondern eine »Rückständigkeit« der Landwirtschaft in den Ländern der jetzt sogenannten »Dritten Welt« diagnostiziert.
Also ging es darum, die inzwischen in den USA entwickelten modernen landwirtschaflichen Techniken, die dort zu erheblichen Produktionssteigerungen geführt hatten, in die »Entwicklungsländer« zu transportieren.

### 2. Die Grenzen der Grünen Revolution

Diese Technologie bestand im wesentlichen aus drei Elementen: neues Saatgut (die sogenannten High Yielding Varieties — HYV, also »Hochertragssorten«), Einsatz von Mineraldüngern und Anwendung von chemischen Pflanzenschutzmitteln. Zu diesen biochemischen Techniken kamen noch mechanische wie die Einführung von Traktoren und Zusatzaggregaten sowie Bewässerungsbauten.
In einigen Gebieten führten die Maßnahmen der Grünen Revolution zu spektakulären Erfolgen. Innerhalb weniger Jahre konnten bisweilen die Erträge vervielfacht werden. Doch sehr bald schon wurden auch die Nachteile und ganz allgemein die Grenzen dieser Art von Grüner Revolution sichtbar. Sie lassen sich auf der Ebene einmal der sozialen, dann aber auch der ökologischen Auswirkungen beschreiben.
In sozialer Hinsicht zeigte sich, daß die Maßnahmen der Grünen Revolution dazu führten, bestehende soziale Unterschiede auf dem Land nicht nur nicht abzubauen, sondern meist erheblich zu verschärfen. Die



Gründe waren vielfältig, wiesen aber alle in die gleiche Richtung. Zu nennen sind insbesondere die hohen Kosten für die erforderlichen inputs (vor allem Dünger, aber auch Pestizide, am wenigsten noch das Saatgut selbst), der Zugang zur Beratung und zum Kreditsystem, der Kleinbauern selten offenstand und -steht (weil die Beschäftigung mit Kleinbauern für die Institute nicht rationell ist), schließlich die Tatsache, daß die Maßnahmen der Grünen Revolution möglichst in Gebieten begonnen wurden, die optimale Voraussetzungen dafür mitbrachten, das heißt, in den von Natur aus bereits bevorzugten Gebieten mit guter Bewässerung, fruchtbaren Böden und günstigem Klima, also den Gebieten, deren Bauern ohnehin bereits überdurchschnittliche Einkommen hatten.

Die Forschungsinstitute störte das zunächst wenig, waren sie doch in erster Linie an der Durchführung technischer Verbesserungen interessiert, weniger an der Frage wem sie zugute kommen würden. Hier galt die alte, Zweifel beschwichtigende Maxime, daß es egal sei, wo man Verbesserungen einführe, mit der Zeit würden sie schon »nach unten durchtröpfeln«. Genau das aber war nicht der Fall. Auch den Planern bei den Geldgebern der Forschungsinstitute konnte das auf Dauer nicht verborgen bleiben. Die soziale Kritik der Grünen Revolution wirkte daher ab einem bestimmten Zeitpunkt auch in die Institute hinein, und zwar etwa ab dem Augenblick, wo sichtbar wurde, daß die Maßnahmen der Grünen Revolution sich in den für sie prädestinierten Gebieten, also den günstig gelegenen, von der Natur bevorzugten Ländereien großer Bauern erschöpft hatten.

Zu den Gründen für die Erschöpfung der Wirksamkeit dieser Maßnahmen gehörten neben der flächenmäßigen Begrenztheit solcher optimalen Ländereien auch ökologische Probleme. Die neuen Sorten, die unter Versuchsbedingungen auf den Forschungsstationen, hielten in der Praxis, das heißt, unter wechselhaften Umweltbedingungen oft nicht lange, was versprochen worden war. Wenn nur eines der Elemente ihrer künstlichen Umwelt, Wasser, Dünger oder das richtige Pestizid nicht zur rechten Zeit da war, konnten katastrophale Einbrüche erfolgen Und gerade da, wo die Grüne Revolution großflächig, und bereits über einen gewissen Zeitraum erfolgreich eingeführt worden war, mußten solche Ereignisse sich besonders katastrophal auswirken, weil die herkömmlichen Mittel und Techniken nicht mehr zur Verfügung standen. Besonders gilt das für die alten Landsorten, die oft in wenigen Jahren aus großen Gebieten verdrängt worden waren. Solche Entwicklungen, und auch die unter besorgten Pflanzengenetikern bereits frühzeitig ausgesprochene Warnung, daß die Grüne Revolution über die Verdrängung der alten Sorten ihre eigene Basis zerstören würde, zwangen auch die Forschungsinstitute zum Umdenken. So erklärt etwa Dr. Edwin Wellhausen, ehemaliger Direktor der Rockefeller Foundation in Mexico und von 1967 – 71 Generaldirektor des CIMMYT, heute:

»Die kleinen Bauern haben nur sehr sehr langsam die neuen Technologien übernommen. Wenn die Technologie der Grünen Revolution die gutausgestatteten größeren Bauern erreicht hat, stößt sie auf eine undurchdringliche Sperre, einen Filter, der nichts nach unten durchläßt. Die moderne Technologie tröpfelt nicht nach unten durch.« (Interview Jan. 82)

**3. Elemente einer neuen Strategie der Forschungsinstitute**

Die wachsende Kritik von außen an der Grünen Revolution und die innerhalb der Expertenzirkel sich durchsetzende Einsicht in die begrenzten Möglichkeitne des eingeschlagenen Wegs zwangen also zum Umdenken. Zum einen rückte die Frage nach den Möglichkeiten der Kleinbauern in den Vordergrund der Überlegungen. Man sah ein, daß die Technologie, die einen gewaltigen Anteil der ländlichen Bevölkerung und damit auch einen erheblichen Anteil produktiven Landes von vorherein ausschloß, beziehungsweise in der Entwicklung sogar noch zurückwarf, nicht den Anspruch erheben konnte, das Hungerproblem ernsthaft anzugehen. Die Kleinbauern stellten aus der Sicht der Strategen der Grünen Revolution ein Produktionspotential dar, das bisher vernachlässigt wurde, und das nur mit neu entwickelten Methoden zu erschließen war.
Bei der Suche nach solchen neuen Methoden stellte sich heraus, und hier liegt das zweite entscheidende Moment der neuen Strategie, daß die bisherige Ausrichtung auf einen streng technisch beschränkten Ansatz nicht mehr ausreichte.
Zwar konnte man durch Untersuchung und Berücksichtigung der begrenzten finanziellen und »unternehmerischen« Möglichkeiten der Kleinbauern in vieler Hinsicht besser angepaßte Techniken entwickeln. Vor allem aber mußte es darum gehen, nicht mehr nur ein Angebot an Technologie, und sei es auch »angepaßter« zu machen, sie wie auf einem Markt einfach anzubieten, sondern man mußte auch Methoden entwickeln, sie an den Mann, also an die kleinen Bauern heranzubringen. Man erforschte also auch die Gründe, warum die Kleinbauern die moderne Technologie nicht angenommen hatten.

Bereits 1967 unternahm das CIMMYT einen großangelegten Versuch zur Einbeziehung der Kleinbauern in die Grüne Revolution in seinem »Puebla-Projekt«. Im mexikanischen Staat Puebla wurde ein Gebiet von 117000 ha ausgewählt, das im wesentlichen von Kleinbauern bewirtschaftet wurde (die durchschnittliche Besitzgröße betrug 2,7 ha, 70 % aller Bauern bewirtschafteten einen Besitz, der unter diesem Durchschnitt lag). Es war kein Bewässerungsgebiet, hatte aber gute natürliche Regenverhältnisse und war nicht besonders

von Frösten bedroht, obgleich das gesamte Gebiet über 2000 m hoch liegt. Hauptkulturen waren Mais und Bohnen, also die Grundnahrungsmittel Mexicos. Schon die Voruntersuchungen für das Projekt brachten sehr interessante Ergebnisse. So stellte sich zum Beispiel heraus, daß zwar über die Hälfte der Bauern des Gebiets bereits von Hybrid-Mais gehört hatten. Nur 15 % hatten sich jedoch zu einem Versuch mit diesen Sorten entschlossen, und nur 0,8 % aller Bauern bauten sie zum Zeitpunkt des Projektbeginns an. Als Grund gaben die Bauern in der Regel an, daß die tatsächlichen beziehungsweise erwarteten Erträge kaum höher seien als die mit ihren Landsorten erreichbaren. Interessanterweise stellte sich im Verlauf der folgenden Jahre dann heraus, daß auch die CIMMYT-Wissenschaftler bei ihren Versuchen, genetische Verbesserungen im Projektgebiet zu entwickeln, kaum Erfolg hatten. Die Maiszucht wurde wieder in die Versuchsstationen zurückverlegt.

Die Wissenschaftler fanden auch heraus, warum die Bauern mit Hochertragssorten nur wenig anfangen konnten. Sie erfuhren, daß nicht Spitzenerträge bei einer bestimmten Frucht, sondern möglichst sichere Gesamterträge über die Jahre das wichtigste Ziel der Bauern ausmachte. Sie waren zum Beispiel vielmehr daran interessiert, daß eine Sorte schneller reifte, weil sie dann besser in die günstige Pflanzenperiode paßte und sich die Gefahr verminderte, daß sie zu Beginn noch zu wenig Wasser bekam oder am Ende bereits in die ersten Fröste geriet. Es war leicht zu verstehen, daß auf diese Weise der tatsächliche Gesamtertrag weit mehr gesteigert werden konnte als durch die züchterische Ertragssteigerung, die auf optimalen Umweltbedingungen basierte.

Weiter ergab sich, daß Bauern großes Interesse an Sorten mit verschiedenen Vegetationsdauern und damit Pflanzzeitpunkten hatten, nicht nur wegen der Risikostreuung, sondern auch weil dann die Arbeit des Pflanzens besser verteilt werden konnte. Auch die häufig praktizierten Mischkulturen erwiesen sich als sehr sinnvoll. Die Berechnungen bei der Auswertung des Projekts ergaben, daß weder Mais noch Bohnen allein einen gleich hohen Ertrag bringen konnten wie die Mais-Bohnen-Mischkultur. Obendrein konnte dabei noch erheblich Dünger gespart werden.

Auf der Ebene der biologischen Techniken brachte dieses Projekt also eine Fülle von Informationen über die Bedürfnisse der Kleinbauern, was die Beschaffenheit ihrer Varietäten und ihrer landwirtschaftlichen Methoden angeht. Darüber hinaus aber wurden auch die gewaltigen institutionellen beziehungsweise gesellschaftlichen Hindernisse deutlich, die einer Anwendung der bislang entwickelten neuen Technologie im Wege standen. Es stellte sich beispielsweise heraus, daß die mexikanischen Banken erst nach schwierigen Verhandlungen mit dem CIMMYT überhaupt dazu gebracht werden konnten, Kredite an Kleinbauern zu vergeben, und auch erst, als das CIMMYT selbst Bürgschaften übernahm. Auch die Versicherungen waren trotz der Beteiligung des CIMMYT an dem Projekt nicht bereit, die Ernten von Kleinbauern zu versichern, die sich an den Projektversuchen beteiligten. Die CIMMYT-Leute gingen dann dazu über, die Kleinbauern in Kooperationsgruppen zu organisieren, die dann die handlungsfähigen Partner der verschiedenen Institutionen wurden.

In den folgenden Jahren führte das CIMMYT eine Reihe von »Akzeptanz-Studien« (adoption studies) in verschiedenen Teilen der Welt durch, die alle zum Ziel hatten, die Handlungsbedingungen der Kleinbauern zu erforschen, die sie zum Annehmen oder Verweigern der angebotenen modernen Technologien brachten. Auch in diesen Studien kamen zahlreiche Ergebnisse zutage, die das Selbstverständnis und die Handlungsprämissen der CIMMYT-Forscher in Frage zu stellen geeignet waren.



*Ein thailändischer Farmer untersucht Hirse, die in einem Experiment als zweite Frucht während der Trockenperiode angebaut wird.*

So stellte man zum Beispiel in Ägypten fest, daß die Mais anbauenden Kleinbauern dort ebenso am Maisblatt als Viehfutter wie am Korn als Nahrungsmittel interessiert waren. Dabei hatten sie eine bestimmte Technik entwickelt, dem Mais während des Wachstums einen Teil der Blätter abzunehmen. Unter den Versuchsbedingungen der CIMMYT-Forscher mußte das unweigerlich zu erheblichen Einbußen im Kornertrag führen. In Ägypten, so mußten sie lernen, verstanden es die Bauern jedoch, dabei so vorzugehen, daß der Verlust minimal war, sie die Pflanze also zweifach nutzen konnten. Natürlich mußte ein Mais, der solchen Anforderungen entgegen kam, ganz anders beschaffen sein als ein lediglich auf möglichst hohen Kornertrag gezüchteter Mais.

Andere Ergebnisse bestätigten die bereits in Puebla gemacht Erfahrung von der großen Bedeutung der Vegetationsperiode. So war es in Ecuador möglich, durch die Einführung einer Varietät mit kürzerer Wachstumsdauer beim Mais eine zweite Jahresernte innerhalb der Mais-Bohnen-Mischkultur zu ermöglichen. Dadurch wurde natürlich wieder ein weit größerer Ertragszuwachs erzielt als mit der Einführung einer Hochertragssorte. In Tansania fand man ein eigenartiges System der Maispflanzung vor, bei dem der Mais zu drei verschiedenen Terminen ausgesät wurde. Erst längere genaue Untersuchungen ließen die Wissenschaftler erkennen, daß dieser zunächst von ihnen mit Belustigung aufgenommenen Praxis ein ganzes Bündel guter Gründe, die sowohl in den lokalen ökologischen Bedingungen als auch in der Arbeitsorganisation der Bauern gefunden wurden, zugrunde lag.

Schließlich wurden auch die Mechanismen deutlich, die die Bauern zur Annahme der Hochertragssorten bewogen beziehungsweise sie davon abhielten. Die Untersuchung der Akzeptanz neuer Gerste-Sorten im Hochland von Mexico in unmittelbarer Nachbarschaft des CIMMYT selbst ergab folgenden Zusammenhang. Zunächst stellte sich heraus, daß die vom CIMMYT entwickelten Sorten nur Ertragszuwächse von 3 % (im Regenfeldbau) beziehungsweise 11 % (bei Bewässerung) brachten gegeüber den bislang verwendeten Landsorten. Im Bewässerungsgebiet war die Verwendung dieser Sorten fast risikolos, im unbewässerten Gebiet dagegen brachten sie immerhin in einem von drei Jahren schlechtere Erträge als die alten Sorten. Zudem schnitt die neue Varietät nur bei »hohem Management«, also bei genauer Pflege besser ab als die Landsorte.

Dennoch übernahm der größte Teil der Bauern die neuen Sorten. Das lag einmal daran, daß die neuen Techniken wie Pestiziden und vor allem Dünger sehr billig war. Entscheidend aber war wohl der Einfluß der Abnehmer, der Brauereien, die nicht nur für den generellen Zuwachs des Gersteanbaus in der Region sorgten, sondern auch dafür, daß die Bauern die von ihnen gewünschten uniformeren Sorten anbauten. Hier wurde also ein klarer Zusammenhang zwischen der Veränderung der Marktbeziehungen in Richtung auf stärkere Außensteuerung, der Verschiebung in den angebauten Kulturen und der Abwendung von alten Sorten zugunsten uniformer moderner Varietäten deutlich.

Die Ergebnisse all dieser verschiedenen Studien mußten das Selbstverständnis der CIMMYT-Forscher beträchtlich erschüttern. Auf der biologisch-technischen Ebene stellte sich also heraus, daß in aller Regel anderes gefragt war, als die vielgepriesenen Hochertragssorten, die immerhin einen Nobelpreis und auch sonst weltweite Anerkennung gebracht hatten. Und außerdem erwies sich, daß es keineswegs genügte, neue Sorten nur zu entwickeln, sondern daß das viel größere Problem darin bestand, sie zur Anwendung zu bringen. Als im Verlauf des Puebla-Projekts deutlich wurde, welche gigantische Aufgabe man sich mit der Idee, die neuen Technologien den Kleinbauern zu vermitteln, aufgeladen hatte, zog das CIMMYT die angesichts der sich abzeichnenden Erfolge dieses Projekts eigenartig anmutende Konsequenz, daß es aus dem Projekt ausstieg (1973).

Als Begründung wurde angegeben, daß es mit der Aufgabenstellung des Instituts nicht zu vereinbaren sei, ein so komplexes Projekt durchzuführen, daß vielmehr andere nationale oder internationale Organisationen die Arbeit fortführen müßten. In der Tat konnte es nicht Aufgabe eines Züchtungsinstitutes sein,m die ganze Problematik der Umsetzung seiner Ergebnisse auch noch in die Hand zu nehmen. Edwin Wellhausen, zu dessen Zeit als CIMMYT-Direktor das Puebla-Projekt angepackt wurde, meint auch heute, daß man die Zuständigkeiten nicht vermischen sollte, obgleich er selbst inzwischen in der Arbeit der Vermittlung der neuen Technologien an die Kleinbauern die wichtigste Arbeit sieht:
»Auf der Ebene der internationalen Zentren sind große Kapazitäten an Wissen und Erkenntnissen vorhanden. Aber solange auf der Ebene der praktischen Umsetzung dieser Forschungsergebnisse nicht erhebliche Schritte nachgeholt werden und dementsprechend eine Rückmeldung an die internationalen Institute und damit Vorgaben für ihre weitere Forschungsarbeit, solange wird ihre Arbeit etwas orientierungslos bleiben.« (Interview, Januar 82)
Die Besorgnis über die aufgezeigten Grenzen der herkömmlichen Methoden der Grünen Revolution war aber immerhin so groß, daß die Geldgeber des CIMMYT ihm eine »Wirtschaftsabteilung« anfügten, nicht gerade zur Freude der an Grundlagenforschung allein interessierten Biologen, wie berichtet wird. Diese Wirtschaftsabteilung war es, die die angeführten Akzeptanzstudien durchführte und sich auf dieser Grundlage bemühte, wenigstens Ansätze zu einer an den Bedürfnissen der Kleinbauern ausgerichteten Forschungsstrategie in das CIMMYT hineinzutragen.
Elemente einer solchen Orientierung lassen sich durchaus ausmachen. Die reine Oreientierung am Hochertrag ist heute nicht mehr oberstes Leitziel. So ist man beispielsweise bereits weit vorangekommen in der Entwicklung lysinreichen Maises, ein Ziel, das aufgrund einer Analyse der Zusammensetzung der Grunddiät von Mittelamerika, Mais und Bohnen, formuliert worden war. Die besten Sorten sollen bereits eine Qualität der Eiweißzusammensetzung des Maises erreicht haben, die 90 % der Milcheiweißqualität entspricht. Freilich bleibt auch hier wieder das Problem der Anwendung: Trotz der hohen Qualität ist dieser Mais noch nicht marktfähig, da er noch etwas unter den üblichen Erträgen zurückbleibt und die Eiweißqualiltät nicht

sichtbar ist — ein Problem, das bei entsprechender Organisation des Anbaus und der Verteilung der Ernte sicherlich lösbar wäre. Auch die genannten Fragen der Vegatationsperioden, der Mehrfachnutzung unter anderem spielen heute bei der Forschung des CIMMYT durchaus eine gewichtige Rolle. Nicht zuletzt sollte erwähnt werden, daß sich CIMMYT nicht mit der Entwicklung von Maishybriden beschäftigt. Als Begründung wird nicht nur angegeben, daß das Aufgabe der kommerziellen Züchtung sei, sondern auch, daß man hierin keine Perspektive für die Kleinbauern sehe.

Gegenüber der Hochertragseuphorie der 50er und 60er Jahre liegt hier ohne Zweifel ein erheblicher Fortschritt, zumal wenn man die objektiven Schwierigkeiten bedenkt, die hinsichtlich der Anpassung an die vielfältigen Bedürfnisse von Kleinbauern bei einem Institut bestehen, das weltweit orientiert ist und dementsprechend abgehoben von den konkreten Erfordernissen operieren muß.

Dennoch muß hier auf eine grundlegende Beschränktheit dieses neuen Wegs hingewiesen werden. Auch die Orientierung auf die Kleinbauern und die Einbeziehung ihrer sozialen Lage in die Problemstellung für die Forschung geht letztlich von der nicht mehr hinterfragbaren Prämise aus, daß die Verbreitung moderner landwirtschaftlicher Technologie, und insbesondere besseren Saatguts der Schlüssel jeglichen Erfolgs sein müsse. Nicht von einer umfassenden Analyse der Lage der Kleinbauern und der Frage, wie ihm überhaupt geholfen werden könne. Nicht ob zum Beispiel die Aufnahme eines Kredits vielleicht seine Abhägigkeit vergrößert, sondern wie er ihn bekommen kann, wird gefragt. Nicht wie insgesamt ein ökologisch angepaßtes Produktionssystem entwickelt oder verbessert werden kann, sondern wie das Geldeinkommen erhöht werden kann, wird untersucht.
Hier wird man dem CIMMYT sicherlich die gleichen Fragen stellen müssen, wie sie der berühmten Kleinbauernstrategie der Weltbank unter McNamara gestellt worden sind.
Übrigens: Das CGIAR und die Weltbank sind personell und finanziell eng verbunden.

Rainer Huhle

(vgl. zum Thema auch: blätter des iz3W Nr. 90, S. 23)

Hier wird man dem CYMMIT sicherlich die gleichen Fragen stellen müssen, wie sie an die Kleinbauernstrategie der Weltbank (mit der das CYMMIT ja personell und finanziell eng verbunden ist) gerichtet werden (s. a. »Blätter des iz3w« Nr. 87), ob nämlich die technische und finanzielle Hilfe für die Kleinbauern nicht letztlich darauf hinausläuft, daß ein Teil dieser Kleinbauern gefördert und gleichzeitig durch die Einbindung in eine kommerzialisierte Landwirtschaft abhängig gemacht werden, während der andere Teil verarmt und letztlich seines Landes und damit seiner Subsistenzgrundlage beraubt wird.

World Bank, Agricultural Research, Secta policy paper, Juni 1981
Tetzlaff Rainer, Die Weltbank, München 1980
Payer, Cheryl, The World Bank and the small farmers, Manuskript 1979
CYMMIT, The Puebla Project, Seven Years of Experience 1967—73, Mexico 1974
CYMMIT Today, verschiedene Ausgaben sowie weitere CYMMIT-Publikationen

# Die Südmolluker in den Niederlanden — von der Weltöffentlichkeit vergessen

**Seit 31 Jahren lebt eine inzwischen über 40.000 Personen zählende Gemeinschaft der Südmolukker in den Niederlanden und wehrt sich gegen alle Integrations- und Assimilationsversuche. Die Weltöffentlichkeit nimmt nur bei Terroranschlägen von ihr Notiz.**

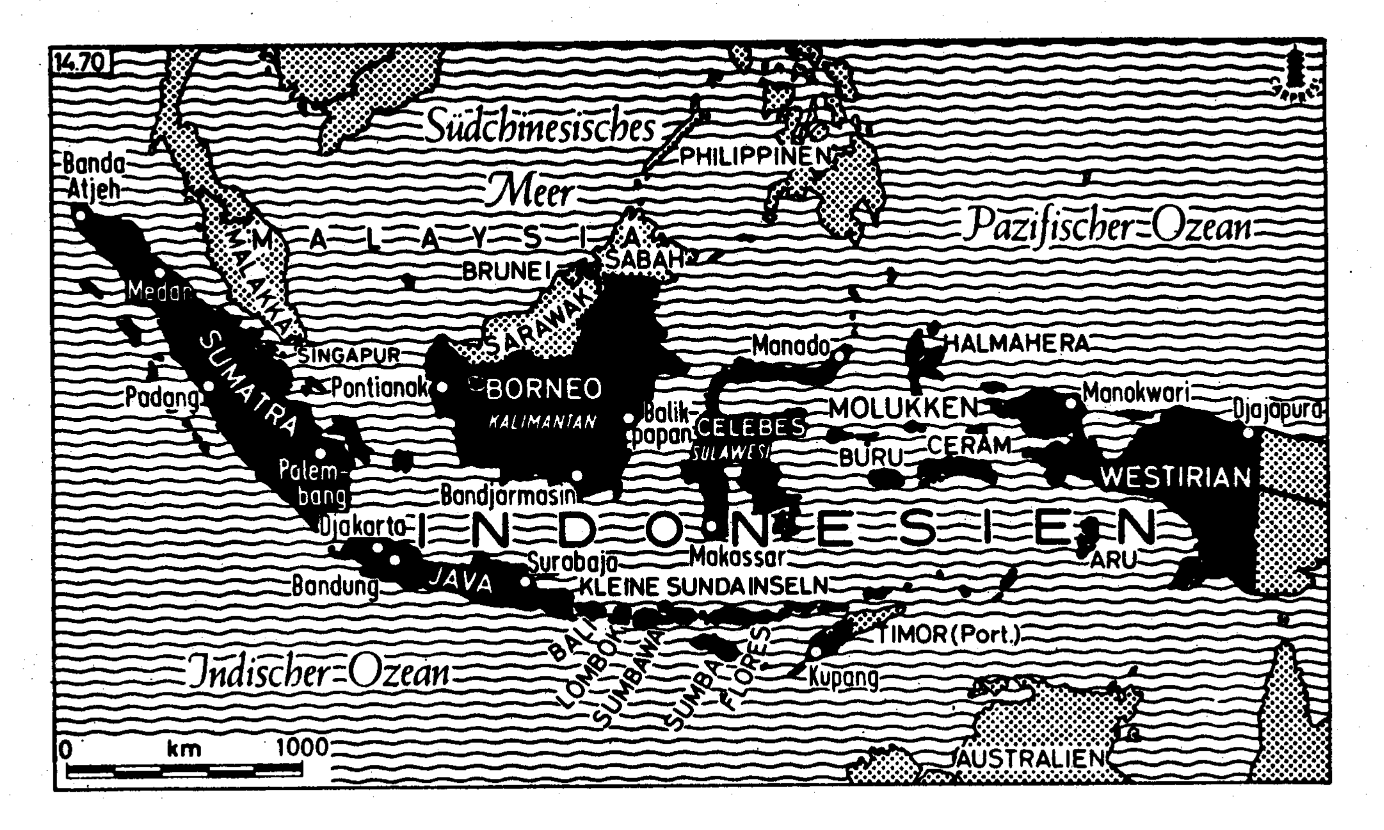
Südmolukker – wer denkt dabei nicht gleich an Geiselnahmen und andere spektakuläre Aktionen einiger Jugendlicher 1970, 1975 und 1977 in den Niederlanden? Allenfalls sind die Molukken darüber hinaus noch als Gewürzinseln bekannt. Doch was war der Hintergrund dieser verzweifelten Aktionen junger Südmolukker, internationale Aufmerksamkeit zu erregen und warum wehren sich die südmolukkischen Gemeinden in den Niederlanden so sehr gegen alle Integrations- und Assimilationsbestrebungen der niederländischen Regierung?

**Zur Vorgeschichte**

Mit der Kolonie 'Niederländisch-Indien' (heute Indonesien) hatte die Kolonialmacht Niederlande verschiedenste Völker malaiischer und melanesischer Herkunft 'vereint', ohne Rücksicht auf die teilweise große ethnische, historische und kulturelle Verschiedenartigkeit dieser Völker. Die Völker am Ostrand des indonesischen Machtbereichs (Nord- und Südmolukker, Westpapuas und Timoresen) fühlen sich der melanesischen Volksgruppe zugehörig – im Unterschied zu den malaiischen Völkern des Westens.

Von 1942 bis 1945 übernahmen die Japaner die Macht über dieses Imperium. Nach der Niederlage der Japaner und dem Ende des 2. Weltkriegs war die Zeit der Entkolonisierung gekommen. Die Niederländer führten dabei eine Doppelstrategie: einerseits versuchten sie durch eine massive Polizeiaktion 1947/48 ihre Herrschaft so lange wie möglich aufrecht zu erhalten – andererseits nahmen sie an Konferenzen teil, die die Entlassung der Kolonie in die Unabhängigkeit und die Struktur des künftigen Staates regeln sollten. Bei diesen Konferenzen ging es vor allen Dingen darum, wie die legitimen Rechte der verschiedenen Völker auf Selbstbestimmung ihrer eigenen Geschicke verwirklicht werden konnten.

Die wichtigste dieser Konferenzen fand in Linggadjati (im Riau-Archipel südlich der malaiischen Halbinsel gelegen) statt. Das Abschlußdokument, das von Vertretern der niederländischen Regierung und der indonesischen Unabhängigkeitsbewegung am 16. November 1946 unterzeichnet wurde, legte fest, daß der neue Staat eine föderative Republik mit 16 Einzelstaaten unter dem Namen 'Vereinigte Staaten von Indonesien' sein sollte. Bei Nichteinhaltung der föderalistischen Prinzipien durch einen Teilstaat oder bei einer freien Willenskundgebung der Mehrheit der Bevölkerung, sollte es jedem Einzelstaat möglich sein, die Föderation zu verlassen.



Die Vereinbarungen passierten am 20. Dezember 1946 das niederländische Parlament.

### Die Situation auf den Südmolukken

Zu den Unterzeichnern dieses Abkommens gehörten auch die Vertreter der Südmolukker, eines Volkes von knapp 2 Mio. Menschen. Sie erhielten noch zur Kolonialzeit, am 20. August 1946, den Status eines autonomen Gebietes mit einem eigenen Landtag, dem 'Südmolukkerrat'. Dieser erklärte am 11. März 1947 den Eintritt der Südmolukker in den Teilstaat Ostindonesien, der einer der größten der 16 Teilstaaten der Föderation war, auf der Grundlage des Linggadjati-Abkommens.
Die Südmolukker sind eine der wenigen mehrheitlich christlichen Volksgruppen im indonesischen Staatenverbund. Die Niederländer nutzten das aus und veranlaßten einige tausend Südmolukker durch gezielte anti-islamische und anti-kommunistische Propaganda, der niederländischen Kolonialarmee beizutreten.
Am 27. Dezember 1949 entließen die Niederländer nach 400 Jahren Kolonialzeit ihr Imperium offiziell in die Unabhängigkeit.
Die Tinte unter den verschiedenen Abkommen, die den Charakter des neuen Staates festlegen solltn, war kaum getrocknet, da zeigte sich schon, daß die völkerrechtlich verbindlichen Bestimmungen das Papier nicht wert waren: Die neue Machtelite unter Präsident Sukarno, die fast ausschließlich aus Politikern der beiden westindonesischen Inseln Java und Sumatra bestand, begann einen von der Hauptstadt Djakarta/Java aus gelenkten Einheitsstaat zu errichten. Aus den 'Vereinigten Staaten von Indonesien' wurde die 'Republik Indonesien'; das föderalistische Prinzip wurde völlig mißachtet.
Aufgrund dieser Ereignisse und in Übereinstimmung mit den Linggadjati-Vereinbarungen beschlossen die gewählten Vertreter der Südmolukker, aus dem indonesischen Staatenverbund auszutreten. Am 25. April 1950 riefen sie ihre eigene Republik, die R.M.S. (= Republik Maluku Selatan, Republik Süd-Molukken) aus.
Die Reaktion der Zentralregierung ließ nicht lange auf sich warten: Am 17. Juni begann eine militärische Kampagne gegen die Südmolukker. Obwohl die indonesische Armee mit Beständen der niederländischen Kolonialarmee ausgerüstet, den Südmolukkern weit überlegen war, hielt der Widerstand gegen die Übermacht lange an; erst am 5. Dezember 1950 wurde die Hauptstadt Amboina eingenommen. Daraufhin flohen die südmolukkischen Soldaten und die Regierung auf die größte südmolukkische Insel Ceram, wo sie bis zu Beginn der 60er Jahre einen zeitweilig sehr erfolgreichen Guerillakrieg führten. Im Oktober 1963 wurde ihr Präsident und Oberbefehlshaber Dr. Christian Soumokil gefangengenommen und 1966 hingerichtet.
Der fast eineinhalb Jahrzehnte dauernde Widerstand eines kleinen Volkes gegen einen übermächtigen Gegner ohne irgendwelche internationale Unterstützung wäre nicht möglich gewesen, ohne daß die Idee der freien Republik Süd-Molukken fest im Bewußtsein breiter Bevölkerungsschichten gewesen wäre.

### Die Südmolukker in den Niederlanden

Als auf den Südmolukken die R.M.S. ausgerufen wurde, befanden sich 3.678 südmolukkische Soldaten (einschließlich der Angehörigen etwa 12.500 Menschen) der niederländischer Kolonialarmee auf Java. Sie forderten von den Niederlanden, entweder in ihrer südmolukkischen Heimat, in befreiten Gebieten, oder auf West Papua (damals noch unter niederländischem Protektorat) demobilisiert zu werden.

Aus Rücksicht auf die neue Regierung in Djakarta verweigerte die Regierung in Den Haag den Menschen, die für sie gegen die Japaner gekämpft hatten, dieses Ansinnen. Stattdessen beabsichtigte sie, die Soldaten auf Java, also auf feindlichem Territorium, zu demobilisieren. Dies wäre eine ernsthafte Bedrohung für Leib und Leben der 12.500 Menschen gewesen.
Um das Schlimmste abzuwenden, intervenierten einflußreiche Südmolukker beim Obersten Gerichtshof in Den Haag, der es schließlich der eigenen Regierung am 2. November 1950 verbot, die Soldaten auf Java zu demobilisieren. Bei diesem Gerichtsspruch wurde zudem die R.M.S. als juristische Person anerkannt.
Da Den Haag, wie erwähnt, auch nicht bereit war, die Soldaten in ihre Heimat, die Südmolukken, zu entlassen, beschloß die Regierung, die 12.500 Personen gegen ihren Willen in die Niederlande zu deportieren und dort zu demobilisieren. Im Februar 1951 verließ das erste Schiff mit Südmolukkern Java in Richtung Europa.
Dort wurden sie anfangs in ehemaligen Konzentrationslagern der Nazis untergebracht. Die Deportierten glaubten, der Aufenthalt würde nur einige Wochen oder Monate dauern; die Niederländer, denen klar war, daß es für die Menschen aus ihrer fernen ehemaligen Kolonie kein Zurück in eine freie 'Republik Süd-Molukken' geben würde, hofften, daß sich das Problem lösen würde, indem sich die Südmolukker über das Land verteilten und assimilierten. Diese Hoffnung hat sich bis heute nicht erfüllt und nichts deutet daraufhin, daß sie sich in absehbarer Zeit erfüllen könnte.

**Die heutige Situation**

Zwar leben die Südmolukker nicht mehr in ehemaligen Konzentrationslagern, sondern verteilt auf ca. 60 Siedlungen mit zwischen 500 und 1.500 Personen in verschiedenen Teilen des Landes, doch der Zusammenhalt und das Bewußtsein der eigenen Identität ist noch so stark wie 1951. Alle lukrativen Angebote und offenen Drohgebärden der niederländischen Regierung, die auf eine Auflösung der Gemeinschaften abzielen, wurden konsequent zurückgewiesen. Kulturgruppen und politische Organisationen sind die Bande zwischen den Gemeinden. Die Zentren des Gemeinschaftslebens sind das Gemeindehaus und die Kirche der 'Geredja Protestan Maluku', der südmolukkischen Evangelischen Kirche. Bereits 1934 hat sich diese Kirche von der niederländischen 'Mutterkirche' getrennt.
Eng verflochten mit der kirchlichen Praxis ist der politische Kampf. Seit der Hinrichtung Soumokils 1966 befindet sich die Regierung der R.M.S. im niederländischen Exil. Exilpräsident und Nachfolger Soumokils ist der Ingenieur J. A. Manusama.
Die niederländische Regierung tut alles, um die politischen Aktivitäten der Südmolukker zu erschweren. Das reicht von Behinderung der Reiseaktivitäten (erschwerte Erteilung von Visa), Diskriminierungen und Benachteiligungen von Aktivisten bei der Arbeitssuche, bis hin zu offenem Druck. Zu-



dem hat die isolierte Situation der Südmolukker und das totale Desinteresse der internationalen Öffentlichkeit eine Vielzahl von sozialen Problemen mit sich gebracht. Die Arbeitslosigkeit und Drogenabhängigkeit in den Gemeinden ist sehr hoch.
Auf diesem Hintergrund sind die Anschläge auf die indonesische Botschaft 1970 sowie auf Schulen und Züge 1975 und 1977 als verzweifelter Versuch zu sehen, eine größere Öffentlichkeit auf die rechtlose Situation dieses Volkes aufmerksam zu machen.

**Perspektiven**

Die Südmolukker gehören zu den Völkern, an denen die Entkolonialisierung vorbeigegangen ist. Doch während andere Völker mit einem ähnlichen Schicksal (etwa die Palästinenser) eine internationale Öffentlichkeit auf ihrer Seite wissen und sich im Rahmen der UNO als NGO (Non Governmental Organisation) zusammenschließen und artikulieren können, bleiben den Südmolukkern bis heute diese Möglichkeiten verschlossen; sie haben keine Lobby.
Natürlich ist den Südmolukkern in den Niederlanden bewußt, daß sie heute nur Aussicht auf Veränderung ihrer Situation und des Schicksals ihrer Heimat haben, wenn sie mit den anderen oppositionellen Gruppen gegen das Militärregime in Djakarta zusammenarbeiten; den Gewerkschaften, den politischen Parteien und den anderen ethnischen Gruppen, die teilweise ein noch schlimmeres Schicksal erlitten haben, wie die Westpapuas (150.000 Tote seit der indonesischen Invasion 1962) und die Osttimoresen (200.000 Tote seit dem Überfall 1975).
Als erster Schritt zu einem Zusammenschluß wurde im April 1981 in Den Haag die 'West Melanesien Triple Alliance' gegründet, der Vertreter der Osttimoresen, Westpapuas und Südmolukker angehören.

**Rückkehr**

Indonesiens Präsident General Suharto hat den 'gutwilligen' Südmolukkern mehrmals angeboten zurückzukehren, ohne Repressalien ausgesetzt zu sein. Warum nur etwa 800 der mehr als 40.000 Südmolukker von diesem 'Angebot' Gebrauch gemacht haben, erklärt Pastor S. Metiary, einer der Führer der südmolukkischen Gemeinden, indem er die derzeitige Situation in Indonesien wie folgt charakterisiert:
'Eine Republik, deren Führer, eine Gruppe neokolonialistischer Herrscher sich von der sogenannten Entwicklungshilfe der ganzen Welt abhängig machen, eine korrumpierte Republik, die unfähig ist, ihre wirtschaftlichen Probleme zu regeln und Millionen hungern läßt. Staatsoberhaupt dieser Republik ist General Suharto, dessen Hände mit Blut hunderttausender indonesischer Kommunisten und Nichtkommunisten befleckt ist, der zehntausende unschuldiger Papuas in Westneuguinea, unsere nächsten Nachbarn, hinschlachtete und der auch unseren größten Freiheitskämpfer Dr. Christian Soumokil, auf dem Gewissen hat.'
Um die Situation der Minderheitenvölker unter indonesischer Herrschaft bekannter zu machen, bereiten Exilorganisationen der Südmolukker, Westpapuas und Osttimoresen, sowie die Gesellschaft für bedrohte Völker ein internationales Tribunal vor, das im Frühjahr 1983 in den Niederlanden stattfinden soll. Informationen dazu bei:
Gesellschaft für bedrohte Völker, Postfach 159, 3400 Göttingen.
Spenden für die Vorbereitung des Tribunals bitte auf das Konto Nr. 7400 PSchAmt Hamburg der GfbV, Stichwort 'West-Melanesien Tribunal'.

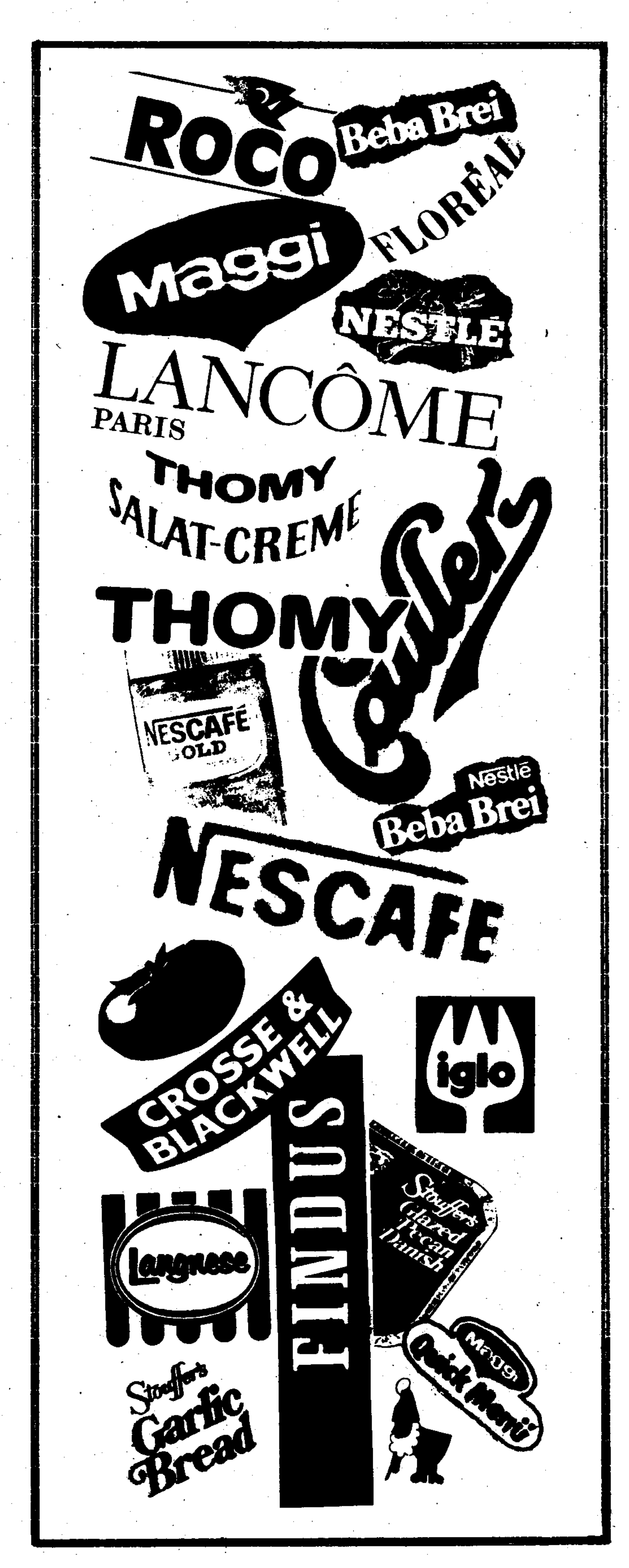
Klemens Ludwig

*Aktionsgruppen*

# Nestlé — Boykott in der BRD

**Nestlé-Boykott in der Bundesrepublik**

Seit Jahren ist Kinderärzten und anderen Fachleuten in der Dritten Welt, inzwischen aber auch Teilen der Öffentlichkeit bei uns und den Regierungen in der Dritten Welt bekannt, daß künstliche Babynahrung, die meist von Multis wie Nestlé verkauft wird, mitverantwortlich ist für die erhöhte Säuglingssterblichkeit in den Entwicklungsländern (siehe hierzu: „Die Nestlé-AG ist entlarvt", blätter des iz3w, Nr. 55, August 1976 und „WHO-Kodex gegen Milchkonzerne"; blätter des iz3w, Nr. 94, Juni 1981). Da der Nestlé-Konzern etwa 50 % der Milchpulverexporte in die Dritte Welt bestreitet, steht er besonders im Kreuzfeuer der Kritik. Um wirksam Druck auf Nestlé auszuüben, haben Gruppen und Organisationen in den USA, in Kanada, Australien, Großbritannien und Schweden Boykottkampagnen gegen Nestlé-Produkte durchgeführt. In den USA ist der Boykott besonders breit angelegt und wird unter anderem von kirchlichen Institionen unterstützt. Der Gewinn Nestlés ging 1980 in den USA um 16 % zurück.
Nun besteht seit einem Jahr hier in der BRD die „Aktionsgruppe Babynahrung" (AGB), die es sich zur Aufgabe gemacht hat, einen Boykott von Nestlé-Produkten auch in der Bundesrepublik zu organisieren. Diese Gruppe gibt regelmäßig einen Rundbrief heraus, der über Aktionserfahrungen von Boykottgruppen in der BRD berichtet und an Hand einzelner Fälle nachweist, daß Nestlé gegen den von der Weltgesundheitsorganisation erlassenen Kodex über den Verkauf von künstlicher Babynahrung verstößt. Auch berichtet der Rundbrief über die Maßnahmen, die von Seiten der Regierungen der Länder der Dritten Welt gegen die Praktiken der Milchmultis unternommen werden. Der Rundbrief ist zum Stückpreis von DM 2,– (incl. Porto) bei der AGB erhältlich. Über die AGB können weitere Materialien bezogen werden (Aufkleber, Kurzbroschüren, Flugblätter).
Ziel des Boykotts ist es, einer breiten Öffentlichkeit die Zusammenhänge zwischen den Praktiken der Milchpulverhersteller und der Erkrankung und dem Tod zahlreicher Säuglinge und Kleinkinder in der Dritten Welt deutlich zu machen und durch einen Kaufboykott ein wenig zur Änderung dieser Praktiken beizutragen. Das Mittel des Boykotts schafft auch für Einzelne, die nicht in einer Gruppe organisiert sind, die Möglichkeit, sich nach ausführlicher Information durch ein bewußtes Verhalten beim Einkaufen zu engagieren.
Eine ausführliche Information muß den Boykottaufruf begleiten. Unsere Gruppe in Freiburg hat sehr gute Erfahrungen mit dem Film „Flaschenkinder" von Peter Krieg gemacht, der die Auswirkungen künstlicher Babynahrung sehr eindringlich darstellt und als Einstieg in eine Diskussion über die Politik der Milchkonzerne und über Aktionsmöglichkeiten gegen diese Politik gut geeignet ist (erhältlich gegen Gebühr bei: Verleihgenossenschaft, Alfonsstr. 1, 8000 München 19, Tel. 089/1901208; kostenloser Verleih durch: Matthias-Verleih, Gänsheidestr. 67, 7000 Stuttgart 1, Tel.0711/240512, durch einige Landesbildstellen und evangelischen Medienzentralen sowie die Kath. AV-Medienzentrale Köln, Postfach 180302, 5000 Köln 1, Tel.0221/242992).



**Nestlé - Produkte**
**(z.T. mit Nestle-Beteiligungen)**

| | |
|---|---|
| Babynahrungsmittel: | Alete |
| | Nestogen |
| | Beba |
| Getränke: | Nescafé |
| | Ali-Kaffee |
| | Carokaffee |
| | Nescao |
| | Nesquick |
| | Nestee |
| | Frisco-Brause |
| | Goldener Oktober |
| Milchprodukte: | Bärenmarke |
| | Libbys |
| | Gervais |
| | Chambourcy |
| Süßwaren: | Sarotti |
| | Nestlé Crunch |
| | Langnese |
| | Jopa |
| Kosmetika: | L'Oreal |
| | Lancome |
| | Claudel |
| | Vichy |
| Tiefkühlprodukte: | Findus |
| | Iglo |
| Verschiedenes: | Maggi |
| | Thomy |

Für Informationsstände in der Stadt kann unterstützendes Material bei der AGB bestellt werden.
Der von der Weltgesundheitsorganisation erlassene Kodex zur Vermarktung von künstlicher Babynahrung schränkt die Werbung für Muttermilchersatzprodukte zwar stark ein, er ist jedoch juristisch nicht verbindlich und ein Verstoß gegen den Kodex ist damit ohne Sanktion möglich. Aus diesem Grunde hat die AGB die im Kasten abgedruckte Petition entworfen, mit der gefordert wird, die Empfehlungen des WHO-Kodexes auch in der BRD gesetzlich zu verankern. Die AGB bittet, die Petition so bald wie möglich an das Bundesgesundheitsministerium zu senden.
Nestlé, das die Verabschiedung des WHO-Kodexes noch 1981 vehemment bekämpfte, bemüht sich seit einiger Zeit, sich als lammfrommer Verteidiger des Kodexes darzustellen. IBFAN, die internationale Organisation der Gegner künstlicher Babynahrung hat jedoch zahlreiche grobe Verstöße Nestlés gegen den Kodex zusammengetragen. Z.B. wurde im Januar 1982 in einer Poliklinik in Nicaragua von einem Nestlé-Vertreter eine Schrift „Ratschläge für Mütter" verteilt. Die Schrift weist weder auf die Vorteile des Stillens noch auf den negativen Effekt für das Stillen, wenn teilweise Flaschenfütterung eingeführt wird, hin und enthält keine Informationen über Gesundheitsschäden durch unnötige Flaschenmilchernährung. Außerdem erließ Nestlé im März 1982 eigene Anweisungen an alle Gesellschaften ihrer Gruppe, die weit hinter den Forderungen des WHO-Kodexes zurückbleiben. Die Anweisungen beschränken sich z.B. nur auf die Werbung von Säuglingsmilchprodukten für die ersten vier Lebensmonate des Säuglings, während der WHO-Kodex alle Muttermilchersatzprodukte umfaßt. Dies zeigt, daß die Bemühungen gegen die aggressiven Werbemethoden von Nestlé durch einen Boykott seiner Produkte Druck auszuüben, nichts an Dringlichkeit verloren haben. Die Bemühungen Nestlés, seine Weste reinzuwaschen, zeigen, daß der Konzern breitenwirksam angelegte Boykottkampagnen durchaus ernst nimmt.
Die nachfolgend abgedruckte Boykotterklärung sollten möglicht viele Gruppen und Einzelpersonen unterschreiben und an die AGB senden. Und noch etwas ist wichtig: auch wenn ein Produkt von Nestlé ist, muß es nicht Nestlé heißen. Deswegen im folgenden eine Zusammenstellung von Marken, die dem Nestlé-Konzern gehören. hiwe

## Offizielle Unterstützung des Nestlé-Boykotts

*Ich/Wir, . . . . . . . . . . . . . . . . . . . . . . . . . , unterstütze/n den Nestlé-Boykott.*
*Wir wissen, daß die unsachgemäße Anwendung von künstlichen Babymilchprodukten nicht die einzige Ursache für Unterernährung und Tod ist; aber wir meinen, daß für viele Mütter und Säuglinge der Gebrauch von Flaschenmilchprodukten unnötig und gefährlich ist – besonders in den Entwicklungsländern.*
*Die sozialökonomischen Bedingungen in den Entwicklungsländern machen weitgehend einen sicheren Gebrauch dieser Produkte unmöglich.*
*Schmutziges Wasser, die fehlenden hygienischen Voraussetzungen zum Sterilisieren der Flasche und ein unzureichendes Einkommen gefährdet das Leben der Säuglinge und das der Familie.*
*Stillen dagegen ist die gesündeste und billigste Art, Säuglinge zu ernähren. Über 95 % aller Frauen sind körperlich in der Lage zu stillen.*
*Die unverantwortliche Werbung für somit ein gefährliches und oftmals unnötiges Produkt spiegelt ein unmoralisches Geschäftsverhalten wieder. Als der mit Abstand größte Babynahrungsmittelhersteller handelt der Nestlé-Konzern im höchsten Grade unverantwortlich, indem die Firma weiterhin Werbung für künstliche Babymilchprodukte betreibt.*
*Wir fordern daher Nestlé und die anderen Firmen dazu auf, diese Werbung einzustellen.*
*Wir werden keine Nestlé-Produkte kaufen oder verkaufen bis Nestle die folgenden Forderungen, die den Empfehlungen der Weltgesundheitsorganisation (WHO) entsprechen, erfüllt:*
- *keine direkte Werbung für Babymilchprodukte an den Verbraucher*
- *keine Gratismuster mehr für Mütter und Kliniken (es sei denn für wissenschaftliche Zwecke)*
- *keine von den Firmen bezahlten sogenannten Milchschwestern*
- *keine Werbung mehr über medizinisches Personal und Gesundheitseinrichtungen*

*(Diese offizielle Unterstützung des Nestlé-Boykotts kann zur Veröffentlichung benutzt werden.)*

*Name:* . . . . . . . . . . . . . . . . . . . . . . . . . . . . . . . .

*Adresse:* . . . . . . . . . . . . . . . . . . . . . . . . . . . . . .

*Telefon:* . . . . . . . . . . . . . . .

*Datum:* . . . . . . . . . . . . . . .

*Unterschrift* . . . . . . . . . . . . . .

*Bitte schicken an: Aktionsgruppe Babynahrung (AGB)*
*c/o Dritte Welt Markt*
*Lange Geismarstr. 3, 3400 Göttingen*

An das
Bundesgesundheitsministerium
Frau Ministerin Anke Fuchs
Postfach 20 04 90
5300 Bonn 2

## Petition

Am 21. Mai 1981 stimmte die Bundesregierung in einer Vollversammlung der Weltgesundheitsorganisation (WHO) der Verabschiedung eines internationalen Kodex für die Vermarktung von Muttermilchersatzprodukten zu.
Ich begrüße diesen Schritt der Bundesregierung. Das Ziel des Kodex ist es, das Stillen zu fördern und den richtigen Gebrauch von Muttermilchersatzprodukten zu sichern.
Die Resolution zum Kodex betont, daß die Verwirklichung und die Einhaltung des Kodex eine Minimalforderung darstellt.
Nach Artikel 11.1 sollen die Regierungen Maßnahmen ergreifen, die Empfehlungen des Kodex in Kraft zu setzen. Freiwillige Werbebeschränkungen der Babynahrungsindustrie haben bisher nicht ausgereicht, Mütter optimal zum Stillen zu ermutigen.
Deshalb fordere ich die Bundesregierung auf, endlich die Empfehlung des WHO-Kodex gesetzlich zu verankern.

Hochachtungsvoll

**Aktionsgruppe Babynahrung (AGB) – Göttingen sucht Arbeitskraft auf Honorarebene zum 1. November 1982 für die Koordinierung der bundesdeutschen Babymilchkampagne.**

**Schwerpunkte der Arbeit:**
**a) Koordinierung des Nestle-Boykotts**
**b) Öffentlichkeitsarbeit für den WHO-Kodex**

**Voraussetzungen sind:**
- **journalistische Fähigkeiten**
- **pädagogische Fähigkeiten**
- **Organisationsvermögen**
- **selbständiges Arbeiten**
- **Erfahrungen mit Aktionsgruppen**
- **Englischkenntnisse**

**Wir erwarten eine enge Zusammenarbeit mit unserer Gruppe.**
**Stellenbeschreibung kann bei uns angefordert werden. Interessenten mögen sich bitte bis zum 15. September 1982 mit einem ausführlichen Lebenslauf schriftlich bei uns bewerben.**

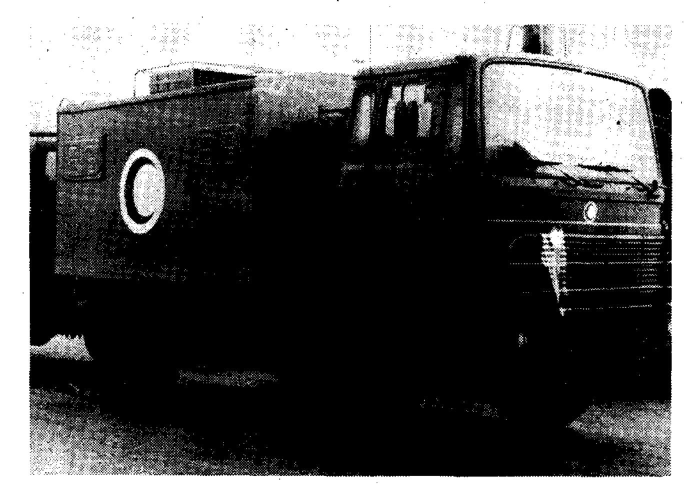
**Aktionsgruppe Babynahrung (AGB)**
**c/o Dritte Welt Markt**
**Lange Geismarstr. 3**
**3400 Göttingen**

*Bremen —*

# Waffenhandel in alle Welt

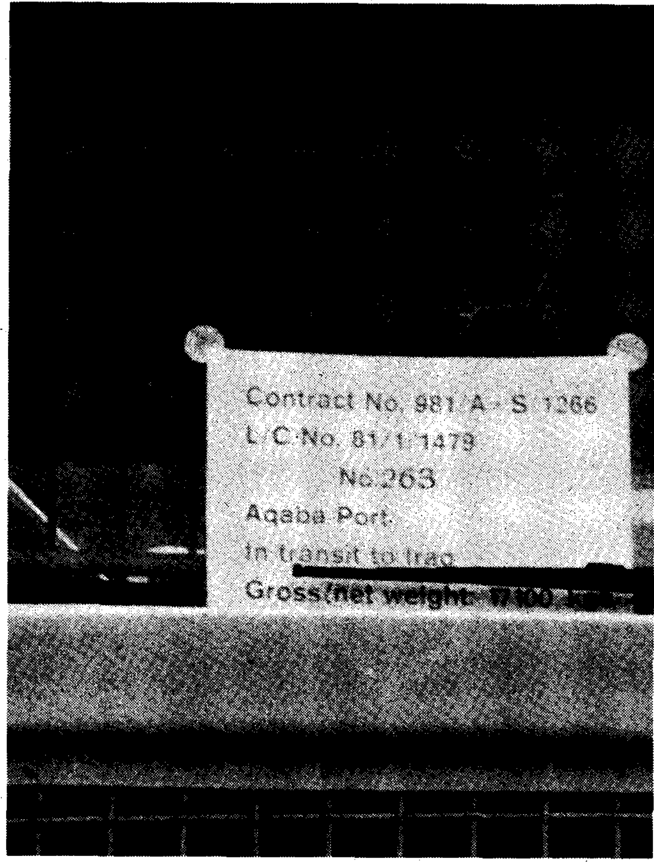
Die Vorgänge im Neustädter Hafen (Bremen) und im Bremerhavener Hafen zeigen eindrucksvoll, daß weder die gesetzlichen Regelungen noch die Grundsätze der Bundesregierung einen umfangreichen Rüstungsexport verhindern.
Von diesen beiden Häfen werden Nutzfahrzeuge in das Kriegsgebiet Irak — Iran verschifft. Obwohl diese Fahrzeuge mit speziellen Vorrichtungen versehen, die auf eine militärische Verwendung ausgerichtet sind, fallen diese Güter weder unter Bestimmungen des Kriegswaffenkontrollgesetzes, die **auch** zivil verwendet werden können (zum Beispiel geländegängige Transporter, Unimogs, Sprechfunkgeräte) werden nicht als Kriegswaffen oder als »sonstige Rüstungsgüter« erfasst. (vgl. iz3w, Nr. 95) Diese Lieferungen sind somit legal, obgleich sie sicher zu »einer Erhöhung bestehender Spannungen beitragen« (1)
Angesichts der Kriegssituation zwischen Iran und Irak kann kaum ein Zweifel daran bestehen, daß diese Nutzfahrzeuge für militärische Zwecke bestimmt sind.

Bei den Lieferungen handelt es sich um:
a) Panzertransporter der Firma FAUN, Lauf/Nürnberg (Typ WFN 3HZ B1C), mit Aufliegern der Firma BLUMENHARDT, Wuppertal/Vohwinkel
b) Militärlaster für Krankentransporte der Firma MAGIRUS IVECO (Typ 130M 7)
c) militärische Unimogs von Daimler Benz — MERCEDES (Typ Unimog 1700 L) und Militärtanklastwagen dieser Firma.

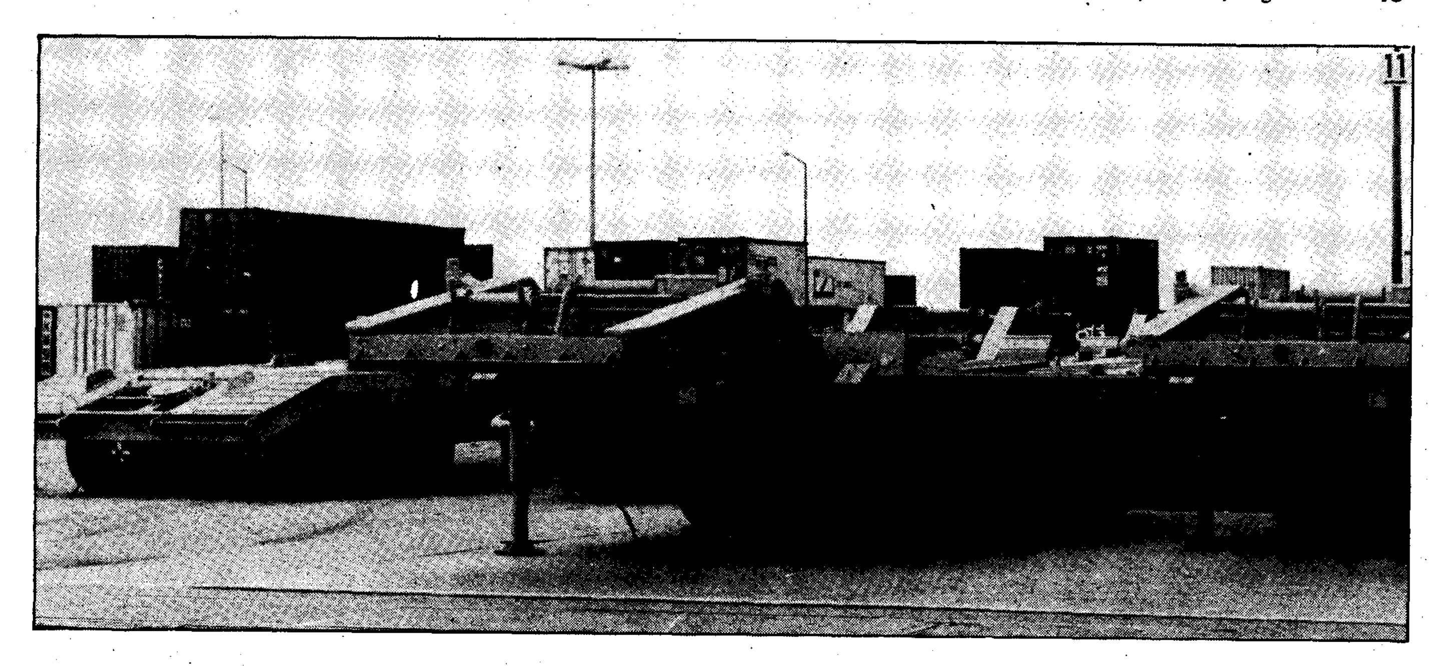


Die Zugmaschinen der Firma FAUN werden aus dem Herstellungswerk Lauf/Nürnberg in die FAUN-Zweigstelle in Osterholz-Scharmbeck überführt. Dort werden sie überholt und nach Bremerhaven gebracht. Die Auflieger werden wegen ihrer Übergröße mit der Bahn in die Hafenanlagen des Neustädter Hafens (Bremen) oder nach Bremerhaven gebracht. Im Neustädter Hafen befinden sich ebenfalls die Militärlaster der Firma MAGIRUS IVECO. Von Bremerhaven aus wird die »heiße« Fracht über den jordanischen Hafen Aquaba in den Irak verschifft.

Im Folgenden einige technische Details zu der militärischen Beschaffenheit der Fahrzeuge:
Die Zugmaschinen der Panzertransporter von FAUN besitzen eine Schießluke und einen für die Region typischen sandfarbenen Tarnanstrich. Sie haben eine für Militärfahrzeuge eigene Zentralabschaltung der Elektrik und sind mit einer Tarnbeleuchtung ausgestattet. Der für Panzertransporte besonders leistungsstarke Motor KLÖCKNER-HUMBOLDT-DEUTZ (Typ B/F6/8/10/ 122 413 F) weist ebenfalls auf die militärische Verwendung der Fahrzeuge hin. Ein automatisches Getriebe der 3-achsigen Maschinen mit eingebauter Differentialsperre macht die Fahrzeuge besonders geländegängig, ebenso wie die 10 Spezialreifen (zusätzlich 2 Ersatzreifen) der Firmal GOODYEAR.
Gesehen wurden im FAUN-Werk von Osterholz-Scharmbeck und im Bremerhavener Hafengebiet über 50 dieser Zugmaschinen. Die fortlaufenden Fahrzeugziffern an der Frontscheibe laufen schon bis zur Zahl 265 und deuten auf eine erheblich größere Lieferung der Militärmaschinen hin, die unter der Contract Nr. 981/A+S/1266 L/C No. 81/1/1479 abgewickelt wird.




Sollten all diese Militärfahrzeuge zu dem Großauftrag gehören, den die Firma FAUN mit der irakischen Regierung letztes Jahr über 500 Kehrmaschinen abgeschlossen hat (Handelsblatt vom 10. 6. 82 )?
Unter demselben Contract Nr. 981'5A+S/1267 stehen die dazugehörigen Auflieger der Firma Blumhardt im Neustädter Hafen (30 Stück) und in Bremerhaven (ca. 15 Stück). Sie sind sandfarben, mit einer Tarnbe-



leuchtung (Fa. HELLA) und 8 Spezialreifen (Fa. TAURUS bzw. FULDA) und einem Leitkreuz, zum besseren Erkennen beim Kolonnefahren bei Dunkelheit (in Nahost bei Befahren von Pisten nicht nur für militärische Nutzung notwendig, sondern auch für zivile Zwecke von Vorteil) ausgestattet, ebenso wie mit einer seitlich angebrachten Seilwinde der Fa. HAACON Hebetechnik GmbH (Freudenberg Mais).

Unter der gleichen Contract Nr. 981/A+S/1363 L/C Nr. 82/1/79 M.O.D.IK.AWS und ebenfalls im Neustädter Hafen stehen Militärlaster der Firma MAGIRUS IVECO (TYP 130 M 7) für Krankentransporte. Sie sind mit Motoren der Fa. KLÖCKNER-HUMBOLDT-DEUTZ (TYP F 61 913), Spezialreifen der Fa. UNIROYAL, einer Tarnbeleuchtung der Fa. HELLA, einer militärischen Anhängerkupplung der Fa. Ringfeld (Krefeld/Uerdingen), einem automatischen Getriebe der Fa. GETRAG-Getriebe und Zahnradfabrik GmbH (Ludwigsburg) und Maschinenteilen der Fa. BARG-WARNER-York Automotive (Decatur-Ill. 62521) ausgerüstet.
Zur Zeit (26. 7. 82) stehen ca. 60 dieser UNIMOGS für den Export auf dem Firmengelände von DAIMLER-BENZ in Bremen-Findorff und werden zur Auslieferung bereit gemacht. Sie sind mit Spezialreifen von MICHELIN, einer Tarnbeleuchtung der Fa. HELLA, einem Leitkreuz an der Hinterachse, in sandfarbenem Tarnanstrich, Schießluke, einer NATO-Anhängerkupplung der Fa. Ringfeld, Glasscheiben der Fa. SIGLA, einer seitlich angebrachten Seilwinde der Fa. WIHAG (Bielefeld), Stoßdämpfern der Fa. BOGE, elektrische Ausrüstung von der Firma TELACEMIT (Bielefeld), Bestandteilen der Maschine von der Zahnradfabrik Friedrichshafen, einer speziellen militärischen 24 Volt Elektroanlage und einem Getriebe von DAIMLER-BENZ (Werk Gaggenau) ausgestattet.
Zur selben Zeit werden über den Hafen von Bremerhaven Militärtanklastwagen der Fa. DAIMLER-BENZ in den Irak verschifft.

(1) Grundsätze der Bundesregierung für den Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern, im Wortlaut in: Frankfurter Rundschau, 4. 5. 82, Ziffer 12 und 13.

Weitere Informationen und Fotos können über die folgende Adresse bezogen werden:
Arbeitsgruppe gegen Rüstungsproduktion und Waffenhandel in Bremen
c/o Thorsten Maass Schildstr. 1 28 BREMEN

# Repression in der BRD

## Hungerstreik gegen Isolierhaft

Seit dem 26. Juni 1982 sind Sieglinde Hofmann und Ingrid Barabaß im unbefristeten Hungerstreik.
Als gegen Ende des Hungerstreiks 1981 den Gefangenen aus der RAF und dem antiimperialistichen Widerstand die Zusage gemacht wurde, daß keine/r von ihnen isoliert bleiben und daß die Gefangenen in Gruppen zusammenkommen sollten, beinhaltete die konkrete Zusage für SIEGLINDE HOFMANN und INGRID BARABAß ihre Verlegung nach Preungesheim (Frankfurt) und dort ihre Zusammenlegung.
Seit September 1981 befinden sich beide Gefangene im Gefängnis FRANKFURT-PREUNGESHEIM auf der gleichen Station, aber völlig isoliert voneinander. Die Richter Schäfer und Dienstbach, Vorsitzende Richter in den Prozessen gegen Sieglinde Hofmann und Ingrid Barabaß, und formal zuständig für die Haftbedingungen der beidenen Gefangenen, begründeten ihre Weigerung, dem Umschluß der beiden zuzustimmen damit, daß eine Zusammenlegung erst nach Abschluß der Beweisaufnahme erfolgen könnte.
Die Beweisaufnahme in beiden Prozessen ist längst abgeschlossen. Aber weder in der Schlußphase der Prozesse, noch nach deren Beendigung erhielten Ingrid Barabaß und Sieglinde Hofmann Umschluß!
In dieser Situation haben Sieglinde Hofmann und Ingrid Barabaß am 26. Juni 1982 einen unbefristeten Hungerstreik begonnen, um ihre Isolation zu durchbrechen und für sich Bedingungen zu erkämpfen, unter denen sie, entsprechend ihrer politischen Identität, gemeinsam leben und arbeiten können.
Ihre konkreten FORDERUNGEN sind:

- sofortigen Umschluß in Ffm-Preungesheim und
- gemeinsame Verlegung in eine Gruppe von RAF-Gefangenen

Sechs gefangene Frauen in Ffm-Preungesheim sind seit dem 26.6.1982 ebenfalls im HUNGERSTREIK. Ausgehend von ihren eigenen täglichen Erfahrungen eines menschenverachtenden Systems in den Knästen der BRD, das immer auf Isolation unter den Gefangenen abzielt, unterstützen die Frauen die Forderungen von Sieglinde Hofmann und Ingrid Barabaß und gleichzeitig auch ihren Kampf gegen die Isolation.
Wir freuen uns über die solidarische Entschlossenheit dieser Frauen und empfinden uns mit ihnen verbunden durch den gemeinsamen Kampf gegen die organisierte Unmenschlichkeit in den Knästen.
Heute, seit über einem Jahr, nachdem die politischen Gefangenen der BRD mit ihrem Hungerstreik die Zusage erkämpft hatten, daß keine/r von ihnen mehr isoliert bleiben würde, sind außer Ingrid Barabaß und Sieglinde Hofmann noch mehrere Gefangene weiterhin total isoliert:

- in Stgt.-Stammheim : Siegfried HAAG, Sabine SCHMITZ, Karl GROSSER, Jürgen SCHNEIDER
- in Köln-Ossendorf : Angelika SPEITEL, Verena BECKER
- in Bruchsal : Günter SONNENBERG, Roland MAYER
- in Pforzheim : Johannes THIMME
- in Aichach : Doris BRAUNE
- in Bühl : Barbara MEYER-SCHLAGE
- in Ludwigsburg : Bert SCHLAGE
- in Zweibrücken : Helga ROOS
- in Frankenthal : Dieter FABER
- in der Schweiz : Rolf-Clemens WAGNER, Christian MÖLLER
- in Österreich : Waltraud BOOCK.

Wir, die Angehörigen von politischen Gefangenen in der BRD, haben den Hungerstreik der Gefangenen 1981 unterstützt. Wir werden auch weiter für das Ziel des Hungerstreiks: Zusammenlegung der Gefangenen aus der RAF und anderen antiimperialistischen Widerstandsgruppen kämpfen.

- Wir unterstützen die konkreten Forderungen von Sieglinde Hofmann und Ingrid Barabaß und fordern ihren sofortigen Umschluß in Ffm.-Preungesheim und gemeinsame Verlegung in eine Gruppe von Gefangenen aus der RAF
- Wir fordern die sofortige Erfüllung der von BJM SCHMUDE gegebenen Zusage, d.h. die Zusammenlegung der Gefangenen, die sich noch weiterhin in Total- oder Zweierisolation befinden.

FRANKFURT/M., den 7. Juli 1982

Für die Familienangehörigen von politischen Gefangenen der BRD
M. Barabaß (Tel.: 0234/65798)

Inzwischen haben die Gefangenen den Hungerstreik abgebrochen. Das hessische Justizministerium und die Bundesanwaltschaft haben ihre Zustimmung zu einer Verlegung von Sieglinde Hofmann und Ingrid Barabaß gegeben. Ob die Zusagen diesmal verwirklicht werden, bleibt abzuwarten. (s. taz, 30. 7. 82) D. Red.

## Der Fall Dr. Härdle — *Verteidigerrechte in Gefahr*

Am 11. November 1981 verschwand der Heidelberger Rechtsanwalt Dr. Härdle hinter den Toren der Strafvollzugsanstalt Stuttgart-Stammheim, um seine 22-monatige Haftstrafe anzutreten. Davor zurück blieben einige hundert Demonstranten und zahlreiche seiner Kollegen aus der ganzen BRD in schwarzen Roben — das vorläufige Ende eines seit 1976 laufenden Verfahrens und eines mehr als zweijährigen Kampfes zahlreicher Rechtsanwaltsvereine und unzähliger Demokraten um die Freiheit Härdles und um die Wahrung seiner Verteidigerrechte gegen die Angriffe der deutschen Justiz.
Die Heidelberger Justiz hatte zahlreiche Anläufe genommen, RA Härdle außer Gefecht zu setzen: bei der Rechtsanwaltskammer, welche standesrechtliche Maßnahmen gegen RA Härdle einleiten sollte, und auch beim Justizministerium, welches vom Heidelberger Landgerichtspräsidenten dringend um Berufsverbot gegen ihn gebeten worden war.
Im Herbst 1976 war es dann soweit: die erste strafrechtliche Anklage erfolgte. Sie lautete auf „Landfriedensbruch" Am 21. und 28.8.76 war RA Härdle an einem KBW-Stand anläßlich der Bundestagswahlen von Polizeibeamten mit

Knüppelschlägen bedacht worden. 25 Zeugen konnten dies bestätigen, vom Gericht wurden sie jedoch als „unglaubwürdig" abgelehnt, da „durchweg Aktivisten des KBW" (Spiegel Nr. 46/81). Für Härdle produzierte jeder Knüppelschlag den Vorwurf des Landfriedensbruchs – schließlich knüppeln bundesdeutsche Polizeibeamte ja nicht ohne Grund! Im Februar '78 wurde Härdle von Richter Mattes zu 6 Monaten Freiheitsstrafe und einer Geldstrafe von 50 Tagessätzen zu je 80 DM verurteilt.
„Wir brauchen andere Mittel gegen Leute wie Rechtsanwalt Härdle", ließ er sich aus dem Beratungszimmer vernehmen. Die Staatsanwaltschaft legte Berufung ein und erhob gleichzeitig, im August '78, eine weitere Anklage wegen „uneidlicher Falschaussage". „Wegen der besonderen Bedeutung des Falles" wurde diese gleich vor das Landgericht gebracht, wo sie sich dann wunderbar mit der ersteren verbinden ließ. Desweiteren war für diese Anklage die Möglichkeit der Berufung damit von vornherein ausgeschlossen. Härdle war in einem Hausfriedensbruchverfahren gegen einen Studenten als Zeuge aufgetreten. Als dessen früherer Anwalt aus einem Hochschulverfahren sagte er aus, daß der angeklagte Student keinen Hausfriedensbruch begangen haben könnte, da er, als dessen Anwalt, ihm die Erteilung des Hausverbotes noch nicht weitergeleitet hatte. Allerdings hatte die Sekretärin des Büros, ohne daß Härdle das wußte, dem Studenten die Anweisung mitgeteilt. Acht Zeugen konnten dieses Versehen bezeugen, doch auch sie wurden vom Gericht als „unglaubwürdig" abgelehnt (Spiegel Nr. 46/81). Die zweite Strafkammer unter Vorsitz des Richters Gutmacher, dessen Urteile RA Härdle als Verteidiger öfters durch erfolgreiche Revisionen zu Fall gebracht hatte, verurteilte Härdle nun wegen „Falschaussage" zu 15 Monaten und wegen zweimal gebrochenen Landfriedens, Körperverletzung und Widerstand zu je 6 Monaten: Insgesamt eine Haftstrafe von 22 Monaten ohne Bewährung für den nicht-vorbestraften Anwalt. Anklagevertreter war der Staatsanwalt Johe, auch er ein alter Bekannter und Prozeßgegner Härdles in vielen politischen Prozessen.
Wie das Urteil spricht auch die Durchführung der Hauptverhandlung nicht gerade für die Rechtsstaatlichkeit der bundesdeutschen Justiz. Selbst der „Stuttgarter Zeitung", nicht gerade in der linksradikalen Ecke anzusiedeln, scheint es nicht mit rechten Dingen zugegangen zu sein. Die Überschriften der Prozeßartikel lauten: „Brisanter Prozeß gegen einen Verteidiger – Linker Rechtsanwalt ist vielen ein Dorn im Auge" (26.1.79); „Wird die Verteidigung unzumutbar behindert?" (9.5.79); „Das abrupte Ende eines Prozesses – Linker Anwalt wird zu Freiheitsstrafe von 22 Monaten verurteilt" (31.5.79). Doch nicht nur die Presse protestierte, sondern auch Vereinigungen von Anwälten. So hieß es im Mai 1979 in einem Schreiben der Rechtsanwaltskammer Karlsruhe, die laut „Spiegel" eher als konservativ einzuschätzen ist:
„Der Vorstand der Rechtsanwaltskammer Karlsruhe hat den Herrn Präsidenten der Kammer beauftragt, mit dem Justizminister des Landes Baden-Württemberg über einzelne Aspekte des gegenwärtig beim Landgericht anhängigen Strafverfahrens gegen Rechtsanwalt Dr. Härdle zu sprechen...

1. Die Strafkammer scheint die Tätigkeit der Verteidigung in vieler Hinsicht über das Maß der Zumutbarkeit hinaus zu erschweren. Als Beispiele müssen genannt werden:
– Terminierung ohne Rücksicht auf zwingende andere berufliche Verpflichtungen der Anwälte...
– die (vom Vorsitzenden) zwangsweise verfügte, und mit Polizeigewalt durchgesetzte Sitzordnung der Verteidigung
– die Weigerung, der Verteidigung ... Einblick in die zahllosen Beschlüsse des Gerichts zu geben...
2. Das Fragerecht der Verteidigung ist ersichtlich auch dort eingeschränkt worden, wo ein vorhergehender Mißbrauch dieses Rechts nicht vorgelegen hat...
3. Das Gericht hat ... eine in öffentlicher Verhandlung vom Vertreter der Staatsanwaltschaft geäußerte Ansicht, die Verteidiger hätten falsche eidesstattliche Erklärungen abgegeben ungerügt gelassen.
4. Die Öffentlichkeit der Verhandlung ... wird nicht nur durch unverhältnismäßige Ordnungsmaßnahmen gegenüber Zuschauern beeinträchtigt, sondern auch durch ein „Merkblatt", dessen Inhalt zwingenden Bestimmungen des Gerichtsverfassungsgesetzes widerspricht."
Der Republikanische Anwaltsverein erweiterte in einem Schreiben an den damaligen Bundesminister der Justiz Vogel diese Vorwürfe noch um die Tatsachen, daß

**Großveranstaltung**
**„KÜNSTLER FÜR DEN FRIEDEN"**
**am 11. September – Bochum**
**zur Unterstützung des 'Krefelder Appells'**

*Als Initiatoren rufen auf*
*„bots" (Hans Sanders), Franz-Josef Degenhardt, Katja Ebstein, Hansgünther Heyme, Hanns-Dieter Hüsch, Heinar Kipphardt, Dieter Lattmann, Udo Lindenberg, Volker Ludwig, Albert Mangelsdorff, Eva Mattes, Hans Plaschek, Claus Peymann, Erika Pluhar, Irmgard Schleier, Dietmar Schönherr, Dieter Süverküp, Margaretha von Trotta, Hannes Wader, Marius Müller-Westernhagen, Peter Zadek*

Wir wollen Frieden für alle Zeiten und die ganze Erde als eine einzige atomwaffenfreie Zone, aber heute dies: keine Stationierung von Erstschlag-Atomwaffen in unserem Land, die minutenschnell und punktgenau jedes Ziel in Osteuropa anfliegen können und bei ihrem Einsatz den atomaren Untergang auslösen. Schlag um Schlag würde das Leben auf unserem Planeten vernichtet.
Wir alle wollen, daß sich mehr Menschen für den Frieden bewegen, in allen Ländern und auf allen Kontinenten, aber jetzt und hier bewegt uns dies: von der Bundesregierung noch dringender zu fördern, ihre „Zustimmung zur Stationierung von Pershing 2-Raketen und Marschflugkörpern zurückzuziehen".
Diese Forderung des 'Krefelder Appells" wurde bisher von weit mehr als zwei Millionen Bürgern der Bundesrepublik Deutschland unterzeichnet.

**Um diesen Appell millionenfach zu bekräftigen, rufen wir auf zu einer bundesweiten Großveranstaltung „KÜNSTLER FÜR DEN FRIEDEN" am 11. September 1982 in Bochum.**

Mit Liedern, Theater, Rock, Jazz, klassischer Musik, Chören, Literatur, Bildern, Kabarett, Kinder- und Jugendtheater werden wir an diesem Samtag auf vielen Bühnen ein Fest des Friedens feiern.

*Eine Veranstaltung der 'Krefelder Initiative'*

„7. ... vier bereits von der Verteidigung gestellten Anträgen nicht mehr stattgegeben wurde und weitere vorbereitete nicht mehr entgegengenommen wurden.
8. ein vom Gericht geladener Zeuge der Verteidigung nicht mehr vernommen wird,
9. Urteilsverkündung ohne Beendigung der Beweisaufnahme und ohne Gewährung des letzten Wortes.
Daß hier ein politisch engagierter Verteidiger getroffen werden soll, ist auch aus der schriftlichen Urteilsbegründung zu erkennen, indem RA Dr. Härdle unterstellt wird, daß er nicht nur die Stellung eines engen Beraters' des KBW Heidelberg einnimmt, sondern sogar des „geistigen Führers und Parteistrategen" (S. 19 des Urteils)." Zum Schluß fordern die Anwälte die Aufhebung des Urteils.
Zu all diesen „Verfahrensfehlern" kommt hinzu, daß „von den 53 Zeugen ... nur 3, alles Polizeizeugen, die Vorwürfe der Anklage bestätigen ... Rechtsanwalt Härdle hat gegen das Urteil ... Revision beim Bundesgerichtshof (BGH) in Karlsruhe einlegen lassen" (SZ vom 1.6.79).

**BGH und BVG segnen alles ab**

Am 18.2.81 entschied der BGH, daß das Urteil des Landgerichts Heidelberg rechtens sei, wobei er sich lediglich zu einem Sechstel der 69 Revisionsrügen überhaupt äußerte. Kein Wort verlor er zu den oben genannten Verfahrensverletzungen. Anwälte warfen dem BGH daraufhin „Sonderrechtsprechung" vor.
Der Heidelberger Anwaltsverein mit seinen etwa 280 Mitgliedern forderte die Rechtsanwaltskammer Nordbaden auf, sich für eine Aussetzung der Strafvollstreckung bis zur Entscheidung der Verfassungsbeschwerde einzusetzen. Nach Auffassung der Arbeitsgemeinschaft Heidelberger Strafverteidiger (30 Mitglieder) schränkte der BGH elementare Verteidigungsrechte ein:
„1. Der BGH rechtfertigt in seiner Revisionsbegründung, daß das Heidelberger Landgericht erst drei bzw. vier Tage vor Beginn der Hauptverhandlung Verteidiger bestellte und deren Anträge auf Aussetzung des Verfahrens zwecks Vorbereitung der Hauptverhandlung ablehnte.
2. Der BGH habe den Grundsatz durchbrochen, daß nicht in Abwesenheit des Angeklagten verhandelt werden darf, indem er als Eigenmächtigkeit und Verhandlungssabotage wertete, daß Härdle an sieben Verhandlungstagen nicht erscheinen konnte ...
3. Die BGH-Entscheidung sanktioniere nicht nur die vollständige Entziehung des Fragerechts für Verteidiger ..., sondern auch Anordnungen, Fragen schriftlich dem Gericht zur Zensur einzureichen, bevor sie einem Zeugen gestellt werden können.
4. Der BGH schränkte elementare Grundsätze des bisherigen Beweisrechts ein, indem ein eindeutiger Beweisantrag al Beweisermittlungsantrag umgedeutet werde, ... oder zwei Zeugen, deren Anschrift feststellbar war, als unerreichbar nicht vernommen wurden" (nach SZ, 31.3.81).
Weitere Protesterklärungen ähnlichen Tenors verabschiedeten die „Vereinigung hessischer Strafverteidiger e.V." sowie 378 Rechtsanwälte aus der ganzen BRD, die am 27.5. 81 eine Anzeige in die „Zeit" setzen ließen, der sich der Bundesvorstand der Humanistischen Union, der Vorstand des Republikanischen Anwaltsvereins und die Landessprecherversammlung der Rechtsreferendare in Hessen anschlossen. Auch die Vereinigte Deutsche Studentenschaft verabschiedete auf einer Mitgliederversammlung am 20.3.81 eine Protesterklärung und forderten die Aufhebung des BGH-Beschlusses. Unbeeindruckt aller Proteste entschied das BVG am 4.5.81: „Die Verfassungsbeschwerde wird nicht zur Entscheidung angenommen, weil sie keine hinreichende Aussicht auf Erfolg hat ... Der Grundsatz „in dubio pro reo" ist nicht verletzt."
Am 9.6.81 erklärte der damalige Bundesverfassungsrichter M. Hirsch auf einer Podiumsveranstaltung: „Der Kollege Härdle hat meine volle Sympathie..., mir ist diese Entscheidung des BGH völlig unverständlich", doch der Mann, der diese Entscheidung gefällt habe, „hat von Anfang der Terroristenszene an plötzlich Angst gekriegt, ... daß bei ihm nichts mehr ginge." Fast gleichzeitig mit der Entscheidung des BGH erhob der Karlsruher Generalstaatsanwalt ehrengerichtliche Anklage gegen Härdle wegen derselben Vorwürfe, wegen welcher er verurteilt wurde.
Ziel dieses Aktes ist es, ein vollständiges Berufsverbot gegen Härdle zu erreichen.
Am 31.7.81 legte Härdle bei der Europäischen Menschenrechtskommission in Straßburg Beschwerde ein. Bei dem Petitionsausschuß des baden-württembergischen Landtags reichte er den Antrag ein, mit der Vollstreckung der Freiheitsstrafe bis zur Entscheidung der Menschenrechtskommission zu warten. Fast alle genannten Anwaltsvereinigungen sowie der Kölner Anwaltsverein schlossen sich diesem Antrag an.





Dem Antrag wurde jedoch nicht stattgegeben, und Härdle mußte am 11.11.81, obwohl seine Frau mit dem gerade geborenen Sohn im Krankenhaus lag, und er selbst als Verteidiger in einem § 129a Verfahren in Koblenz war, seine Haft antreten.

KB-Gruppe Frankfurt

(Gekürzt aus: Arbeiterkampf, 21.12.81)

Am 1. März 1982 richtete das Komitee für Grundrechte und Demokratie einen Appell an die Landesregierung, Dr. Härdle zu begnadigen (s. Kasten). Der Appell wurde inzwischen zurückgewiesen. Am 10. August beginnt das Ehrengerichtsverfahren gegen Härdle.

(Die Redaktion)

# Ausländische Studenten raus?

## Zulassungsbeschränkungen treffen besonders Türken und Iraner

In den blättern des iz3w Nr. 93, S. 33 berichteten wir über die am 19./20.3.1981 von der Kultusministerkonferenz der Länder beschlossenen Neuregelungen des Ausländerstudiums. Diese Neuregelungen verlangen vom ausländischen Studenten u.a.,daß er vor seiner Einreise in die Bundesrepublik den Zulassungsbescheid einer Universität oder eines Studienkollegs seines Heimatlandes einholt. Welche Folgen daraus für den ausländischen Studienbewerber erwachsen, war schon beim Erlaß der sog. „Maßnahmen zur Verbesserung der Auswahl von ausländischen Studenten und Studienbewerbern an Studienkollegs" absehbar und rief entsprechende Proteste hervor. Nichtsdestoweniger hielt man an den Beschlüssen fest.
Die bisher bestehenden Übergangsregelungen für die verschärften Zulassungsbedingungen, die die ganze Härte der Neuregelung bisher nicht völlig zu Tage treten ließen, laufen zum kommenden Zulassungstermin aus. Die ESG Stuttgart ruft aus diesem Grund dazu auf, Briefkampagnen gegen die Zulassungsbeschränkungen für Ausländer zu starten. Außerdem wäre es gut, wenn Ihr Leserbriefe an Zeitungen schreiben, bzw. Versammlungen mit den Betroffenen und deutschen Komilitonen veranstalten würdet, um die Beschlüsse der Kultusministerkonferenz einer breiteren Öffentlichkeit bekannt zu machen.

Briefvorschlag:

An den Präsidenten
der Kultusministerkonferenz
Sekretariat der ständigen Konferenz
der Kultusminister der Länder in der BRD
Nassestr. 8
Postfach 2240
5300 Bonn 1

An die Kultusminister
(bzw. Minister für Wissenschaft und Kunst der Länder)

Sehr geehrter Herr Präsident,
(bzw. Sehr geehrter Herr Minister)

seit über 1 Jahr gelten die verschärften Zulassungsbedingungen für ausländische Studenten/innen. Die Neuregelungen wurden trotz zahlreicher Proteste von Studentengemeinden, kirchlichen Institutionen und Ausländerinitiativen beschlossen. Eigentliches Ziel der Beschlüsse sollte es sein, die Zahl der ausländischen Studienbewerber in Grenzen zu halten, und das, obwohl die Ausländerquote von 8 5 bis heute nicht erreicht wurde und die Zahl der Studienbewerber aufgrund der Bestimmungen weiter abnimmt.
Besonders hart betroffen sind die iranischen und türkischen Studienbewerber (in Baden-Württemberg nahmen die Zulassungen im WS 1981/82 gegenüber dem WS 1980/81 bei Türken um 3 % und bei Iranern um 5 % ab.) So warten in fast allen Bundesländern zahlreiche Iraner vergeblich auf einen Studienplatz – die geforerte Immatrikulationsbescheinigung einer iranischen Universität können sie nicht beibringen, weil die iranischen Universitäten seit Jahren geschlossen sind. Um so erstaunlicher ist es, daß iranische Regime-Anhänger, die – wie allgemein bekannt – hier verstärkt zur Terrorisierung ihrer regime-feindlichen Landsleute eingesetzt werden – über ein Hochschulstudium in der BRD zu einer Aufenthaltserlaubnis gelangen. In einer Situation, in der immer mehr oppositionelle Iraner von ihren Auslandsvertretungen die Pässe abgenommen bekommen, wodurch sich ihre aufenthaltsrechtliche Situation ohnehin schon verschlechtert, sind die Zulassungsbeschränkungen für sie untragbar.
Gleiches gilt für türkische Studienbewerber. Insgesamt stehen in der Türkei für nur 10 % der Studienbewerber Studienplätze zur Verfügung. Von zahlreichen türkischen Studenten wissen wir, daß unter der Militärdiktatur die türkische Hochschulaufnahmeprüfung mit einer politischen Überprüfung verbunden ist. Dies gilt in besonderem Maße für kurdische Studienbewerber, die innerhalb des türkischen Erziehungs- und Ausbildungswesens ohnehin diskriminiert werden. Seit dem Militärputsch in der Türkei werden Tausende Studenten und Studentinnen verhaftet oder relegiert. Wenn die Kultusbehörden in der Bundesrepublik von türkischen und türkisch-kurdischen Studienbewerbern den Nachweis einer bestandenen türkischen Hochschulaufnahmeprüfung und eine türkische Immatrikulationsbescheinigung verlangen, schließen sie sich den gegenwärtigen Umständen der Ausbildungs- und Verbotspraxis der türkischen Militärdiktatur an und tragen damit zur dort herrschenden Unterdrückung bei.
Wir richten daher an Sie die eindringliche Bitte, die Neuregelungen der Kultusministerkonferenz zu überprüfen und die Zulassungsbeschränkungen (besonders für die iranischen und türkischen Studienbewerber) aufzuheben.

Mit freundlichen Grüßen

**Beschränkungen bei der Anerkennung bestimmter Zivildienststellen**

Wiederholt ist in letzter Zeit von Einrichtungen berichtet worden, daß es Probleme bei der Anerkennung von Zivildienststellen gäbe, z.T. seien Zivildienststellen und -plätze sogar aberkannt worden. Die ZENTRALSTELLE FÜR RECHT UND SCHUTZ DER KRIEGSDIENSTVERWEIGERER AUS GEWISSENSGRÜNDEN e.V. möchte im Rahmen ihrer Mitgliederversammlung am 1./2. Oktober 1982 in Frankfurt gemeinsam mit diesen Einrichtungen die Problematik beraten. Nähere Auskünfte bei ZENTRALSTELLE, Donandtstraße 4, 2800 Bremen 1, Tel.: 0421/340025.

**Zur Rezension eingetroffene Bücher**

AStA der Universität Köln (Hg.)
**Nicaragua – Ein Volk nimmt sein Schicksal in die eigene Hand**
39 S., DM 1,–; Bezug: AStA Uni Köln, Universitätsstr. 16, 5000 Köln 41

* * *

DED (Hg.)
**Nicaragua. En el Nuevo Pais – In dem neuen Land**
Berlin (DED), 42 S.

* * *

Deutsche Friedensgesellschaft / Vereinigte Kriegsdienstgegner (Hg.)
**Mobilmachung für Überleben – Fünf Anregungen zu Handlungsperspektiven gegen Atomraketen**
14 S., Mindestabnahme fünf Stück zum Selbstkostenpreis, DM 2,50

* * *

Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen (Hg.)
**Die Vereinten Nationen gegen das Wettrüsten, Dokumentation**
(UN-Texte 28), 93 S.

* * *

Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen (Hg.)
**Selbst die längste Reise beginnt mit einem einzigen Schritt – Umfassende Studie der Vereinten Nationen über vertrauensbildende Maßnahmen**
70 S.

* * *

Evers, T./ Meschkat, K. u.a.
**Lateinamerika – Analysen und Berichte, 6. US-Intervention und kapitalistische Gegenrevolution**
Berlin (Olle & Wolter) 1982, 304 S.

* * *

Farnung, A. (Hg.)
**Die verkauften Kinder. Patenschaften – eine Hilfe für die Dritte Welt?**
Wuppertal (Jugenddienst-Verlag) 1982, 160 S., DM 9,80

* * *

Fricke/Führing/Kieser/Thamm
**Nia-Nia – Ein afrikanisches Dorf im Wandel. Entwicklungsprobleme in der Dritten Welt am Beispiel der Elfenbeinküste.** Materialien für die Sekundarstufe II – Geographie
(Geographische Verlagsgesellschaft Velhagen & Klasing/ Hermann Schödel) 1982, 159 S.

* * *

Gerster R.
**Fallstricke der Verschuldung. Der IWF und die Entwicklungsländer**
Basel (Z-Verlag) 1982, 328 S., DM 26,80

* * *

Hamburger Arbeitskreis Asyl (Hg.)
**Asyl – Demontage eines Grundrechtes. Stellungnahme zur Asylpolitik in Hamburg**
Hamburg 1982, 50 S., DM 2,50, Bezug: H. Jacobi, Hochallee 21, 2 Hamburg 13




**Fricke, Führing, Kieser, Thamm: NIA-DIA — ein afrikanisches Dorf im Wandel. Entwicklungsprobleme in der Dritten Welt am Beispiel Elfenbeinküste. Geographische Verlagsgesellschaft Velhagen & Klasing (Best.-Nr. 32965) und Hermann Schroedel (Best.-Nr. 52044), Berlin 1982, 159 S., DM 17,40**

Diese Mterialien für die Sekundarstufe II wurden von vier ehemaligen Entwicklungshelfern — darunter zwei Lehrer — erarbeitet, die hier ihre langjährigen Erfahrungen »vor Ort« einbringen. Zunächst werden die konkreten Lebens- und Wirtschaftsbedingungen im Dorf Nia-Dia in der Regenwaldzone der Elfenbeinküste unter anderem anhand von fast zwanzig halbseitigen Fotos (die auch als Tonbildserie beim Weltfriedensdienst, Friedrichstr. 236, 1 Berlin 61 entliehen werden können) veranschaulicht. So kann jeder selbst Eindrücke sammeln und verarbeiten. Nachdem ihn die Probleme der Unterentwicklung vielleicht betroffen gemacht haben, wird er im Kapitel »Entwicklungsförderung in Nia-Dia« aufgefordert, seine eigenen Entwicklungsvorstellungen mit denen zu vergleichen, die innerhalb des dortigen konkreten »Dorfprojektes« entwickelt wurden. Die im Dorf auftauchenden Entwicklungshemmnisse werden nicht nur von innerdörflichen sondern auch stark von nationalen und internationalen Faktoren verursacht, die in den Kapiteln »Sozial- und wirtschaftspolitische Probleme der Elfenbeinküste« beziehungsweise »Internationale Verflechtungen« kritisch hinterfragt werden.

Die immer wieder eingeschobenen Arbeitsaufträge sprechen alle drei Lernzielbereiche an. Besondere Bedeutung wird der affektiven Dimension zugemessen, denn »die Bewußtseinslage in den Ländern der Ersten Welt ist weitgehend bestimmt von Vorurteilen und Verdrängungen, denen -über die sachliche Information hinaus- mit Betroffenheit begegnet werden muß.« (so das Vorwort)

Das Buch bietet in jedem Kapitel reiches Material in Form von zum Beispiel Karten, Grafiken, Statistiken, Karikaturen, Aussagen von Betroffenen, Kurzgeschichten einheimischer Schriftsteller, politische Verlautbarungen. So ermöglicht es jedem, der mit diesem Material arbeitet, das »Wirtschaftwunder« der Elfenbeinküste als »Wachstum ohne Entwicklung (Samir Amin) zu erkennen. Ist es doch ein Wachstum, das sich auf immer schärfer werdende Klassengegensätze, zunehmende Landflucht, steigende Abhängigkeit von der ehemaligen Kolonialmacht und von ausländischen Gesellschaften (es gibt überhaupt nur etwa zehn einheimische Unternehmer!), rapide anwachsende Verschuldung im Ausland und rücksichtslosen Raubbau am Regenwald des Landes gründet.

Auch die Herunterentwicklung durch Sklavenhandel und Kolonialzeit wird im dritten Kapitel vor dem Hintergrund der kulturellen Leistungen der großen mittelalterlichen Reiche in Westafrika verdeutlicht, was bislang kaum ein Schulbuch versucht. Allerdings fehlt hier der Bezug zu der heutigen Situation in Nia-Dia (Kap. 1), da dieses Dorf in der von diesen Reichen unberührten Regenwaldzone liegt. Die konkrete Dokumentation dieser Herunterentwicklung am Beispiel eines Dorfes oder einer Stadt hätte sicher viel zum Durchbruch solcher Erkenntnisse in deutschen Schulen beitragen können. Angesichts dieses fehlenden Rückbezugs dürfte es einem Lehrer manchmal schwer werden, die Schüler von der Unhaltbarkeit ihrer Vorurteile zu überzeugen. Die historischen und externen Entwicklungshemmnisse erscheinen deshalb ein wenig »aufgesetzt«.

Bei genauer Betrachtung sind auch einige der dargebotenen Materialien dem Anliegen des Buches nicht förderlich. Zum Beispiel wird auf S. 29 behauptet, in **den** afrikanischen Gesellschaften habe es kaum Arbeitsteilung gegeben, oder auf S. 82 werden eurozentrierte Entwicklungsleitbilder unkritisch übernommen, wenn das Fehlen des lateinischen Bodenrechts und die »schwache Entwicklung des Marktes« in traditionellen afrikanischen Gesellschaften gewissermaßen als Entwicklungshemmnisse erscheinen. Brachten nicht gerade die Einführung des individuellen Grundeigentums und die Erweiterung der Märkte während der Kolonialzeit vielerorten erst Unterentwicklung hervor? Hier wie auch bei der »Weltkarte des Entwicklungsstandes« (S. 132f.) wird der sehr fragwürdige lineare »Entwicklungsweg« von der »Urgesellschaft« zur »industriellen Konsumgesellschaft mit letzterer als Entwicklungsziel unterstellt.

Das im letzten Kapitel gebotene Material gestattet ansonsten eine gründliche Gegenüberstellung verschiedener Entwicklungsstrategien, wie zum Beispiel Integration in den Weltmarkt oder Dissoziation von ihm und damit auch eine kritische Durchleuchtung der europäischen und bundesdeutschen Entwicklungspolitik. Insgesamt ist dieses Buch kritischen entwicklungspolitisch interessierten Lehrern sehr als Arbeitsgrundlage für den Kursunterricht zu empfehlen.

Manfred Schiess

**Tagungshinweise**

„Erste – zweite – dritte Welt", Entwicklungsbezogene Themen im Religionsunterricht der Sekundarstufe I, 22. – 25.9.1982, Stuttgart, Anmeldung und Information beim Zentrum für entwicklungsbezogene Bildung, 7000 Stuttgart 1, Gerokstr. 17

* * *

„Die Geschichte der Ökumenischen Bewegung und die Beteiligung der deutschen Kirchen", 27. – 29. August 1982, Bad Boll, Information und Anmeldung: Evang. Akademie, 7325 Bad Boll

* * *

„Was hat unser Wohlstand mit der Armut der dritten Welt zu tun?", 3. – 10. Oktober 82, Schloß Friedewald/Westerwald, Anmeldung und Information bei FREIE LERNWERKSTATT e.V., Beatrice Ingermann Gartenstr. 38, 5100 Aachen

* * *

Kongreß „Zukunft der Arbeit – Wege aus Massenarbeitslosigkeit und Umweltzerstörung", 8. – 10. Oktober 1982, Information und Anmeldung: Kongreßbüro, Webereistr. 28, 4800 Bielefeld 1

Nohlen, D.
**Lexikon Dritte Welt**
Baden-Baden (Signal-Verlag) 1982, 384 S., DM 38,–

* * *

Bednarz, D. / Lüders, M. (Hgg.)
**Palästina-Protokolle. Bestandsaufnahme und Perspektiven**
Hannover (Fackelträger-Verlag) 1981, 208 S., DM 18,–

* * *

Schuhmacher, Peter B.
**Handbuch des lateinamerikanischen Films**
(Verlag Klaus Dieter Vervuert) 1982, 300 S.

* * *

Senghaas, D.
**Von Europa lernen. Entwicklungsgeschichtliche Betrachtungen**
(edition Suhrkamp, Neue Folge, Bd. 134)
355 S.

* * *

Stötzel, M.
**Wir sind auch Menschen. Zur Integration und Marginalisierung der Guarayos, einer Gruppe indianischer Campesinos des ostbolivianischen Tieflands**
Bremen (Überseemuseum, Reihe D, Band 10), 350 S., DM 29,50

* * *

Weir, D./ Schapiro, M.
**Pesticides sand frontieres**
Bern (CETIM, Declaration de Berne) 1982, 109 S., FrS. 8,–

## Südafrika — was geht uns da an?

. . . so lautet der Titel des Films zur praktischen Solidaritätsarbeit Duisburger und Mülheimer Jugendlicher zum Südlichen Afrika.
Beschrieben werden Aktionen, Arbeitsverlauf und -aufwand, sowie Resonanz aus der Öffentlichkeit, aber auch Hintergründe und Bedingungen, die diese oder jene Aktion und Arbeit erst ermöglichten.
Für den, der sich überlegt, ob und wie man sich zum Südlichen Afrika engagieren könnte oder für den, der zu einer Öffentlichkeitsarbeit noch einem motivierenden Impuls benötigt, ist diese Zusammenfassung gedacht.
Südafrika — was geht uns das an ?
Herausgeber: Hans-Uwe Koch und Gerd Meißner im Selbstverlag der Mühlheimer Solidaritätsgruppe südliches Afrika
Sandstr. 1
43330 Mülheim / Ruhr

# Leserbrief

*Über diesen Leserbrief haben wir uns sehr gefreut:*
*— zum einen, weil wir überhaupt zu wenige Reaktionen unserer Leser bekommen (im Durchschnitt vielleicht einen Brief pro Ausgabe!). Dies mag am oft sehr »wissenschaftlichen« Stil unserer Artikel liegen, der den Eindruck von Unantastbarkeit vermittelt und damit die Leser von einer persönlichen Stellungnahme abschreckt,*
*— zum anderen, weil die eintreffenden Briefe nur selten so konstruktiv sind, wie der vorliegende.*
*Er trifft in vielen Punkten den Kern der Diskussion, die in unserer Gruppe, (wenn auch wegen der Überlastung mit kurzfristig zu lösenden Problemen nur sporadisch) stattfindet, zum Beispiel die Frage nach der »Ganzheit«, nach dem Gesamtkonzept, sowohl was die Entwicklung der Dritten Welt, als auch was praktikable und wirkungsvolle Solidaritätsarbeit in der BRD angeht.*
*Um nicht abgehoben zu diskutieren, brauchen wir selbst die Reaktionen und Meinungen der Leser — von denen wir aber kaum einmal etwas erfahren. Der hier abgedruckte Leserbrief hat uns bereits zu einer Auseinandersetzung in der Gruppe angeregt, aber da wir weitere Leser-Reaktionen, sei es auf den Brief, sei es auf die »blätter« überhaupt, nicht von vorneherein abblocken wollen, verzichten wir hier auf eine weitere Stellungnahme, die aber später folgen soll.*

**Wir bitten unsere Leser um ihre Meinungen, Vorschläge, Kritik, . . .**

*(Redaktionsschluß für Nr. 104 ist Anfang September.)*
*D. Red.*

**Liebe Freunde im iz3w, Friede sei mit euch!**

Seit drei Jahren abonniere ich die »blätter«. In der ganzen Zeit habe ich nicht ein einziges Mal etwas von mir hören lassen. Das finde ich heute sehr mies; es widerspricht meiner eigenen Vorstellung von Basisdemokratie, wozu halt auch gehört, daß zwischen Zeitung und Leser ein Kontakt bestehen muß. Deshalb ein Brief an euch — vielleicht ein Anfang einer dauerhaften Rückkopplung.
Zunächst mal etwas zu meinen politischen Vorstellungen, damit ich für euch bzw. für den, der grade meinen Brief liest, mehr als ein Name bin. Ich bin 20 Jahre, machte letztes Jahr Abitur. Das Abonnieren der »blätter« vor drei Jahren war verbunden mit dem Anfang meiner politischen Arbeit. Seitdem habe ich mich zunächst in der Anti-AKW-Szene, dann in der Friedensbewegung und heute besonders in einer entstehenden gewaltfreien Aktionsgruppe beteiligt. In der Solidaritätsbewegung war ich nie aktiv. Eure »blätter» habe ich regelmäßig gelesen, mal ganz, mal nur ein paar Seiten. dazu will ich nun ein paar Gedanken bringen. Euer Internationalismusschwerpunkt im Maiheft gab mir den letzten Ruck.

Meine Kritik kreist um einen Punkt: Vernachlässigung/Fehlen einer Berichterstattung über die Solidaritätsbewegung in der BRD selbst. Hierzu zunächst ein Vorbehalt: ich kenne unter den entwicklungspolitischen Zeitschriften nur die »blätter«. Es mag sein, daß das, was ich vorbringe, schon von einer anderen Zeitung (ich denke insbesondere an das »Forum«, das mir durch Anzeigen aufgefallen ist) geleistet wird. Dann würde meine Vorstellung für eure Zeitung meines Erachtens hinfällig.
Ich vermisse Berichterstattung über die Vorgänge in der basisorientierten entwicklungspolitischen Szene in der BRD. Besonders mit den folgenden zwei Punkten wäre eine ausführliche Beschäftigung erforderlich:

1. Berichte über Aktionen

Es sollte über möglichst viele verschiedene Aktionen berichtet werden. Dabei könnten Selbstdarstellungen der Ausführenden — seien es nun entwicklungspolitische Komitees, kirchliche Gruppen, Einzelpersonen — gebracht und eine Diskussion über die Aktionen geführt werden, z. B. durch Leserreaktionen darauf. Ich erhoffe mir davon sowohl, daß bereits Aktive neue Anregungen, neuen Ansporn bekommen, als auch daß an entwicklungspolitischen Fragen interessierte, aber bisher passive Leute endlich wach werden und was tun.

2. Kritische Auseinandersetzung mit der Solidaritätsbewegung.

Ich wünsche mir, daß ihr Redakteure bei den »blättern« die Szene genau beobachtet (an Briefen, die Euch von Lesern erreichen, an anderen Zeitungen, an Aktionen, Demos und Konferenzen), dann diese Beobachtungen in den »blättern« veröffentlicht und so z. B. neue Entwicklungen aufzeigt.
Der wichtigste Punkt aber ist: In den »blättern« müßte Platz geschaffen werden für eine kritische inhaltliche Auseinandersetzung. Der Internationalismusteil in Nr. 101 — besonders der Artikel »Blinde Flecken in unserem politischen Weltbild« — ist dafür ein Beispiel.
Ich erhoffe mir von solch einer Entwicklung eine positive Weiterentwicklung der Solidaritätsbewegung. Vielleicht können wir so auch eine Wiederholung geschichtlicher Fehler der Solidaritätsbewegung (Vietnam) vermeiden.
Ein anderer Anstoß:
In der Solidaritätsbewegung gibt es »modische Trends«, »Flackerhaftigkeit« (vgl. Nr. 101). Daß dies eine große Schwäche ist, scheint klar und will ich deshalb nicht weiter ausführen. Doch diese »Flatterhaftigkeit« scheint das Kennzeichen aller von unten kommenden Bewegungen in der BRD zu sein. In der kurzen Zeit (drei Jahre), die ich politisch bewußt erlebt habe, war es besonders extrem, sowohl bundesweit als auch in meiner näheren Umgebung. Zunächst AKW, dann Instandbesetzungen, Nicaragua, El Salvador, letztes Jahr Frieden. Ich habe an mir selbst erlebt und an anderen beobachtet, wie die politische Arbeit von einer Bewegung zur anderen verlagert wurde. Der Grund: Die »ältere« Bewegung schien jeweils auf dem absteigenden Ast, enttäuschte durch Erfolglosigkeit, die »neue« Bewegung lockte mit Rampenlicht und Anfangsdynamik. Dies scheint mir ein wesentlicher Grund dafür zu sein, warum die verschiedenen sozialen Bewegungen so erfolglos waren und sind.
Was ist der Grund für diese Schwankungen, und wie können wir etwas dagegen tun?

1. Die Inhalte der »Bewegungen« selbst sind schuld an dieser »Flackerhaftigkeit«. In der Solidaritätsbewegung ist es die viel zu starke Fixierung auf den bewaffneten Befreiungskampf, wie Horst (bitte schreibt doch die vollständigen Namen unter die Artikel) ausführt. In der Friedensbewegung ist es die übertriebene Fixierung auf Mittelstreckenraketen. Ich vermute, daß die Friedensbewegung in wenigen Jahren aufhört, sich zu bewegen, geschweige denn etwas anderes bewegt (das hat sie bis heute nicht), und dies wegen selbstverschuldeter inhaltlicher Beschränktheit. Die Friedensbewegung braucht ein umfassendes radikales Programm zur Entmilitarisierung. ebenso muß in der entwicklungspolitischen Szene die inhaltliche Diskussion weitergeführt werden. Dazu sollten die »blätter« einen Beitrag leisten.

2. Wir brauchen eine Ganzheit.
So wie die Unterdrückung und Ausbeutung in der Dritten Welt, die atomare Vernichtungsbedrohung durch die Machtblöcke, die Ausplünderung der Natur und letztlich die Vernichtung der Lebensgrundlage der Menschheit zusammengehören, so muß auch der Kampf dagegen vereint geführt werden.
Warum gibt es in der BRD keinen großen Protest gegen den israelischen Vernichtungskrieg im Libanon gegen die Palästinenser, warum gibt es keine Massendemo, wie am 11. 10. 81 oder 10. 6. 82, keine Blockade z. B. der israelischen Botschaft, keine Hungerstreiks?! Ich glaube, solche schwerwiegenden Fehler/Schwächen können nur durch eine Ganzheitsbetrachtung und -strategie vermieden werden. Für die »blätter« stelle ich mir das so vor, daß mehr über andere Basisbewegungen berichtet wird, und vor allen Dingen eine inhaltliche Auseinandersetzung läuft.

Zum Schluß noch ein Gedanke, der eng mit dem vorhergehenden verknüpft ist.

Wir können den Menschen in der Dritten Welt am wirkungsvollsten helfen, wenn wir bei uns selbst in der BRD etwas ändern, also die Ausbeutungsstrukturen hier kappen. Diese Erkenntnis teile ich und sie scheint mir in der Bewegung sehr verbreitet. Davon spüre ich in den »blättern« zu wenig. Ich vermisse Analysen über die Entwicklungspolitik der Bundesregierung; über die internationalen BRD-Konzerne, wie sie sich hier in der BRD verhalten. Vor allen Dingen fehlen halt Berichte, Anregungen, wie wir die obigen Weisheiten in die Tat umsetzen können.

Vielleicht könnt ihr mal Listen veröffentlichen, unter welchen Tarnnamen (sowohl Produkt- als auch Herstellerbezeichnungen) die internationalen Konzerne hier bei uns ihre Sachen, die sie aus der Dritten Welt 'rauspressen, absetzen. Ziel: Boykott. Da finde ich die Kaffeeaktion schon sehr gut. Dann berichten, wie zum Beispiel die Schweizer Gruppe dem Nestlé-Konzern zugesetzt hat. In diesem Zusammenhang fällt mir noch ein — Tourismus/direkte Aktionen, um die Auslieferung von Kriegsmaterial zu verhindern/Dritte-Welt-Läden.

Ich hoffe, mit diesen paar Gedanken habe ich euch einige Anregungen für die künftige Gestaltung der »Blätter« gegeben. Vielleicht könnt ihr mir darauf mit euren Vorstellungen antworten, oder auch ein paar Sachen in eurem nächsten Internationalismusschwerpunkt veröffentlichen und so zur Diskussion stellen.

Wichtig finde ich auch einen intensiven direkten Kontakt zwischen Lesern und Redakteuren.
In dieser Sache wünsche ich uns, daß die »blätter« noch lange leben.

Geselligkeit auf Erden!
25. 7. 82 Hartmut Friedrich

## Hilfsaktionen in der BRD

Anläßlich der Flutkatastrophe in Nicaragua haben Medico International e.V. in Frankfurt und das Informationsbüro Nicaragua e.V. als Koordinationsstelle der Nicaragua-Solidaritätsbewegung auf Veranlassung der nicaraguanischen Ministerien und beteiligten Organisationen der Bundesrepublik Deutschland auf, ihren Möglichkeiten entsprechend der Notstandssituation in Nicaragua Rechnung zu tragen. Eingehende Spenden werden für die dringend benötigten Hilfsgüter verwandt: Nahrungsmittel, Zelte, Kleidung, Milchpulver, Babyflaschen und Medikament. Eine Liste der benötigten Hilfsgüter ist bei Medico International anzufordern.

**Die Spendenkontonummer lautet:**
**Medico International e.V.**
**Stadtsparkasse Frankfurt**
**Konto: 1800**
**BLZ: 500 501 02**
**Stichwort: Soforthilfe Nicaragua**






NO TO IMPERIALIST INTERVENTION NO A LA INTERVENCION IMPERIALISTA

NO TO IMPERIALIST INTERVENTION NO A LA INTERVENCION IMPERIALISTA

NO TO IMPERIALIST INTERVENTION NO A LA INTERVENCION IMPERIALISTA

NO TO IMPERIALIST INTERVENTION IN

NO A LA INTERVENCION IMPERIALISTA EN

# EL SALVADOR

Viktor Lüpertz

Bergrstr 6

7801 Oberried

Postvertriebsstück
Gebühr bezahlt
M 3477 FX

iz3w
Postfach 5328
7800 Freiburg